

Wortprotokoll

11. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

17. November 2016

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden

Fragestunde:

Beilage 9028/2016: Anfrage des Abg. Peter Binder an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 6)

Beilage 9029/2016: Anfrage des Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 9)

Beilage 9031/2016: Anfrage des Abg. Mayr an Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 11)

Beilage 9032/2016: Anfrage der Abg. Wall an Landesrätin Gerstorfer (Seite 14)

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung (Seite 16)

Geschäftsanträge:

Beilage 263/2016: Initiativantrag betreffend transparente Vergabe von Bedarfszuweisungsmitteln

Redner/innen: Abg. Böker (Seite 18)
Abg. Bgm. Rippl (Seite 19)
Abg. Bahn (Seite 20)
Abg. Hingsamer (Seite 21)

Beilage 264/2016: Initiativantrag betreffend die Anrechnung von Kindererziehungszeiten

Redner/innen: Abg. Mag. Buchmayr (Seite 22)
Abg. Promberger (Seite 24)
Abg. Langer-Weninger (Seite 25)
Abg. Sabine Binder (Seite 26)

Beilage 265/2016: Initiativantrag betreffend ein Mietpreisradar für Oberösterreich

Redner/innen: Abg. KO Makor (Seite 27)
Abg. KO Ing. Mahr (Seite 28)

Abg. Böker (Seite 30)
Abg. Dr. Csar (Seite 31)

Beilage 266/2016: Initiativantrag betreffend die Erstellung von Richtlinien für die Vermietung von Veranstaltungsräumlichkeiten des Landes Oberösterreich

Redner/innen: Abg. Promberger (Seite 32)
Abg. Mag. Buchmayr (Seite 33)
Abg. Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer (Seite 34)
Abg. Präsident KommR Sigl (Seite 35)

Beilage 269/2016: Initiativantrag betreffend Attraktivierung und Modernisierung Dienstrecht Schulleitung

Redner/innen: Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 37)
Abg. Müllner (Seite 38)
Abg. Mag. Aspalter (Seite 38)
Abg. Mag. Lackner (Seite 39)

Beilage 270/2016: Initiativantrag betreffend Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimastrategie

Redner/innen: Abg. Mag. Buchmayr (Seite 40)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 42)
Abg. Ing. Fischer (Seite 43)
Abg. Bgm. Höckner (Seite 43)

Beilage 271/2016: Initiativantrag betreffend ein Unterstützungsprogramm zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Polizei

Redner/innen: Abg. Stanek (Seite 45)
Abg. Nerat (Seite 46)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 47)
Abg. Krenn (Seite 48)

Beilage 272/2016: Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin

Redner/innen: Abg. MR Prim. Dr. Povysil (Seite 50)
Abg. Schwarz (Seite 52)
Abg. Bauer (Seite 52)
Abg. Prim. Dr. Aichinger (Seite 54)

Beilage 273/2016: Initiativantrag betreffend Bestbieter- statt Billigstbieterprinzip bei der Vergabe von Verkehrsdienstleistungen

Redner/innen: Abg. Bgm. Rippl (Seite 55)
Abg. Handlos (Seite 56)
Abg. Bgm. Raffelsberger (Seite 57)
Abg. Mayr (Seite 58)

Beilage 274/2016: Initiativantrag betreffend die Übernahme von Krankenversicherungskosten für MindestsicherungsbezieherInnen

Redner/innen: Abg. Peter Binder (Seite 59)
Abg. Wall (Seite 60)
Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer (Seite 61)
Abg. Kaineder (Seite 63)

Aktuelle Stunde über das Thema:

"Zukunft Wirtschaftsstandort - Herausforderungen und Perspektiven für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und Unternehmerinnen, Unternehmer"

Redner/innen: Abg. Mag. Hummer (Seite 65)
Abg. KO Ing. Mahr (Seite 68)
Abg. Schaller (Seite 70)
Abg. Schwarz (Seite 74)
Abg. Dr. Csar (Seite 77)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 78)
Abg. Kroiß (Seite 83)
Landesrat Mag. Dr. Strugl, MBA (Seite 84)
Landesrätin Gerstorfer (Seite 88)
Landesrat Anschober (Seite 90)

Geschäftsantrag zur aktuellen Stunde:

Beilage 268/2016: Initiativantrag betreffend Zukunft Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 268/2016: Initiativantrag betreffend Zukunft Wirtschaftsstandort Oberösterreich

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Hummer (Seite 92)

Ersatzwahl in den Bundesrat

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 251/2016: Bericht des Umweltausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Hochwasserschutz-Maßnahme Ort im Innkreis/Marktgemeinde Reichersberg für den Zeitraum 2016 bis 2020

Berichtersteller/in: Abg. Baldinger (Seite 92)

Redner/innen: Abg. Baldinger (Seite 93)
Abg. Bgm. Rippl (Seite 93)
Abg. Bgm. Weinberger (Seite 94)

Beilage 252/2016: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die vertragliche Zahlungsverpflichtung des Landes OÖ im Zeitraum 11. Dezember 2016 bis 10. Dezember 2017 infolge der Weiterführung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen im Rahmen des Grundvertrags für den OÖVV vom 19. Dezember 2002

Berichtersteller/in: Abg. Handlos (Seite 95)

Redner/innen: Abg. Handlos (Seite 95)
Abg. Bgm. Raffelsberger (Seite 96)
Abg. Bgm. Rippl (Seite 97)
Abg. Mayr (Seite 98)
Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 99)

Beilage 253/2016: Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend die Verankerung des Prinzips "Schulsprache Deutsch"

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Lackner (Seite 100)

Redner/innen: Abg. KO Ing. Mahr (Seite 100)
Abg. Peutlberger-Naderer (Seite 101)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 102)
Abg. Nerat (Seite 104)
Abg. Bgm. Dr. Dörfel (Seite 105)

Beilage 254/2016: Bericht des Sozialausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht 2015 der Oö. Pflegevertretung

Berichtersteller/in: Abg. Peter Binder (Seite 107)

Redner/innen: Abg. Peter Binder (Seite 107)
Abg. Pühringer (Seite 107)
Abg. Wall (Seite 108)
Abg. Schwarz (Seite 109)

Beilage 264/2016: Initiativantrag betreffend die Anrechnung von Kindererziehungszeiten

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Buchmayr (Seite 110)

Beilage 270/2016: Initiativantrag betreffend Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimastrategie

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Buchmayr (Seite 110)

Beilage 271/2016: Initiativantrag betreffend ein Unterstützungsprogramm zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Polizei

Berichtersteller/in: Abg. Stanek (Seite 111)

Beilage 272/2016: Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin

Berichtersteller/in: Abg. MR Prim. Dr. Povysil (Seite 112)

Vorsitz: Präsident KommR Sigl
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer
Dritte Präsidentin Weichsler-Hauer

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Stanek

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Anschöber, Gerstorfer, KommR Podgorschek, Mag. Steinkellner und Mag. Dr. Strugl, MBA, entschuldigt Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Stelzer und Landesrat Hiegelsberger

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. KO Mag. Kirchmayr und Abg. Bgm. Punkenhofer

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer Dr. Griebler

(Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 11. Sitzung des Oö. Landtags und darf Sie dazu sehr herzlich willkommen heißen. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder der Oö. Landesregierung, die Damen und Herren Abgeordneten sowie die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, ganz besonders hier die Schülerinnen und Schüler der HLA für Mode Ebensee mit ihren Pädagoginnen beziehungsweise Pädagogen! Ich hoffe, Ihr fühlt euch wohl und habt eine angenehme Zeit bei uns. Ich begrüße die Bediensteten des Hauses und die Vertreter der Medien, sowie die Damen und Herren, die unsere Sitzung via Internet mitverfolgen.

Von der heutigen Sitzung entschuldigt ist der Herr Landtagsabgeordnete Bürgermeister Thomas Punkenhofer. Außerdem entschuldigt ist die Klubobfrau Mag. Helena Kirchmayr, die mir entsprechend der Landtagsgeschäftsordnung mitgeteilt hat, dass ihr bis auf weiteres eine Teilnahme an den Landtagssitzungen und den Ausschusssitzungen aufgrund der Schwangerschaft beziehungsweise der bevorstehenden Geburt des Babys nicht möglich sein wird. Wir wünschen ihr von hier aus natürlich für die nächsten Wochen, dass alles gut geht und dass sie viel Freude auch in der Zukunft dann haben wird. Entschuldigt sind weiters die Mitglieder der Oö. Landesregierung Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Thomas Stelzer und Herr Landesrat Max Hiegelsberger.

Ein Arbeitstag für uns alle, ist heute ein Feiertag für eine Persönlichkeit dieses Hauses im Besonderen, ich darf der Frau Abg. Martina Pühringer zu ihrem Geburtstag alles, (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Zum 60.! Du darfst das ruhig sagen!“) alles Gute wünschen. (Beifall)

Die Amtliche Niederschrift über die 10. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit vom 18. November 2016 bis zum 2. Dezember 2016 in der Oö. Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und natürlich auch die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Wir kommen nun zur Fragestunde: Eine Zusammenstellung aller Anfragen haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt und ich beginne mit der Anfrage des Herrn Abg. Peter Binder an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer. Bitteschön.

Abg. Peter **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Am 9. Juli 2015 beschloss der Oö. Landtag mit dem Oö. Gesundheitsberufeanpassungsgesetz 2015 das sogenannte "Ärzte- und Pflegepaket". Allein durch die Spitalsärztegehaltsanpassung wurden Land und Gemeinden Mehrkosten von jährlich bis zu 25 Millionen Euro prognostiziert. Medienberichten zufolge soll das Ärztepaket jedoch jährliche Mehrkosten von 28,5 bis 50 Millionen Euro verursachen. Wie lautet Ihre Prognose als zuständiger Gesundheits- und Finanzreferent über die tatsächlichen Mehrkosten des Oö. Gesundheitsberufeanpassungsgesetzes 2015 in den kommenden Jahren, zumindest in dieser Legislaturperiode?

Präsident: Bitte Herr Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Sehr geehrter Herr Präsident, hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren, Herr Abgeordneter Binder! Es wird laut Hochrechnung der zuständigen Abteilung bei der Abwicklung des Ärztepaketes zu Mehrkosten im Ausmaß vom Best Case 3,5 Millionen Euro, Worst Case 15 Millionen Euro kommen, allerdings nur vorübergehend.

Denn man muss sich das wie folgt vorstellen. Wir haben ein Ärztepaket abgeschlossen, das rund 50 Millionen Euro mehr den Ärzten bringt, vor allem den jungen Ärzten, den Turnusärzten, dem jungen Mittelbau. Ungefähr die Hälfte davon zahlen sich die Ärzte selbst, weil die Ambulanzgebühr abgeschafft wird und 25 Millionen Euro davon wird frisches Geld erforderlich sein.

In etwa ist diese Rechnung richtig, wobei man sie nie hundertprozentig anstellen kann, denn Überstunden im Ärztebereich müssen geleistet werden, wie sie anfallen. Sie können nie ausschließen, dass eine Epidemie ausbricht und Zusatzkosten entstehen.

Zweitens, Sie wissen nicht bei dem System, wieviel Ärzte bereit sind, Überstunden zu machen. Das hängt mit dem Opt Out zusammen und vor allem wussten wir nicht, wieviel Ärzte werden in das neue System wechseln, wieviel werden im alten System verbleiben?

Wir haben ungefähr 25 Millionen Euro Ambulanzgebühren gehabt. Das ist die eine Finanzierungssäule und wir haben 25 Millionen Euro frisches Geld angesetzt, das ist die zweite, ergibt 50 Millionen Euro. Das wird im Wesentlichen richtig sein.

Von den Ambulanzgebühren sind zehn Millionen Euro bereits erlöst, aber fünfzehn Millionen Euro zahlen wir derzeit noch aus, weil insgesamt achtzehn Prozent der Ärzte nicht in das neue System gewechselt haben und die haben die zwar verringerten und eingefrorenen Ambulanzgebühren weiter, sodass wir noch mit Ambulanzgebühren von fünfzehn Millionen Euro belastet sind.

Darüber hinaus hat sich herausgestellt, dass die Einzelabrechnung der Überstunden etwas teurer kommt als von den Experten beim Verabschieden des Paketes berechnet wurden. Wieviel aber tatsächlich dann zu zahlen ist, wird erst die Jahresabrechnung 2015, wo es erstmals zur vollen Anwendung des neuen Ärztepaketes gekommen ist, zum Ausdruck bringen.

Allerdings, und das möchte ich sagen, wir reden ja immer von Gesamtkosten, schlägt natürlich auch das Pflegepaket zu Buche, das aber aufgrund der fixen Dienstpostenpläne wesentlich genauer berechnet werden konnte. Dort haben wir festgehalten, dass es etwa 69 Millionen Euro Mehrkosten im Endausbau geben wird und das wird wahrscheinlich auch, plus, minus drei Prozent, halten.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Peter **Binder**: Ja bitte. Jetzt sind ja diese Mehrkosten ein wesentlicher Bestandteil auch der Steigerung der Gesundheitsausgaben des Landes. Sie haben in Ihrer Pressekonferenzunterlage, wo Sie den Budgetvoranschlag 2017 vorgestellt haben, da gibt es verwirrend viele unterschiedliche Steigerungszahlen zu den Gesundheitsausgaben. Krankenanstalten, Sprengelbeiträge um 12,6 Prozent, einmal steht dann Schwerpunkt Gesundheit ohne Nachtrag 8,9 Prozent Ausgabensteigerung, aber kann man sagen, weil Sie haben da eine Darstellung, wenn man den Voranschlag 2016 und den Nachtragsvoranschlag 2016 zusammenfasst und das als Basis nimmt und dem dann die

Kosten, die Ausgaben 2017 gegenüberstehen, dass wir eine Steigerung der Gesundheitsausgaben von mindestens 7,2 Prozent haben? Kann man das so vereinfacht stehen lassen?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Das kann man so vereinfacht sagen. Man muss allerdings ein paar Erklärungen dazugeben. Die erste Erklärung ist jene, dass wir in Oberösterreich im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine Bruttobudgetierung im Budget haben. Dadurch, dass wir durch das Kepleruniversitätsklinikum einerseits und durch die Gspag andererseits die Krankenanstalten ausgegliedert haben, ist im Bereich der Krankenanstalten nicht Ausgaben/Einnahmen ersichtlich aus dem Budget, sondern nur der Zuschuss des Landes und der Gemeinden an diese Einrichtungen und der Zuschuss ist immer deutlich höher als die Ausgabensteigerung. Würden die Ausgaben der Spitäler im Budget abgebildet, hätten wir einen Betrag, der würde knapp unter vier Prozent liegen, als Ausgabensteigerung im Gesundheitsbereich.

Nachdem aber die Einnahmen um etwa, schätze ich jetzt einmal zweieinhalb Prozent steigen werden, haben Sie zwischen Einnahmen und Ausgaben eine Kluft und die erhöhen natürlich den Abgang.

Bei uns im Budget ersichtlich ist nur die Steigerung des Abganges aus dem Betrieb der Krankenanstalten und nicht die Kostenerhöhung. Dadurch kann der fälschliche Glaube entstehen, dass die Gesundheitsausgaben in den Spitälern um 7,2 Prozent wachsen. Das ist nicht der Fall.

Die Ausgaben wachsen um knapp vier Prozent, die Einnahmen steigen um gut zwei Prozent und aus dieser Differenz heraus ergibt sich der Sprengelbeitrag.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Peter **Binder**: Habe noch eine Zusatzfrage. Im vorgestellten Finanzausgleichspakt ist festgehalten, dass die Ausgabenzuwächse, die Kostenzuwächse für die öffentliche Hand, für die Finanzierer, also Land, Gemeinden bei uns, Bund, Sozialversicherungsträger mit einem Kostendämpfungspart gedeckelt werden sollen. Nur 3,6 Prozent Kostensteigerung sieht der vor, das soll auch im Gesundheitszielsteuerungsgesetz festgelegt werden und soll dann jährlich bis 2021 um einen Zehntelprozentpunkt sinken.

Jetzt, da geht es eben um die Kostendämpfung auch für die Finanzierer an und für sich.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Spitäler.

Abg. Peter **Binder**: Sind da die 7,2 Prozent Steigerung ein Widerspruch dazu oder nicht?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer**: Es ist insofern für uns kein Problem, denn Sie müssen davon ausgehen, dass Oberösterreich im Gegensatz zu den anderen Bundesländern eine Spitalsreform durchgeführt hat. Wir haben 2014 dieses System der Obergrenzen mit der umfassenden Gesundheitsreform eingeführt und damals sind die 2014er oder 2013er Zahlen, legen Sie mich da jetzt nicht fest, als Basis genommen worden.

Für uns sind diese Basiszahlen weit niedriger, daher werden wir zwar über die 3,6 Prozent hinauskommen, aber 3,6 Prozent nach der Bundesrechnung sind nicht 3,6 Prozent

Steigerung im Budget, weil wir durch die durchgeführte Reform bei den Ausgangszahlen deutlich darunter gelegen sind.

Andere Bundesländer, die die Reform noch nicht durchgeführt haben, werden Probleme womöglich kriegen, wenn sie keine Reform durchführen. Wir werden diese Probleme einmal die nächsten Jahre nicht haben.

Präsident: Danke schön, gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Rippl:** Ja.

Präsident: Jawohl, bitte schön Herr Abgeordneter Bürgermeister Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Schönen guten Morgen. Herr Präsident, verehrter Herr Landeshauptmann! In den Medien werden Sie auch dahingehend zitiert, dass ab 2019 die Beiträge der Gemeinden zur Krankenkassenfinanzierung wieder sinken sollen. Wird es für die Gemeinden, Entschuldigung, Krankenanstaltenfinanzierung wieder sinken sollen, wird es für die Gemeinden rechtzeitig eine Mittelfristplanung geben, damit wir diese in den Budgets vorkehren können?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Die Mittelfristplanung ist bereits fertig und ergeht in den nächsten Tagen an die Gemeinden. Diese Mittelfristplanung zeigt, dass wir im Zeitraum von 2010, also dem Zeitpunkt der Spitalsreform, bis zum Zeitraum 2017, also dem Budget, das wir in einigen Tagen hier im Oö. Landtag beschließen werden, eine durchschnittliche Steigerung des Sprengelbeitrags von 2,5 Prozent haben und die Vorschau zeigt, dass die Steigerung von 2010 bis 2021 3,3 Prozent sein wird.

Wenn man bedenkt, dass vor 2010 die Steigerungen zwischen 6 Prozent und 13 Prozent gelegen sind, kann man ermessen, dass die Spitalsreform eine deutliche Absenkung dieses Sprengelbeitrags gebracht hat.

Die Jahre 2017 und 2018 sind höher anzusetzen, deutlich höher anzusetzen, aus dem Grund, weil hier sowohl das Ärztepaket, als auch das Pflegepaket und vor allem auch die neue Arbeitszeitregelung für Ärzte punktuell erstmals Platz greift, aber aufgrund der Spitalsreform ist in Summe gesehen bis 2021 mit keiner höheren durchschnittlichen Erhöhung wie 3,3 Prozent zu rechnen, ab dem Zeitpunkt der Spitalsreform, eben ab dem Zeitpunkt 2010. Die genauen Berechnungen mit den Angaben der voraussichtlichen Steigerungsraten ergehen in den nächsten Tagen.

Abg. Bgm. **Rippl:** Danke.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall, dann darf ich die Anfrage des Herrn Klubobmann Dipl.-Päd. Hirz an Herrn Landeshauptmann Dr. Pühringer aufrufen. Bitte Herr Klubobmann.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Mit 1. September 2016 wurde durch Verordnung eine Verwaltungsgemeinschaft der Bezirkshauptmannschaften Grieskirchen und Eferding eingerichtet. Im Arbeitsübereinkommen der Regierung von ÖVP und FPÖ wird wörtlich festgehalten, dass Schwerpunktsetzungen und Kompetenzbündelungen auch im Bereich anderer Bezirksverwaltungsbehörden geprüft werden.

In welchen weiteren Bezirken wird gemäß der Ankündigung im Arbeitsübereinkommen von ÖVP und FPÖ eine Zusammenlegung von Bezirkshauptmannschaften geprüft?

Präsident: Bitte schön.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrter Herr Klubobmann! Dazu ist einmal generell zu sagen: „Administratio semper reformanda.“ Die Verwaltung muss ständig kritisch hinterfragt und reformiert werden. Zweitens: Es ist keine Zusammenlegung anderer Bezirkshauptmannschaften derzeit konkret in Planung. Drittens: Es wird das Ergebnis, es wird jetzt die Zusammenlegung Grieskirchen und Eferding operativ umgesetzt. Es werden die Auswirkungen genau geprüft. Es wird genau evaluiert und es werden dann die entsprechenden Schlüsse daraus gezogen. Viertens: Wir haben schon bisher reformiert innerhalb der Bezirkshauptmannschaften, indem wir Kompetenzzentren geschaffen haben. Nicht mehr jede Bezirkshauptmannschaft hat heute eine Forstabteilung oder auch andere Abteilungen. Da wurde inneramtlich zusammengezogen eine Forstabteilung für drei Bezirke in Form eines Kompetenzzentrums, diesen Weg werden wir weitergehen, da werden wir auch weiterhin kritisch hinterfragen.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitteschön.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Das heißt, Sie haben gesagt, es ist nicht geplant, weitere zusammenzulegen, das heißt, wir können davon ausgehen, dass von weiteren Zusammenlegungen Abstand genommen wird?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Das wird man nie für alle Zeiten sagen können, ich habe gesagt, dass derzeit an keiner Zusammenlegung geplant oder gearbeitet wird.

Präsident: Weitere Zusatzfrage?

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Die Zusammenlegung der Bezirkshauptmannschaften von Eferding und Grieskirchen wurden ja im Arbeitsübereinkommen von ÖVP und FPÖ im Kapitel Bürgerbeteiligung verankert, es wurde eine market-Umfrage durchgeführt. Meine Frage, warum ist es bei der Zusammenlegung der Bezirkshauptmannschaften nicht zu einer Einbindung der Bevölkerung vor Ort gekommen?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Weil wir ganz genau als repräsentative Demokratie die Verantwortung zu tragen haben in diesem Bereich, weil es nicht darum geht, dass gesetzgebende Körperschaften zusammengelegt werden. Wenn wir ein System hätten wie in Wien, dass es einen Bezirksrat gibt, dass das eine politische Gebietskörperschaft, also eine politische Einheit ist, dann entspricht das unserer Vorstellung nach, dass wir eine Bürgerbefragung durchzuführen haben, wie eben bei Gemeindezusammenlegungen. Es sind ja die beiden Bezirke geblieben, es gibt weiterhin den Bezirk Eferding, es gibt weiterhin den Bezirk Grieskirchen, was wir zusammengelegt haben, das wird von Ihrer Fraktion leider immer wieder fälschlich oder unzureichend dargestellt, das sind die Verwaltungseinheiten, aber nicht die Bezirke.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Danke.

Präsident: Eine weitere Frage von der Frau Abgeordneten Buchmayr.

Abg. **Mag. Buchmayr:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Einen schönen guten Morgen von meiner Seite, die Grünen haben die Erstellung transparenter Entscheidungsgrundlagen und die Einbindung des Landtags in geplante Verwaltungsreformen beantragt, jedoch wurde leider bereits zum zweiten Mal dieser Antrag von ÖVP und FPÖ, von der Mehrheit in diesem Haus, abgelehnt. Warum verweigern Sie sich einem Prozess demokratischer und transparenter Einbindung in die geplante Aufgaben- und Verwaltungsreform?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Kollegin Buchmayr! Weil es eine österreichische Bundesverfassung gibt, weil es Bundesgesetze gibt, hier klare Regelungen vorliegen, außerdem kann eine Volksabstimmung das nach den gesetzlichen Befugnissen zuständige Organ in einer solchen Frage gar nicht binden. Das ist nun einmal so, für Verwaltungsreformmaßnahmen ist die Regierung verantwortlich, die ja auch dafür Sorge zu tragen hat, dass mit dem vom Landtag vorgegebenen Budget das Auslangen gefunden wird. Die gesetzgebende Kompetenz liegt beim Landtag, Gesetzgebungsmaßnahmen sind in diesem Falle nicht zu treffen, daher liegt eine klare Zuständigkeit der Landesregierung und nicht des Landtags vor.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage von der Frau Abgeordneten Promberger.

Abg. **Promberger:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Die politischen Bezirke waren bisher weitgehend mit den Bildungsregionen ident. Ist in Zukunft damit zu rechnen, dass es über die Struktur der Bezirke hinweg und ohne Berücksichtigung von eventuellen BH-Zusammenlegungen, zu einer Aufweichung der Struktur der bisherigen Bildungsregionen kommen soll, da ja gerade in Leonding die Pflichtschulen aus der Bildungsregion Linz-Land ausgegliedert werden sollen?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Kollegin! Wie Sie sicherlich wissen, ist das eine Bundesangelegenheit, fragen Sie Ihre Kollegin von der eigenen Fraktion, die Frau Bundesminister für Unterricht, die kann Ihnen diesbezüglich da vielleicht Auskunft geben, ob sie etwas plant. Wir können nur organisatorische Maßnahmen im Rahmen des Landesschulrates setzen, der aber in dieser Frage eine Bundesbehörde ist.

Abg. **Promberger:** Danke.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall, danke Herr Landeshauptmann.

Wir kommen zur nächsten Anfrage, das ist die Anfrage des Herrn Abgeordneten Severin Mayr an Herrn Landesrat Mag. Günther Steinkellner, bitte Herr Abgeordneter.

Abg. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Seit über 20 Jahren wird versucht, mit Hilfe von Studien die Grundlage für eine Attraktivierung der Mühlkreisbahn zu schaffen. Sie haben in einer Pressekonferenz am 5. Oktober 2016 die Ergebnisse einer neuen Studie präsentiert, in der im Wesentlichen die Errichtung einer Variante in Normalspur, mit der Verlängerung über die zweite Schienenachse zum Hauptbahnhof als umzusetzende Variante empfohlen wird, noch nicht Bestandteil des präsentierten Konzeptes waren Zeit- und Kostenpläne. Bis wann werden Sie dem Oberösterreichischem Landtag Zeit- und Kostenpläne für die Attraktivierung der Mühlkreisbahn vorlegen?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Geschätzter Herr Abgeordneter! Vorerst korrigiere ich Sie, das ist keine neue Studie, sondern eine Gesamtbeurteilung eines international renommierten Institutes über alle vorliegenden Studien. Es hat ja keinen Sinn, das neu zu untersuchen, was in den letzten 20 Jahren bisher ausgeführt und untersucht wurde, und bedauerlich in den letzten 20 Jahren zu keinem Ergebnis geführt hat. In der Zwischenzeit ist ein Jahr meiner Regierungsverantwortung vergangen, in diesem einen Jahr ist eine Endbeurteilung als Kurzfassung bereits vorgelegt worden, der Oberösterreichischen Landtag wird im ersten Quartal die Vorlage übermittelt bekommen.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Mayr**: Es gibt eine Zusatzfrage bezüglich die Gespräche, die stattfinden bzw. im Hintergrund bereits laufen werden. Kurz nach der Präsentation, ich nenne es jetzt Vergleichsstudie, damit wir uns bei der Begrifflichkeit einigen, kurz nach dieser Präsentation ist ein relativ starker Widerstand entstanden in der Landeshauptstadt Linz. Die NSL GmbH, also die neue Schienenachsen GmbH, eine Tochter der Linz AG, hat medial vor allem über die Kronen Zeitung, ich glaube, am 6. Oktober 2016 war es, deutlich ausgerichtet, dass sie durch diese Variante, die da empfohlen wird, ihre eigene zweite Schienenachse Linz in Gefahr sieht. Hat es da schon Gespräche gegeben mit der Linz AG, NSL GmbH oder mit der Stadt Linz, auch mit dem Land, um da eine Einigung erzielen zu können?

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Es hätte ja von vornherein gar keinen Sinn gemacht, eine Endbeurteilung einer Studie zu beauftragen, wenn nicht ein politischer Konsens von vornherein mit der Stadt Linz, als auch mit dem Regierungspartner vorgesehen war. Deswegen wurde ja der Auftrag gemeinsam durch den Herrn Landeshauptmann und durch mich erteilt, selbstverständlich gibt es laufende technische, aber auch politische Gespräche mit der Stadt Linz.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Mayr**: Ich möchte meine Zusatzfrage noch konkretisieren, dass diese Gespräche stattfinden, war zu erwarten, es ist auch notwendig, dass das passiert. Die Frage konkret da noch einmal, ist eine Einigung in Sicht, weil es bestehen da ja grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen über das, wie eine neue Mühlkreisbahn zum Hauptbahnhof durchgebunden werden kann?

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Da gibt es keine unterschiedlichen Auffassungen, wir als Land Oberösterreich haben eine überregionale Verantwortung, eine Aufgabe und die Möglichkeit die Mühlkreisbahn so weit wie möglich auch in die Region attraktiv einzubinden. Der Wunsch wäre, das ist aber dann die Entscheidung dieses Hauses, dass die Mühlkreisbahn bis Aigen-Schlägl aufrechterhalten bleibt. Das wird aber viel Geld kosten, die einzige Chance überhaupt eine Durchbindung zu erlangen, ist jetzt mit dem City-Light-Rail durch die neue Achse, die dann abzweigt am Europaplatz Richtung Bahnhof, und was auch eine neue Umstiegssituation am Hauptbahnhof schaffen wird. Dass es immer wieder einzelne Interessen bei großen Verkehrsprojekten gibt, die widersprechen, das ist selbstverständlich, das gilt bei Bahnprojekten genauso wie bei Straßenprojekten, aber ich bin äußerst zuversichtlich, dass aufgrund der Notsituation, die wir in der Verkehrssituation rund um Linz erkennen, alle die guten Willens sind, dieses Projekt unterstützen werden, ich hoffe auch auf Ihre Unterstützung.

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage vom Herrn Abgeordneten Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl**: Danke. Verehrter Herr Landesrat! Die Studien sind ja wichtig und richtig, wie ist zurzeit der aktuelle Stand wegen der Übernahme der Mühlkreisbahn mit dem Bundesministerium?

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Da hat es zuletzt einen gemeinsamen Termin mit dem Landeshauptmann in Wien gegeben, betreffend der Unterfertigung einer Absichtserklärung, wie die genaue Vorgehensweise ist. Sie wissen, dass vor Jahren bereits eine vorläufige Finanzierung vereinbart war, die ist weg vom Tisch, es ist neu zu verhandeln, die so genannte Grunderklärung sollte jetzt relativ rasch unterzeichnet werden. Hier geht es darum, welche Bereiche jeweils ausgetauscht werden, damit auch die Datenunterlagen einer Beurteilung der Kosten und der Folgekosten für das Land seriös beurteilt werden können.

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage von der Frau Abgeordneten Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz**: Sehr geehrter Herr Landesrat, lieber Günther! Du hast es schon anklingen lassen, die Verkehrssituation rund um Linz und vor allem auch aus dem oberen Mühlviertel wird immer schwieriger. Welche Sofortmaßnahmen werden durch das Land, durch das Ressort gesetzt, um die Pendler/innen vom oberen Mühlviertel in der Zwischenzeit zu entlasten, neben dem, dass wir jetzt eine halbe Stunde länger hinüber fahren dürfen, gibt es noch weitere Sofortmaßnahmen, die geplant sind deinerseits?

Landesrat **Mag. Steinkellner**: Da habe ich jetzt eineinhalb Stunden Zeit, um dir einmal zu referieren, was alles in der Zwischenzeit passiert ist, ich versuche einmal einige Punkte und Highlights herauszukehren. Erstens, wir haben eine neue Expertengruppe einberufen, die alle mit Verkehr zu tun haben, wo alle Vorschläge, die von Bürgerinnen und Bürgern herangetragen werden, beurteilt werden und wurden, was man rasch machen kann. Wir haben in der Zwischenzeit veranlasst, dass bereits das dritte Monitoring von Park-and-Ride-Parkplätzen entlang der Summerauerbahn und Mühlkreisbahn durchgeführt wurde. (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Da kann ich mich beteiligen daran, da fahre ich öfter herunter!“) Das hat so funktioniert, du kannst ja selber zählen, das werde ich der Straßenmeisterei ausrichten, dass die Ulli eine Zählung organisieren wird. Wir haben zum Beispiel dort das Problem, weil du ja konkret an der Mühlkreisbahn besonders interessiert bist, dass wir eine Überlastung in Rottenegg und Walding haben, dort allerdings ein besonderes Problem auch wieder wegen der Grundstücksverfügbarkeit haben. Wir brauchen auch noch eine so genannte Motivation für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die auf der einen Seite Geld ausgeben, damit wir den Parkplatz errichten, und auf der anderen Seite Geld ausgeben, dass wir den Betrieb, Winterdienst und dergleichen aufrechterhalten. Also verschiedene Maßnahmen. Ich lade auch alle zum Umstieg ein, ab 11. Dezember fährt die S-Bahn und am 17. Dezember 2016 ist der S-Bahntag in Oberösterreich. In diesem Zusammenhang werden wir alle Pendlerparkplätze, die von S-Bahn-Stationen bedient werden und dort Umstiegsmöglichkeiten sind, überprüfen, welche Erweiterungsmöglichkeiten sie haben. Wir haben nur die Möglichkeit der Infrastruktur, die wir jetzt haben, ich hoffe, dass auch deine Fraktion natürlich, was die Pendlerinnen und Pendler betrifft, etwas zurückhaltender ist in Verzögerungsbeschwerden. Wenn der Wasserrechts-, der Naturschutzbescheid und das UVP-Verfahren bei der 4. Linzer Donaubrücke-Westring nicht beeinträchtigt worden wären, dann wären wir wahrscheinlich schon im Bau, so haben wir eine Bauverzögerung. (Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Das ist richtig!“ Zwischenruf Abg. Schwarz: „Das ist ein Einspruch der Bürgerinnen und Bürger und nicht unbedingt der Grünen. Die grüne Fraktion hat das nicht gemacht!“) Es ist schon etwas schwierig zu sagen, es ist eine ganz dramatische Situation, auf der anderen Seite finanziert man möglicher Weise noch Einsprüche, ich weiß es ja nicht, da gibt es dann Einsprüche, die

keine unmittelbaren Anrainerinteressen betreffen, sondern die Naturschutz-, Wasserrecht- und UVP-Verfahren betreffen. Das führt zu einer Verzögerung des Westrings in der Zwischenzeit von zwei Jahren, dann sind es die Gleichen, die diese Verzögerung verantworten, nachher fragen, warum passiert denn nichts?

Ich bitte alle im Hinblick auf die Verantwortung, sowohl für die Umwelt, weil alle, die im Stau stehen verursachen auch eine entsprechende Umweltbelastung, nicht Großprojekte so zu verzögern und dann gleichzeitig zu fragen, was tue ich denn, damit es schneller geht, das ist unfair. (Zwischenruf Abg. Schwarz: „Aber eine Straße ist keine Lösung für eine Mühlkreisbahn, das war jetzt nicht ganz am Thema, aber ich verstehe die Emotionen sehr wohl!“ Beifall. Zwischenruf Landeshauptmann Dr. Pühringer: „Die Wahrheit ist zumutbar!“)

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall, danke Herr Landesrat.

Ich komme nun zur Anfrage der Frau Abgeordneten Ulrike Wall an die Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer, bitte Frau Abgeordnete.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Präsident, geschätzte Frau Landesrätin! Wie viele Familien in Oberösterreich erhielten im Verwaltungsjahr 2016 bis heute Leistungen der Familienhilfe im Sinne des Oberösterreichischen Sozialhilfegesetzes?

Landesrätin **Gerstorfer:** Sehr geehrte Damen und Herren des Landtags, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Besuchergalerie, sehr geehrter Herr Präsident! In Oberösterreich haben im Zeitraum vom 1.1.2006 bis heute 1.097 Familien durch die Familienhilfe im Sinne der Oberösterreichischen Sozialhilfegesetzes Unterstützung erfahren. Damit man sich das etwas genauer vorstellen kann, welche Anlässe es für so eine Unterstützung gibt, möchte ich da ein paar Beispiele bringen.

Erstes Beispiel, ein Ehepaar mit drei Kindern, beide Eltern sind berufstätig in guter Position, nach einer Herzerkrankung und Rehabilitation erleidet die junge Mutter einen Schlaganfall, im Zuge dessen folgen mehrere Aufenthalte in Krankenanstalten mit einer immer schlechter werdenden Gesundheit. Die Familienhilfe unterstützt nun in dieser Zeit das Familiensystem selbstverständlich, schlussendlich verstirbt die Mutter an den Folgen dieser Herzerkrankung und der Schlaganfälle, die Familie wird weiterhin durch die Familienhilfe für einen entsprechenden Zeitraum begleitet, bis eben der Vater wieder in der Lage ist, als alleinerziehender Vater diese Situationen zu bewältigen.

Das zweite Beispiel, eine Familie mit sechs Kindern, der Vater ist voll berufstätig, die Mutter ist im Karenzurlaub, seit einem Unfall ist der Kindesvater in psychiatrischer Behandlung, aufgrund von Depressionen nimmt er auch regelmäßig Medikamente. Er braucht nach der Arbeit selbstverständlich sehr viel Ruhe, steht weiterhin in Beschäftigung, er bemüht sich seine Frau zu unterstützen, das gelingt natürlich nur in sehr bescheidenem Ausmaß, es fehlt ihm auch die Kraft, die Tätigkeiten rund um das Eigenheim durchzuführen. Der Grund für den Einsatz ist die psychische Erkrankung einerseits der Kindesmutter, nicht des Kindesvaters, weil eben durch diese dauerhafte Belastung und durch den Ausfall des Ehemannes, sich bei ihr eine mittelgradige bis schwere Depression ebenfalls entwickelt hat. Die Symptome äußern sich eben in Schlaflosigkeit und großer Erschöpfung, sie muss sich ihre Kräfte gut einteilen, um eben den Alltag mit den sechs Kindern zu bewältigen, die Familienhilfe unterstützt da das Familiensystem so lange, bis sich eben diese Systeme wieder erholen.

Das dritte Beispiel, im Zuge eines ärztlichen Routineeingriffes wurde bei der Mutter eine Tumorbildung im Bauchraum festgestellt, weitere große Operationen, Chemotherapien folgen, die Mutter muss sich vollkommen schonen, sie darf maximal zwei Kilogramm heben, sie hat erhebliche Nebenwirkungen aufgrund der Chemotherapie mit Nervenschädigungen. Der berufstätige Vater und die Großmutter führen den Haushalt, sie brauchen Unterstützung von der Familienhilfe im Haushalt und betreuen die beiden Kinder, eines davon ist ein Pflegekind. Während der Operation und der Chemotherapie erfolgt eben diese Unterstützung durch die Familienhilfe, bis sich das System wieder entsprechend stabilisiert, bis sich die Familie auch wieder erholt.

Langzeithilfeeinsatz, Familienhilfe kann ja bis zu drei Jahren gewährt werden, das passierte bei einer Frau, die eben auch sehr schwer erkrankt ist, Multiple Sklerose, sie hat ein Kind mit sechs Jahren, da wird das eben diagnostiziert, die alleinerziehende Mutter kümmert sich nach wie vor um ihre Tochter, soweit das eben möglich ist. Die Mutter muss zwischenzeitlich selbst persönliche Assistenz benutzen im Sinne des Chancengleichheitsgesetzes, allerdings nur im geringen Ausmaß. Ziel ist es auch hier, dass der Familienhilfeeinsatz, vor allem die Kindesmutter bei der Betreuung der Tochter unterstützt, wo es mit der Behinderung, die Frau sitzt in einem Rollstuhl, einfach nicht mehr möglich ist das Kind ausreichend zu unterstützen und zu betreuen. Die Tochter erkennt zum Teil hilflose Situationen der Mutter, und sie nützt das natürlich auch geschickt aus, sie testet ihre Grenzen entschieden aus, die Kindesmutter und die Langzeithelferin sind entsprechend gefordert, die Umsetzung der gemeinsam erarbeiteten Regeln ist sehr konsequent einzufordern. Weiters ist die Unterstützung der Kindesmutter bei der Erledigung der alltäglichen Hausarbeiten, und natürlich ist auch die Unterstützung des Kindes im schulischen Bereich sehr, sehr wichtig. Einfach nur um einmal vorstellbar zu machen, was es oft in den verschiedensten Familien an Schicksalen gibt, wo eben diese Unterstützung der Familienhilfe ganz, ganz wichtig und wertvoll ist.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Wall:** Danke für die ausführliche Antwort, Ihre Beispiele zeigen, wie wichtig diese Unterstützungsleistung für die Familien ist. Betroffene Familien haben uns darauf hingewiesen, dass es bei der Einhebung von Kostenersätzen, zu einer unterschiedlichen Behandlung von verheirateten bzw. in Lebensgemeinschaft lebenden Paaren kommt. Eine Familie zum Beispiel mit drei kleinen Kindern hat bislang durch die Unterstützung der Caritas zwischen 120 und 180 Euro im Monat bezahlt, jetzt hat die Mutter ihren Lebensgefährten geheiratet, und sie muss nun monatlich 800 Euro für diese Unterstützung leisten. Was ist der Grund für diese Ungleichbehandlung?

Landesrätin **Gerstorfer:** Wahrscheinlich hat sich das Familieneinkommen massiv verändert, vielleicht war vorher der Lebenspartner nicht angegeben, ich weiß es nicht.

Dazu brauchen wir einen Namen und konkrete Daten, dann kann man das im konkreten Fall auch beantworten.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Wall:** Soweit wir recherchiert haben, sieht das Gesetz diese Ungleichbehandlung und diese Benachteiligung von Verheirateten vor. Es ist laut Aussagen der betroffenen Familie keine Änderung des Familieneinkommens der Fall, bei diesem Beispiel, das ich Ihnen genannt habe. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um diese Benachteiligung von Verheirateten zu beenden?

Landesrätin **Gerstorfer**: Also ich kenne diese Benachteiligung von Verheirateten jetzt erst seit dieser Minute. Wir werden uns das natürlich anschauen und selbstverständlich ist es im Sinne meines Ressorts und meiner Person, dass wir das ausgleichen, wenn es erforderlich ist.

Präsident: Danke, gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall. Danke Frau Landesrätin. Ich erkläre damit die Fragestunde für beendet und wir kommen zur Zuweisung des Eingangs und ich bitte unseren Schriftführer Herrn Abg. Stanek, den Eingang bekanntzugeben.

Abg. **Stanek**: Ich komme zur Zuweisung des Eingangs in die 11. Sitzung des Oö. Landtags und ich beginne mit der Beilage 258/2016, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Dienstpostenplan des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2016 für die der Diensthoheit des Landes bzw. dem Land unterstehenden Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen und privaten Volksschulen, Neuen Mittelschulen/Hauptschulen, Sonderschulen sowie Polytechnischen Schulen sowie für die Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen. Diese Beilage wird wegen des sachlichen Zusammenhangs mit dem Budgetvoranschlag 2017 dem Finanzausschuss zugewiesen.

Beilage 259/2016, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend den Dienstpostenplan des Landes Oberösterreich für das Schuljahr 2016/2017 bzw. das Verwaltungsjahr 2017 für die der Diensthoheit des Landes bzw. dem Land unterstehenden Lehrerinnen und Lehrer an öffentlichen und privaten Volksschulen, Neuen Mittelschulen/Hauptschulen, Sonderschulen sowie Polytechnischen Schulen sowie für die Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Pflichtschulen mit Ausnahme der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen. Diese Beilage wird wegen des sachlichen Zusammenhangs ebenfalls mit dem Budgetvoranschlag 2017 dem Finanzausschuss zugewiesen.

Beilage 260/2016, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Umsetzung der Oö. Spitalsreform II; Jahresbericht der Evaluierungskommission. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 261/2016, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem die Oö. Landarbeitsordnung 1989 geändert wird (Oö. Landarbeitsordnungs-Novelle 2016). Diese Beilage wird dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 262/2016, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Eingehen einer Mehrjahresverpflichtung zur Finanzierung der Tätigkeiten der Boden.Wasser.Schutz.Beratung in den Jahren 2017 bis 2022. Diese Beilage wird dem Umweltausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 263/2016, Initiativantrag betreffend transparente Vergabe von Bedarfszuweisungsmitteln. Diese Beilage soll gemäß Paragraf 25 Abs. 6 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 264/2016, Initiativantrag betreffend die Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Diese Beilage soll gemäß Paragraf 25 Abs. 7 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 265/2016, Initiativantrag betreffend ein Mietpreisradar für Oberösterreich. Diese Beilage soll gemäß Paragraf 25 Abs. 6 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 266/2016, Initiativantrag betreffend die Erstellung von Richtlinien für die Vermietung von Veranstaltungsräumlichkeiten des Landes Oberösterreich. Diese Beilage soll gemäß Paragraf 25 Abs. 6 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 267/2016, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Krankenanstaltengesetz 1997 geändert wird (Oö. KAG-Novelle 2016). Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 268/2016, Initiativantrag betreffend Zukunft Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Diese Beilage soll gemäß Paragraf 25 Abs. 6 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 269/2016, Initiativantrag betreffend Attraktivierung und Modernisierung Dienstrecht Schulleitung. Diese Beilage soll gemäß Paragraf 25 Abs. 7 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Die weiteren Beilagen die ich verlesen werde, nämlich die Beilagen 270 bis inklusive 274 sollen alle gemäß Paragraf 25 Abs. 6 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden. Ich werde mir erlauben, das jetzt dann nicht jeweils extra wieder zu verlesen.

Beilage 270/2016, Initiativantrag betreffend Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimastrategie.

Beilage 271/2016, Initiativantrag betreffend ein Unterstützungsprogramm zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Polizei.

Beilage 272/2016, Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin.

Beilage 273/2016, Initiativantrag betreffend Bestbieter- statt Billigstbieterprinzip bei der Vergabe von Verkehrsdienstleistungen.

Beilage 274/2016, Initiativantrag betreffend die Übernahme von Krankenversicherungskosten für MindestsicherungsbezieherInnen

Ich darf noch einmal betonen, dass die Beilagen 270 bis 274 gemäß Paragraf 25 Abs. 6 Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden sollen.

Präsident: Danke Herr Schriftführer für die Verlesung des Eingangs. Die vom Herrn Schriftführer verlesenen Beilagen, soweit sie in der heutigen Sitzung in dringlicher Behandlung stehen, haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt. Ich teile Ihnen weiters mit, dass wir Ihnen auch die Vorlagen der Oö. Landesregierung betreffend den Nachtrag zum Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2016, das ist die Beilage 255/2016, sowie den Voranschlag des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2017,

das ist die Beilage 256/2016, und den Dienstpostenplan des Landes Oberösterreich für das Verwaltungsjahr 2017, das ist die Beilage 257/2016, auf Ihren Plätzen aufgelegt haben.

Gemäß den Bestimmungen der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wurden die genannten Beilagen dem Finanzausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Aus verwaltungsökonomischen Gründen haben wir die Beilagen daher nur den Mitgliedern des Finanzausschusses aufgelegt. Es sind aber natürlich sämtliche Beilagen Ihnen allen auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt worden.

Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 263/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend transparente Vergabe von Bedarfszuweisungsmitteln. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 263/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Frau Abg. Ulrike Böker. Bitteschön Frau Abgeordnete.

Abg. **Böker:** Ja, einen schönen guten Morgen, auf der Galerie ist momentan niemand, aber auch alle, die im Internet zuhören, sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Der vorliegende dringliche Antrag behandelt wieder einmal das Thema der Bedarfszuweisungsmitteln, auf das ich ja schon in der einen oder anderen Rede im Landtag hingewiesen habe.

Die Causa Sankt Georgen an der Gusen zeigt wieder einmal deutlich auf, Bedarfszuweisungsmittel an die Gemeinden müssen transparenter und nachvollziehbarer werden. Nach sehr langer, oder jahrelanger Diskussion, muss es endlich konkrete Schritte geben. Und das Salzburger Modell, das ich auch schon des Öfteren angesprochen habe, hätte hier wesentliche Vorteile. Ich weiß, dass schon in der letzten Periode darüber diskutiert wurde, dass die Vergabe der Bedarfszuweisungsmittel transparenter gestaltet wurde, oder gestaltet werden? Ich weiß auch aus einer Presseaussendung von Landesrat Hiegelsberger vom September 2016, dass auch es angeblich schon Projektgruppen gibt, die ein zeitgemäßes Modell erarbeiten. Das die IKD daran bereits arbeitet, zu einem nachvollziehbaren Vergabemodell. Es wäre aber gut, wenn auch wir hier einmal die Zwischenergebnisse vorgestellt bekämen, denn dann wäre schlussendlich auch die immer wieder in den Mund genommene Transparenz in der politischen Zusammenarbeit gegeben.

Wir müssen ja das Rad nicht immer neu erfinden. Es gibt eben das Salzburger Modell, das durchaus anschaulich, übersichtlich und transparent ist und das auf Seiten der Gemeinden zu guter Planbarkeit führen könnte, das man durchaus heranziehen könnte als Grundmodell sozusagen. Wie dringend hier etwas getan werden muss, zeigt der Landesrechnungshofbericht von Sankt Georgen an der Gusen auf. In der Initiativprüfung wurde festgestellt, und ich zitiere hier wortwörtlich, wie vom Landesrechnungshof bereits mehrfach angemerkt, sollte das Land Oberösterreich die Gewährung von BZ-Mitteln künftig transparenter gestalten. Insbesondere sollen die gültigen BZ-Richtlinien aktualisiert und in Bezug auf die Kriterien für die Zuerkennung von BZ-Mitteln präzisiert werden. Nachzulesen auf Seite 8 des Berichtes.

Wenn Schwarz-Blau jetzt das Salzburger Modell ins Spiel bringt, wie es auf Seite 16, 17 ihres Arbeitsübereinkommens zu finden ist, dann muss es im Interesse der Gemeinden jetzt zu recht raschen, konkreten Ergebnissen führen. Jetzt nach einem Jahr der neuen Zusammenarbeit liegt allerdings, zumindest meines Wissens und unseres Wissens, nichts vor. Und ich sehe mich vor allem aber auch aus dem Blickwinkel als ehemalige Bürgermeisterin, aus dem Blickwinkel der Gemeinden genötigt, mit einem

Dringlichkeitsantrag nachzuhelfen, um vor allem für unsere Gemeinden hier diese Planbarkeiten so bald wie möglich zu erreichen.

Ich sehe hier ganz konkrete Vorteile und wiederhole, es steigen Transparenz und Planbarkeit hinsichtlich der Zuschusshöhe und auch des Zeitrahmens für die Gemeinden. Beim Salzburger Modell werden mit einem Sockelbetrag gewisse Investitionen gefördert und es kommt zu Zu- bzw. Abschlägen. Jede Gemeinde kann schon im Vorfeld in etwa berechnen, wie viel an Finanzmitteln vom Land zu erwarten sind. Langwieriges Nachbohren und Drängen bei den zuständigen Politikern und Politikerinnen können damit entfallen. Und auch für diese kann es ja nur eine große Unterstützung sein, wenn sie sich an Kriterien halten können, und von vornherein mögliche Ungerechtigkeitsvorwürfe, die es schon immer wieder auch gibt, hintanhalten können.

Also alles in allem nur Vorteile. Gehen wir doch gemeinsam, und ich spreche hier wirklich von gemeinsam, an die Erarbeitung eines neuen Modells. Im Landesrechnungshofbericht des Landes Salzburg über den Gemeindeausgleichsfonds von November 2011 heißt es wortwörtlich auf Seite 29, nachdem dieses Modell schon umgesetzt wurde, insgesamt wickelte das Referat die Förderungen transparent und rasch ab. Dies erhöhte die Planungssicherheit vor allem für die Gemeinden deutlich.

Im Gemeindeausgleichsfonds, in den Richtlinien, die auch nachzulesen sind, steht auf der Salzburger Homepage, folgende Ziele wurden umgesetzt: Die Transparenz, die Nachvollziehbarkeit, die Planbarkeit für Gemeinden hinsichtlich der Zuschusshöhe und auch des Zeitrahmens. Möglichkeiten zur Steuerung für die Gestaltung des Gemeindeausgleichsfondsbudgets aber auch für die Überwachung der Liquidität. Die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages zur Umverteilung, ein kurzer Verwaltungsablauf und einfache Vollziehbarkeit. Die Förderung von Projekten bei größtmöglicher Effizienz und vor allen Dingen auch der Anreiz für Energiesparmaßnahmen, hier noch in Klammer die Kyoto-Ziele, heute müsste man den Weltklimavertrag von Paris vermerken, die interkommunale Zusammenarbeit, aber auch die Mehrfachnutzung von Räumen, und auch das ist immer wieder ein Thema.

Mittlerweile gibt es in den Gemeinden in Salzburg auch einen GAF-Onlinerechner, wo man selbst sozusagen die Eckdaten eingeben kann und einen vorläufigen Wert der Unterstützung erhalten kann. Und das ist Transparenz, das ist Planungssicherheit und das nenne ich auch fortschrittlich. Wie gesagt, wir müssen in Oberösterreich das Rad nicht neu (Präsident: „Darf ich Sie bitten, zum Schluss zu kommen Frau Abgeordnete!“) Ja, ein Satz noch, wir müssen das Rad nicht neu erfinden, wir müssen nur heute den Beschluss fassen und dann gemeinsam in die Diskussion treten, um dies so schnell wie möglich umzusetzen und ich bitte, der Dringlichkeit zuzustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Ja geschätzter Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, transparente Vergabe von Bedarfszuweisungsmitteln wurde angesprochen und dieser Antrag ist aufgrund der Sonderprüfung des Landesrechnungshofes von 2012, wo es der Inhalt ist, dass die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen auf klarer Basis, der Beurteilungskriterien und Entscheidungskriterien besteht und für die Gemeinden die BZ-Verteilung transparent dargestellt werden soll.

Ja, dazu möchte ich festhalten, dass der Antrag zu unterstützen ist, aber nicht die Dringlichkeit. Denn, wie es auch auf Rückfrage bei meinen Kollegen zeigt, gibt es eine Arbeitsgruppe. Eingerichtet von Landesrat Hiegelsberger und Entholzer, jetzt mit Landesrätin Gerstorfer, geleitet von der IKD, von Hofrat Gugler und vom Gemeindebund und zwei Bürgermeister der SPÖ und ÖVP. Aufgrund der Rückfrage wurde mir mitgeteilt, dass hier eine gewisse Finalisierung schon ansteht und zu 90 Prozent dies schon abgeschlossen wurde. Darum sind die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe noch abzuwarten, denn planmäßig sollte dies am 1.1.2018 umgestellt bzw. dargestellt werden.

Es ist auch das Projekt Finanzierung Salzburg angesprochen worden. Es ist richtig, es gibt Sockelbeträge für Schulen, 40 Prozent Kinderbetreuung, 40 Prozent Straßen, 30 Prozent Gemeindeämter, 30 Prozent Feuerwehren. Es geht bei der Finanzierung nach der Stärke der Gemeindefinanzen Abschläge und Zuschläge. Aber nichtsdestotrotz muss man hier sehr wohl auch die Abgaben der Gemeinden in Salzburg sich anschauen. Die haben nicht die großen Zahlungen zu den Krankenanstaltenbeiträgen, oder Sozialhilfebeiträgen, die zu zahlen sind. Aber auch die Landesumlage stellt sich anders dar als bei uns. Also dies kann nicht eins zu eins meines Erachtens übernommen werden.

Und was mir in diesem Antrag abgeht ist generell auch die transparente Vergabe von LZ-Mitteln, ob es im Bereich Kultur ist, oder Gesundheit, Bildung oder Gemeindestraßenbau. Und ich habe mir das einmal angeschaut von 2009 bis 2013 waren in den 46 Gemeinden vom Bezirk Braunau die Vergaben von LZ-Mitteln für Straßenbau ein Unterschied, wo der Erste, ich sag keinen Namen dazu, 508.000 Euro bekam, der Zweite 253.000 Euro, der Zehnte 164.000 Euro. Leider unter den ersten zehn keine SPÖ-geführte Gemeinde. Und der Letzte, der 46., der hat 12.000 Euro erhalten in den fünf Jahren. Also auch hier sollte die transparente Nachvollziehbarkeit gegeben sein, denn nicht nur bei den BZ-, auch bei den LZ-Mitteln ist es, glaube ich, wichtig, hier die Transparenz herzustellen.

Wie gesagt, den Antrag können wir unterstützen, aber die Dringlichkeit nicht. Danke. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Peter Bahn. Bitteschön Herr Abgeordneter.

Abg. **Bahn:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Grünen haben also den Antrag gestellt, dass die Vergabe von BZ-Mitteln transparenter gestaltet werden sollte. Das ist durchaus legitim und im Sinne der Bürgermeister der Gemeinden, wahrscheinlich des Gemeindebundes und nicht zuletzt auch im Sinne des Rechnungshofes, der ja oft in seinen Berichten eine transparentere Vergabe verlangt hat. BZ-Mittel sind einfach Gelder der Gemeinden, die gehören den Gemeinden und werden von den zuständigen Referenten vergeben.

Es ist also eine legitime Forderung, aber eigentlich völlig sinnlos. Es steht nämlich im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ drinnen. Und alles, was im Arbeitsübereinkommen zwischen ÖVP und FPÖ drinnen steht, wird auch durchgeführt, mit oder ohne Grünen-Antrag.

Ich habe mir den Antrag auch mitgenommen, also doktorarbeitstauglich ist er nicht, nicht weil er so kurz ist, aber weil es ein Plagiat ist. Ich habe mir extra die Mühe gemacht, hier einen grünen Textmarker zu kaufen und da habe ich das angestrichen, was die Grünen von unserem Arbeitsübereinkommen abgeschrieben haben. Es ist ein Plagiat, es ist einfach abgeschrieben, das darf man in Doktorarbeiten nicht, bei Anträgen darf man es natürlich

schon. Es kommt mir eigentlich dann so vor, als würden wir das grüne Parteiprogramm nehmen und würden Anträge daraus machen. Zu früh gefreut! Das machen wir nicht! Da nehmen wir lieber unser eigenes.

Aber liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, es gibt bereits, wie wir gehört haben, ein Gremium, bestehend aus Bürgermeister. Die Referenten haben hier bereits Vorarbeit geleistet. Ich weiß nicht, ob heute jemand von den Referenten zum Inhalt noch Stellung nimmt oder der Herr Gemeindebundpräsident oder ob wir das uns dann für den entsprechenden Ausschuss aufheben. Aber ich glaube, wenn es dringlich beschlossen wird, dann ist es für uns kontraproduktiv. Denn wenn es in einem Ausschuss vorgestellt wird, dann kann sich auch der Landtag einbringen, kann seine Meinung dazu kundtun und kann mitarbeiten. Wenn es dringlich beschlossen wird, ist eigentlich der Landtag außen vor und das Gremium wird mit den Beamten alleine weiter arbeiten. Daher wird es von uns für diesen Antrag sicherlich keine Dringlichkeit geben.

Es wird aber auch im neuen System, mit der transparenteren Gestaltung, nicht nur Sieger, sondern auch Enttäuschte geben. Wenn einer sich freut und mehr Geld bekommt, dann wird halt ein anderer weniger bekommen. Durch die Transparenz wird das Geld für die Gemeinden nicht mehr werden. Danke! (Beifall)

Präsident: Danke, Herr Abgeordneter! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Gemeindebundpräsident Abg. Hans Hingsamer.

Abg. Hingsamer: Sehr geehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren! Es ist legitim, dass dann, wenn in den Medien bereits berichtet wird, dass man versucht, die Gemeindefinanzierung auf eine solide, aber auch gerechte Basis zu stellen und transparent zu gestalten, dass dann der hohe Landtag natürlich auch das Bedürfnis hat, über dieses Modell etwas zu erfahren und zu wissen. Insofern darf ich sagen, das was von den Vorrednern gekommen ist und auch von der antragstellenden Fraktion gekommen ist, ist legitim und ist ernst zu nehmen und nehmen wir ganz besonders ernst.

Aber es wurde auch gesagt, dass zu diesem Themenkomplex eine Arbeitsgruppe ganz intensiv arbeitet und ich kann nur berichten, dass diese Arbeitsgruppe sehr weit in ihrer Arbeit ist und dass der richtige Zeitpunkt dann gewählt wird, wo auch der Landtag eingebunden wird und der Landtag die Information bekommt, der Landtag natürlich dann darüber auch beraten wird und natürlich auch in der Gestaltung mit dabei sein wird. Das ist einmal das Eine.

Es wurde heute viel gesprochen auch vom Salzburger Modell. Das Salzburger Modell ist ein gutes Modell, ist aber nicht allein das Modell, das wir in Oberösterreich, so wie es dort formuliert ist, auch zur Umsetzung bringen können, weil wir völlig unterschiedliche Transferströme in den Zahlungen haben, die mit Salzburg schwer vergleichbar sind. Jetzt sage ich vereinfacht, im Sozialbereich dürften wir etwas mehr leisten als in diesem Bundesland, dafür kennen sie in diesem Bundesland die Landeszuschüsse nicht. Es wurden die Landeszuschüsse, Kollege Rippl hat es auch bereits erwähnt und es war ein Anliegen und es ist ein Anliegen dieser Arbeitsgruppe, dass auch dieser Bereich möglichst transparent und korrekt gestaltet wird, und es dauert deshalb etwas, zum einen, weil man gesagt hat, es soll die Bedarfszuweisung neu organisiert werden und auf neuen Beine gestellt werden und es soll ergänzend dazu auch Regelungen in der Frage der Landeszuschüsse geben, sodass wirklich die Gemeinden transparent nachvollziehen können und auch dann nicht mehr die Angst haben müssen, dass sie gerecht oder ungerecht behandelt werden oder übervorteilt

werden, sondern dass das in erster Linie sich auch daran orientiert, was hat eine Gemeinde zu leisten und wie schaut eine Finanzkraft in einer Gemeinde aus? Auch ergänzend wird daran gearbeitet. Soviel nur zu dem. Ich glaube, wir haben bisher bereits Richtlinien gehabt in der Frage Bedarfszuweisung, es hat einen umfangreichen Richtlinienkatalog gegeben, an dem sich die Referenten immer orientiert haben. Es wird dann dieser Richtlinienkatalog um Kriterien in der Bewertung erweitert, die die Gemeinden ausführlich betrachten.

So glaube ich, ist dieser Antrag legitim und erlaubt in dieser Form auch durchaus zu stehen. Er ist es wert, dass er im Ausschuss beraten und diskutiert wird. Aber es ist auch vernünftig, dass wir den Ausschuss nicht unter Druck setzen und ihr müsst morgen schon etwas liefern. Wir können ihn deshalb auch nicht unter Druck setzen, weil diese Arbeitsgruppe sehr wohl auch zu reagieren hat, was sind Entwicklungen auch in der Neuverteilung der Mittel im Finanzausgleich. Wir dürfen die Veränderungen nicht ganz außer Acht lassen, in der Form, weil dort der Unterschiedsbetrag komplett verschwunden ist in der Berücksichtigung. Also es ist für finanzschwache Gemeinden gar nicht einfacher geworden ist. Das sollen wir erkennen. Also insofern, glaube ich, sollten wir die Arbeitsgruppe jetzt in Ruhe fertig arbeiten lassen. Aber der Landtag hat das Recht und natürlich den Anspruch, dass er darüber informiert wird. Lassen wir die Arbeitsgruppe fertig arbeiten und ich sage, es soll der Landtag natürlich beraten können und informiert werden. Ich glaube, dass der Zeitpunkt relativ rasch kommt, wo es dann möglich ist, ausführlich darüber zu berichten und zu informieren. Wir lehnen jetzt einmal die Dringlichkeit ab, haben aber Verständnis für diesen Antrag, weil er darauf abzielt, was wir gemeinsam letztendlich auch gestalten wollen, insofern diese Information an alle am Ende des Tages dann bekommen. (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 263/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist und ich weise daher diese Beilage dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zur Vorberatung zu.

Ich darf eine neue Gruppe von Besucherinnen und Besuchern bei uns auf der Galerie begrüßen, der Seniorenring Grieskirchen-Eferding ist heute hier zu Gast. Herzlich willkommen! Ich hoffe Sie fühlen sich wohl.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 264/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 264/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abg. Mag. Maria Buchmayr. Bitteschön!

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen hier im Oberösterreichischen Landtag, werte Gäste auf der Galerie, werte Internetbesucherinnen und -besucher, die diese Debatte am Schreibtisch oder von zu Hause aus verfolgen! Ich freue mich heute sehr, dass ich hier stehen kann und einen Initiativantrag präsentieren kann, der vor allem sehr wichtig für Frauen ist. Nämlich, es geht um die bessere Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten für die Pensionsberechnung. Ich freue mich besonders, dass wir hier wie es aussieht auch eine Zustimmung erhalten werden und dieses sehr wichtige Anliegen damit als Resolution an den Bund schicken können.

Erwerbsunterbrechungen und Phasen von Teilzeitbeschäftigung wirken sich extrem nachteilig auf die Berechnungen der Pensionshöhe aus. Das wissen wir alle. Das ist auch der Ansatz dieser von uns eingebrachten Initiative. Wir gehen davon aus, dass man hier in einem allerersten Schritt unmittelbar korrigierend wirken muss. Ich bin davon zutiefst überzeugt, wenn man die Politik ernst nimmt, wenn man Politikerin oder Politiker ist, so wie es wir hier herinnen sind, dann muss man sich an den Lebensbedingungen, an den Lebensrealitäten der Menschen orientieren und dann muss man auch den Drang haben und die zu tiefste Überzeugung, dass man hier was zum Positivem verändern muss, weil man wurde ja auch genau zu diesem Anliegen gewählt von den Menschen. Das ist auch die Grundidee bzw. die Haltung, die dieser Initiative zugrunde liegt.

Sie fragen sich, wenn wir von Kindererziehungszeiten reden, warum sprechen wir von frauenpolitischer Initiative? Man muss sich die Fakten anschauen. Auch im Jahr 2016 leisten Frauen, das ist diese Lebensrealität, von der ich gesprochen habe, immer noch den größten Anteil der Familienarbeit, insbesondere was die Betreuung der Kinder betrifft. Und so sind es auch größtenteils die Frauen, die nach Geburten gänzlich zu Hause bleiben und dann sehr häufig in Teilzeitarbeitsverhältnissen wieder arbeiten gehen bis zum Schuleintritt der Kinder, aber sehr oft auch darüber hinaus. Das ist auch einer dieser Gründe, warum sich diese Zeiten auf die Pensionsanrechnungen dieser Frauen, und das betrifft sehr viele Frauen, auch sehr nachteilig auswirken. Mit dieser Entscheidung, länger in Teilzeit zu arbeiten bzw. längere Karenzzeiten in Anspruch zu nehmen, haben Frauen eklatant nachteilige Auswirkungen, was die Pensionshöhe, was den Gendergap bei der Pension betrifft, in Kauf zu nehmen und damit müssen wir auf politischer Ebene reagieren, um dem entgegenzuwirken. Denn es ist auch ganz klar, solange sich am Gesellschaftsbild nichts verändert, solange Kinderbetreuung und Berufstätigkeit immer noch, das wissen wirklich alle hier herinnen, vor allem die Frauen, die selbst Kinder bekommen haben, die Kinder haben, die Kinder großgezogen haben, wie schwierig es nach wie vor ist, das wirklich gut unter einem Hut zu bringen, ohne dass man sich völlig zerfranst, oder dass da oder dort Federn gelassen werden, wie schwierig es ist, das wissen wir und es sind immer noch in erster Linie die Frauen, die diese sehr wichtige Tätigkeit schultern.

Wie gesagt, das denke ich, darf nicht so sein, dass sich das dann auch noch nachteilig für diese Frauen auswirkt, sondern dass wir hier, was im Rahmen unserer politischen Möglichkeiten ist, dass wir hier ausgleichend wirken. Denn das heißt ja nichts anderes, als dass diese Zeiten, die die Frauen eben länger zu Hause sind oder in Teilzeitverhältnissen arbeiten, dass das dann unmittelbar in die Altersarmut führt.

Ja, verringernd kommt dazu, und hier komme ich zum konkreten Inhalt unseres Antrages, dass derzeit zwar pro Kind vier Jahre als Kinderbetreuungszeiten angerechnet werden, diese aber bei einer neuerlichen Geburt vorzeitig enden und damit verkürzt werden. Ich freue mich, dass wir mit der vorliegenden Resolution, die wir mit einer Mehrheit beschließen werden, für jedes Kind, unabhängig vom Zeitpunkt der Geburt, vier Jahre für die Pensionszeiten rechnen werden können.

Abschließend möchte ich Ihnen noch ganz kurz sagen, dass ich im Frühsommer eine breitangelegte Tour durch die Regionen von Oberösterreich gemacht habe, sehr viel mit Frauen gesprochen habe, die uns im Zuge dieser Tour begegnet sind, über Themen, die sie bewegen, die ihnen wichtig sind und diese Frage der geringen Pension, wo Frauen, Angestellte, Arbeiterinnen fast um 100 Prozent weniger bekommen als Männer, wenn man sich die Zahlen anschaut. Diese Frage der sehr geringen Pension und diese Verunsicherung, die da natürlich da ist, war wirklich ein ganz großes und wichtiges Thema

für die Frauen, mit denen ich gesprochen habe, so quasi quer durch, von der Akademikerin hin zur Angestellten im Einzelhandel. Es hat wirklich alle betroffen und es ist ein sehr wichtiges Thema, wo wir uns hier als Politik der Lebensrealität der Frauen auch stellen müssen. Ich bedanke mich wirklich herzlich bei jenen, die diese aus unserer Sicht sehr wichtige Initiative unterstützen, im ersten Schritt die Frauen, der Altersarmut das weibliche Gesicht zu nehmen. (Beifall)

Präsident: Danke! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Sabine Promberger. Bitteschön!

Abg. **Promberger:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, wir von der Sozialdemokratie haben diesen Antrag nicht mitunterzeichnet. Wir unterstützen weder die Dringlichkeit, noch inhaltlich sind wir der Meinung, dass es tatsächlich für die Frauen ein großer Schritt in die richtige Richtung ist. Ich teile manche Analysen, die Maria Buchmayr vor mir gemacht hat und wir sehen natürlich sehr stark, dass Frauen in der Pension benachteiligt sind.

Ich glaube, das ist der Punkt, wenn man sich anschaut, wir haben knapp 1,4 Kinder pro Frau, dann werden die zwei oder drei Jahre, die man dann zusätzlich anrechnen könnte, die Pensionshöhen dieser Frauen nicht wesentlich steigern. Wir haben in Österreich ein gutes System an Transferzahlungen, die wir an die Familien leisten. Trotzdem sehen wir, dass wir an der Geburtenrate europäisch gesehen, sehr weit hinten sind. Länder, die in Infrastrukturmaßnahmen investieren, haben eine weitaus höhere Geburtenrate. Das heißt, Frauen haben bedeutend früher die Chance, wieder ins Berufsleben einzusteigen. Das ist ein zentraler Punkt. Maria, da hast ganz richtig gesagt, wir sehen in der Berufslaufbahn von Frauen, sobald sie einmal in Karenz waren, holen sie nie mehr den Verlust auf, den sie aus dem Erwerb erzielen. Das werden wir nicht damit regeln können, dass die Frauen länger zu Hause bleiben.

Insgesamt spannend finde ich die Diskussion, speziell von ÖVP und FPÖ, die uns immer sagen, wie unfinanzierbar das Pensionssystem ist und da schaffen wir es wieder, mehr Ausnahmen und weniger Einnahmen zu lukrieren. Das bezieht sich jetzt nicht nur auf die Zeit, wo die Frauen länger oder diese gesamten vier Jahre mit 16 Jahren begrenzt sind, dann das Geld bekommen, sondern sie verdienen weniger und können in den Topf für die Pensionsversicherung auch weniger leisten. Das heißt, insgesamt ist das ein System, das wird nicht aufgehen. Also wenn man schon der Meinung ist, der ich ja nicht so bin, das Pensionssystem sei unfinanzierbar, dann ist diese Maßnahme sicher keine, die das besser macht. Außerdem muss man dazu sagen, diese Höhe würde ja dann auch bei den Präsenzdienern angeglichen werden müssen, oder bei Leuten, die in Pflegekarenz sind, die haben eine ähnliche Basis für die Berechnung der Pensionsgrundlage, wenn sie Pflegegeldkarenz in Anspruch nehmen. Also da müsste man dann, wenn man fair ist, dazu auch noch sagen, dass man es ändern muss.

Ich glaube, es hat die Kollegin Langer-Weninger gestern eine Presseaussendung gemacht, wo sie gesagt hat, ja die Durchrechnung von 40 Jahren wirkt sich ganz besonders auf die Höhe der Pension bei Frauen aus. Du hast natürlich vollkommen Recht, beschlossen worden ist das unter der ÖVP-FPÖ-Regierung, wenn ich das dazusagen kann. Es waren zuerst die 15 besten Jahre, dann sind es die 40 Jahre geworden und es ist auch davon gesprochen worden, dass die höhere Bewertung, mit der ich ja jetzt noch weniger Problem habe, sich gerade bei Frauen auswirken würde, die besser verdienen. Man muss halt auch dazu sagen, es gibt eine Höchstbeitragsgrundlage, auch für das Pensionssystem, das heißt, ich weiß jetzt

nicht, was gut verdienen bei einer Frau ist, aber da sind die 1.700 Euro oder 2.000 Euro, die dann dazukommen würden für die vier Jahre, wahrscheinlich auch nicht unbedingt das, was die Frauen weiterbringt, weil über die Höchstbeitragsgrundlage einfach nichts mehr geht.

Unser Vorschlag wäre, es einfach vermehrt in Infrastruktur zu investieren, beim Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtung mehr Geld in die Hand zu nehmen. Ich glaube, das wäre wirklich ein Schritt, der den Frauen hilft und der in Zukunft auch sicherstellt, dass aus der Erwerbsarmut keine Altersarmut wird. Danke sehr! (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abg. Michaela Langer-Weninger. Bitte sehr, Frau Abgeordnete!

Abg. Langer-Weninger: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! In freudiger Erwartung sein, guter Hoffnung sein, der Kindersegen! Das alles gibt Ausdruck, wie schön es ist und was für ein Geschenk es ist, wenn man Kinder bekommen darf. Leider ist es aber dennoch so, dass man im Hinblick auf die Pension, wenn man Kinder oder vielleicht sogar mehrere Kinder hat, dann eigentlich es schwieriger wird, in der Pension sich gerade als Frau entsprechend abzusichern. Darum ist es uns wichtig, dass man diejenigen, die Kinder bekommen und sich zu Kinder bekennen, die Familien, die Frauen und die Männer, die Ja sagen zu Familien, die der Gesellschaft eigentlich einen sehr großen Dienst erweisen, auch entsprechend zu unterstützen und auch die entsprechende Absicherung zu geben. Denn gerade diejenigen sind es, die in der Gesellschaft einen ganz wesentlichen Beitrag leisten. Und meistens sind es die Frauen die, Kollegin Buchmayr hat es angesprochen, diese unverzichtbare, großartige Arbeit in den Familien mit den Kindern leisten für die Gesellschaft.

Gerade gestern Mittag bin ich mit einer älteren Dame beieinander beim Mittagessen gegessen, die gesagt hat, ich hätte mir ja gewünscht, dass es für mich schon solche Regelungen gibt. Sie ist über zwölf Jahre bei den Kindern daheim geblieben. Sie hat außer Kindergarten und Schule keine öffentlichen Einrichtungen in Richtung Hort, Nachmittagsbetreuung oder sonstiges in Anspruch genommen. Sie hat auch keine öffentlichen Leistungen in Anspruch genommen. Und als Dank hat sie heute um einiges weniger Pension, als sie haben könnte, wenn sie diese zwölf Jahre in die Arbeit gegangen wäre.

Und genau dort müssen wir auch ansetzen, dass wir diesen Nachteil in der Pension entsprechend aufholen. Egal, wie sich die Familien nachher in der Betreuung und in der Organisation für sich selbst entscheiden, diese Hürden gehören abgeschafft und diese Hürden gehören Schritt für Schritt ausgeräumt.

Und wir wissen ja, dass wir im Jahr 2015 einen regelrechten Babyboom gehabt haben. Es ist gut so und es ist schön so mit 15.000 Kindern in Oberösterreich. Aber, liebe Sabine Promberger, wir wissen, wenn Du die Absicherung des Pensionssystems ansprichst, wenn aus zwei Leuten nur noch 1,5 oder 1,6 herauskommen, dann wird sich das Pensionssystem nicht absichern können.

Und darum müssen wir alle Möglichkeiten in die Hand nehmen, alle Möglichkeiten in Anspruch nehmen, die uns helfen, Mut zu machen für Kinder, Mut zu machen für Familien und wie wir die Kinder und die Familien entsprechend auch unterstützen können. Und darum ist diese bessere Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten eine langjährige Forderung des Familienbundes. Und mich freut es, dass wir heute hier eine Resolution mit einer breiten

Mehrheit in Oberösterreich an den Bund senden können. Denn es ist der richtige Weg, wenn wir die vollen vier Jahre fordern und auch vielleicht bekommen. Ich hoffe, dass wir sie bekommen werden, denn gerade diese Anrechnung der vollen vier Jahre für die Familien, vor allem für die Frauen, ist ein wesentlicher Fortschritt in Richtung Pension.

Familien haben heute viele Facetten, das wissen wir. Unsere Gesellschaft entwickelt sich, Gott sei Dank, auch in der Familienbetreuung, in der Kinderbetreuung sehr partnerschaftlich. Es geht langsam, aber es kommt und es ist gut so. Aber die Familien sollen sich frei entwickeln können, frei entfalten können und sie brauchen die echte Wahlfreiheit. Dafür kämpfen wir auch in der ÖVP und da ist nach wie vor Luft nach oben und darum sind solche Initiativen genau die richtigen.

Die Bewertung der Kindererziehungszeiten soll entsprechend angepasst werden, auch in der Höhe. Wir haben derzeit 1.735 Euro pro Monat und genau dort brauchen wir auch für besser qualifizierte Frauen die entsprechende Erhöhung dieses Beitrages, damit wir dort Verluste auch entsprechend minimieren können.

Aber auch gerade beim Pensionssplitting – auch das ist eine wichtige Forderung, eine wesentliche Forderung, auch von uns aus der ÖVP, dass es die Möglichkeit zur Aufteilung der Kinderbetreuungszeiten für Mütter und Väter flexibel zu gestalten gilt, dort im Pensionssplitting. Auch das sind Schritte für mehr Gerechtigkeit und Schritte einfach für mehr Unterstützung unserer Familien. Die Familien müssen zeitgemäß unterstützt werden, vernünftig unterstützt werden und wir müssen einfach auf diesen gesellschaftlichen Wandel, den auch die Maria Buchmayr angesprochen hat, entsprechend reagieren.

Diese Resolution ist ein wichtiger und ein richtiger Schritt in diese Richtung. Ich würde mir wünschen, dass die SPÖ diesen Schritt auch gerade in der Unterstützung der Familien und der Frauen entsprechend mitträgt. Ihr habt heute die Gelegenheit, dazu auch ein wesentliches Zeichen zu setzen. Ich würde euch auch um eure Unterstützung bitten. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Sabine Binder. Bitteschön Frau Abgeordnete.

Abg. Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Es freut mich besonders, heute den Seniorenring aus meiner Heimatgemeinde Grieskirchen und Eferding begrüßen zu dürfen und natürlich die Zuseher via Internet!

Es ist die Realität, dass die meisten Frauen, die sich für Kinder entscheiden, Einbußen bei der Alterspension in Kauf nehmen müssen. Es ist auch so, dass vor allem die Frauen den großen Teil der Familienarbeit und natürlich auch die Kindererziehung übernehmen. Viele verzichten zu Gunsten der Familie einige Jahre auf Erwerbseinkommen oder sie arbeiten Teilzeit. Dies bleibt nicht ohne Folgen für die Pension.

Es freut uns, dass wir uns gemeinsam mit der ÖVP und den Grünen um eine pensionsrechtliche Besserstellung bemühen. Ich hoffe, dies wird auch auf Bundesebene umgesetzt.

Aktuell ist es jetzt so: Überschneiden sich innerhalb von vier Jahren die Geburten, endet die pensionsrechtliche Berücksichtigung der Kindererziehungszeit für das erste Kind mit Beginn

der Kindererziehungszeit für das zweite Kind. So werden die sich überlappenden Zeiträume nur einmal gezählt.

Kinder zu bekommen und zu erziehen, darf sich nicht nachteilig auf die Alterspension der Frauen auswirken. Mit der heutigen Resolution an den Bund fordern wir, dass bei der Pensionsanrechnung volle vier Jahre Kindererziehungszeiten angerechnet werden und zwar unabhängig vom Abstand der Geburten. Die volle Anrechnung der Kindererziehungszeiten ist eine langjährige freiheitliche Forderung zur Unterstützung und Förderung von Müttern und Familien. Aus diesem Grund unterstützt die FPÖ diesen Antrag vollinhaltlich. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schliesse die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 264/16 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 265/16 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend ein Mietpreisradar für Oberösterreich. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 265/16 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Christian Makor. Bitteschön Herr Klubobmann.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Als wäre es bestellt gewesen oder besser gesagt, als hätte ich es überhaupt bestellen können. Das kann ich natürlich nicht. Die aktuellste Aussendung von Statistik Austria vom heutigen Tag belegt einmal mehr die dramatische Situation, die wir am Wohnungsmarkt bei den Mietpreisen haben.

Die Mieten sind auch im Oktober 2016 der Toppreistreiber. Der Toppreistreiber bei der Inflation mit einer durchschnittlichen Steigerung von 3,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahr, meine sehr geehrten Damen und Herren. 3,7 Prozent mag den einen oder anderen vielleicht nicht eindringlich genug sein, weil in den Achtziger- und Neunzigerjahren wären wir froh gewesen, wenn die Mietsteigerungen nur in dieser Höhe gewesen wären. Aber 3,7 Prozent im Jahr 2016 bedeutet, in Relation gesetzt zu Pensionserhöhungen von ein Prozent oder darunter und Lohnsteigerungen von zwei Prozent und darunter, dass die Tendenz, die wir in den letzten sechs Jahren feststellen müssen, nämlich jene, dass die Mieten in Oberösterreich doppelt so schnell steigen als vergleichbar die Löhne, als vergleichbar die Pensionserhöhungen, als vergleichbar auch die Inflationsrate.

3,7 Prozent, verglichen mit einer prognostizierten Inflationsrate von etwas über einem Prozent in diesem Jahr, bedeutet auch heuer wieder dreifach so schnelles Steigen der Mieten, als die sonstige Teuerung ist. Und die Löhne und Gehälter, die Pensionserhöhungen bleiben hinten nach. Statistik Austria vom heutigen Tag.

Und es ist keine einmalige Entwicklung. Es ist keine tagesaktuelle Entwicklung, sondern, meine sehr geehrten Damen und Herren, eine Entwicklung der letzten Jahre. Und in Kumulation, im Zusammenrechnen dieser überproportionalen Steigerung bei den

Mietkosten, kommen wir dann zu dem Ergebnis, dass etwa die Mieten im Vergleich von 2010 bis 2014 im Durchschnitt um 15,1 Prozent gestiegen sind. Im Besonderen bei privat vermieteten Wohnungen sind sie sogar um 21 Prozent gestiegen, während, und das können wir uns selber ausrechnen, die Löhne und Gehälter im selben Zeitraum nicht einmal annähernd die Hälfte erreicht haben.

Aus diesem Grund, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten aller spätestens heute bei allen die Alarmglocken schrillen und der Wohnungsmarkt und die Mietpreisentwicklung einem besonderen Fokus unterzogen werden. Das ist genau der Inhalt unseres Antrages.

Es geht darum, die weitere Steigerung, die weitere Entwicklung am Wohnungsmarkt auch unterschiedlich im Bereich der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, im Bereich der privaten Wohnungswirtschaft wirklich fokussiert weiter zu beobachten und zukünftig soll die Landesregierung im halbjährlichen Rhythmus, sowohl dem Oö. Landtag, als auch der oberösterreichischen Bevölkerung, das geht ja mittlerweile sehr einfach etwa im Web, darüber Auskunft geben, wie die Wohnungsmieten sich bei Neuvermietung, und auf das möchte ich jetzt dezidiert zu sprechen kommen, bei Neuvermietung entwickeln.

Sehr oft haben wir die Frage der Mietpreise hier schon diskutiert und es wurde dann, vor allem von Mitte rechter Seite, mir entgegengehalten, ja die durchschnittlichen Mieten steigen ja gar nicht so dramatisch, weil die durchschnittlichen Mieten betragen ja fünf Euro, sechs Euro und so weiter. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wäre so, als würden wir Sie fragen, wo tanke ich morgen und dann den Durchschnitt des Dieselpreises von den letzten 20 oder 30 Jahren in Berechnung zu stellen. Da habe ich nichts davon, denn ich muss nach den heutigen Preisen zahlen und genauso ist es auch bei den Mieten.

Es macht einen Unterschied, ob ich eine Bestandsmiete vergleiche, die ich seit 20 oder 30 Jahren habe, die natürlich eine Spur niedriger ist als bei Neuvermietung oder eben die Neuvermietung gegenüberstelle. Und genau und dezidiert darum geht es. Der Wohnbaulandesrat wird aufgefordert, einen Mietpreisradar in Oberösterreich zu installieren, um die Mieten, vor allem die Neuvermietungen, zukünftig besser im Fokus zu haben und das wäre erst die Basis, um dann daraus auch tatsächlich wirkungsvolle Instrumente abzuleiten und dem entgegenzutreten. Danke sehr. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Herwig Mahr. Bitteschön Herr Klubobmann.

Abg. KO **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer! Herr Kollege Makor, als Erstes einmal, Du hast in deinem Antrag 50.000 Menschen auf Wohnungssuche. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das sind mehr als 50.000 Menschen!“) Ich habe Dir des Öfteren schon erklärt, dass es einen Brutto-, einen Netto- und einen Primärbedarf gibt. Ausschlaggebend ist die Zahl Primärbedarf und der beläuft sich auf 20.000 Menschen. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das ist eh noch hoch genug!“) Auch noch eine hohe Zahl, aber wenn wir schon mit Zahlen reden, dann sollten wir mit den richtigen Zahlen reden. Du bist informiert worden und Du hast sogar die Daten darüber bekommen.

Aber zum Argument Mietpreis. Natürlich, Wohnen ist mittlerweile eine teure Sache. Auf dem sozialgeförderten Wohnbau haben wir das alles unter Kontrolle. Auf dem freien Markt schaut es ein bisschen anders aus. Aber es gibt ja Erhebungen. Es gibt die Mikrozensuserhebung, das ist jene Methodik, anhand der Statistik Austria ihre Erhebungen macht. Das ist eine

stichprobenartige Erhebung, keine Vollerhebung, die 22.500 Haushalte und damit auch eine dementsprechende Repräsentanz macht.

Wir haben österreichweit, als Zweites, (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das sind nur die Durchschnittsmieten! Das ist nur Durchschnitt!“) lass mich bitteschön ausreden, ich habe dich auch ausreden lassen, wir haben österreichweit zirka derzeit 1,57 Millionen Hauptmietwohnungen in den unterschiedlichen Ausgestaltungen.

Wir haben Drittens einen Mietpreis, der außerhalb des Richtwertes bzw. des Kategoriemietzinses grundsätzlich das Ergebnis eines vertraglichen Konsenses und des Willens der Vertragspartner ist. Das muss man auch einmal dazusagen.

Und Viertens, wir haben einen durchschnittlichen Nettomietpreis derzeit pro Quadratmeter von 4,90 Euro und der liegt unter dem Richtwertmietzinssatz für das Land Oberösterreich, (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Suche mir eine Wohnung um 4,90 Euro! Such mir eine!“) der ist bei 5,84 Euro pro Quadratmeter. Der Betriebskostenanteil davon beläuft sich auf ungefähr 27 Prozent.

Fünftens, das sage ich auch dazu, es ist nicht anzunehmen, dass der Bundesgesetzgeber, Bundesmaterie, einen Wucher-Mietzins festlegt.

Dann Sechstens, bei diesen Mietrechtsprozessen wird regelmäßig der Immobiliensachverständige beigezogen, da viele mietpreisbildende Faktoren ja gar nicht in der Statistik berücksichtigt werden können. Das ist die Ausstattung, das sind die Stockwerke, das ist die Lage. Das ist die Anbindung zu öffentlichen Verkehrsmitteln und, und, und.

Siebtens, es gibt ein wesentliches Problem der Mietpreisbildung. Das sind einfach die Bestimmungen des MRG, das ist aber ausschließlich und rein eine Bundesmaterie. Da gibt es wenige Möglichkeiten, in diesem Bereich eine Mietpreiserhöhung durchzuführen. Die Vermietenden versuchen natürlich die Rendite bei der Neuvermietung mit höheren Mieten zu steigern. Daraus folgt aber ein erhebliches Leistbarkeitsproblem insbesondere für junge Familien, da gebe ich dir Recht.

Daher hat unser Landeshauptmann-Stellvertreter natürlich in Oberösterreich mit „Junges Wohnen“ sofort reagiert und ich vermisse die Reaktion der SPÖ dominierten Wohnungslandesräte, die das überhaupt nicht machen. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Wie viele Wohnungen sind das?“) Wir reagieren und was die Anzahl der Wohnungen betrifft, da kann ich dir nur Folgendes sagen. Wir haben überhaupt kein Problem dort mit jungem Wohnen, wo Wohnungsgenossenschaften in ÖVP geführter Hand sind, weil die nehmen sich um das an. Wir glauben aber, dass es sehr wohl in den SPÖ dominierten Wohnungsgenossenschaften einfach nicht möglich ist, weil die Idee von einem blauen Landeshauptmann-Stellvertreter kommt. (Zwischenruf Abg. Bgm. Rippl: „Das stimmt ja gar nicht! Stimmt nicht!“) Ich werde mich demnächst überzeugen und Du bist eine der löblichen Ausnahmen. Ich würde Dich ersuchen, dass Du Deinem Klubobmann dann einmal erklärst, wie das funktioniert.

Zum Bestandsmietenschutz gibt es ja noch ein weiteres Problem. Gerade im Altbaubereich ist es, weil dort die Investitionen für bessere Energieeffizienz getätigt werden müssen. Die Sanierung derartiger Investitionen darf aber nicht in die Betriebskosten übertragen werden. Daher ist es natürlich klar, dass die Mieterhöhung dort, und daraus folgt, dass die

Investitionen nur bei einer Neuvermietung nämlich abgegolten werden und daher auch bei der Neuvermietung der Preis dementsprechend höher ist.

Herr Kollege Makor, Du weißt ganz genau, dass dieser Antrag wieder einmal sehr viel Luft und sehr viel Lärm um nichts ist. Wir kennen die Problematik und wir haben, Gott sei Dank, einen Landeshauptmann-Stellvertreter, der bereits gestern wieder Maßnahmen gesetzt hat, dass für Leute das Wohnen billiger wird. In diesem Fall geht es um eine Förderung „Innovative Wege zum Eigenheim“. Er hat ausgemacht mit der HYPO OÖ, dass ein fixer Zinssatz mit einer Laufzeit von 20 Jahren auf zwei Prozent abgeschlossen werden konnte und ein Prozent zahlt das Land. Das heißt, bei der Bevölkerung bleibt ein Prozent auf 20 Jahre, das kann sich sehen lassen. Das verstehe ich unter ordentlicher Wohnbaupolitik. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Klubobmann. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Böker. Bitteschön Frau Abgeordnete.

Abg. **Böker:** Sehr geehrte Damen und Herren auf der Galerie und im Internet, sehr geehrte Damen und Herren hier und Herr Landtagspräsident! Luft und Lärm für nichts, lieber Herr Kollege Mahr, dem kann ich absolut nicht zustimmen. Luft und Lärm für nichts, und ich lebe im Speckgürtel von Linz und weiß, was es heißt, eine Wohnung zu finden, die erschwinglich ist für Menschen, die eben nicht so ein Einkommen haben wie wir. Und wenn ich jetzt, ich wollte gar nicht so anfangen, aber jetzt hast du mich natürlich ein bisschen gereizt, wie das ja manchmal auch vorkommt. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Das passt! Das gefällt mir!“)

Und was das Thema betrifft, das in der gestrigen Pressekonferenz war „Innovative Wege zum Eigenheim“ und ich gestern auf der Fachhochschule in Wels war zum Thema „Wohnen und Bauen und Klimaschutz“ und Siedlungsentwicklung und Klimaschutzziele in Verbindung zu bringen, da muss ich sagen, dass widerspricht dem Klimavertrag ganz sicher, dass wir hier wieder mehr zum Eigenheim gehen, obwohl ich weiß, dass das Arbeitsübereinkommen ÖVP und FPÖ das in ihrem Programm hat.

Aber jetzt ganz kurz zum Mietpreisradar. Also, für uns ist es ein sehr interessanter und wichtiger Antrag und es liegen tatsächlich zu wenige regionale Daten vor, vor allem eben auch noch aufgeschlüsselt nach gefördertem Wohnbau und privatem Sektor, wie es Kollege Makor schon angesprochen hat. Wir werden diesem Antrag auch zustimmen und auch der Dringlichkeit, denn wir sind davon überzeugt, nur, wenn man wirklich Zahlen hat und kennt, (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Haben wir ja! Haben wir ja!“) das müssen wir dann erst überprüfen oder gemeinsam prüfen, dann kann man entsprechend auf diese Marktlage reagieren.

Und Stichwort leistbares Wohnen, weil das ja ein Stichwort ist, (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Dann kannst du aber nicht mehr der Dringlichkeit zustimmen!“) das in allen Fraktionen immer wieder in den Mund genommen wird. Man kann aus solchen Zahlen dann vielleicht auch oder wahrscheinlich daraus lesen bzw. Regionen erkennen, wo die Mieten niedrig sind. Wo man offenbar und da komme ich jetzt auf diese pro Quadratmeter 4,90 Euro, also ich kenne das auch nicht wirklich, außer dort, wo es Regionen sind, wo man ausreichend Angebot hat oder zu wenig Nachfrage, weil die Infrastruktur nicht passt, zu wenig Arbeitsplätze vorhanden sind und es sich um Abwanderung im ländlichen Raum handelt.

Und das ist ein riesen Thema, dessen wir uns auch annehmen müssen und uns in der Zukunft noch mehr fordern, politische Lösungen zu suchen. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Das ist aber wieder ganz was anderes!“) Das weiß ich schon, aber da hilft uns das Einfamilienhaus ganz sicher nicht weiter.

Und man kann dann aber auch Regionen erkennen, die besonders gefragt sind, wo die Mieten dann auch besonders teuer sind. Vor allem im urbanen Raum, im städtischen Bereich und im Speckgürtel, im sogenannten Zentralraum. Und hier kann man dann gezielt mit dem Wohnbauprogramm reagieren. Die Fördergelder dort investieren, wo es zu wenig leistbaren Wohnbau gibt, damit man dort die Anbieter, die halt diese Liegenschaften besitzen, auch ein bisschen unter Zugzwang bringen kann, damit die Mieten heruntergehen. Man kriegt dann auch, und das ist ja auch in diesem Antrag drinnen, einen besseren Überblick über den privaten Markt, der sich ja dem Einflussbereich, wie wir auch in der Anfragebeantwortung gehört haben, des Wohnbaulandesrates entzieht und es gibt also sehr, sehr viele Ansätze und Möglichkeiten, hier auf leistbares Wohnen bzw. leistbare Mieten zu reagieren.

Der Mietpreisradar ist sicherlich ein gutes Instrument, einen Bereich der Daten abzudecken und auch entsprechend reagieren zu können. Die weiteren Ansätze, wie man für das Thema leistbares Wohnen sorgen kann, diskutieren wir ja ohnehin weiter im zuständigen Unterausschuss, der dann im Jänner stattfinden wird. Wir werden der Dringlichkeit und dem Antrag zustimmen. Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Peter Csar. Bittschön Herr Abgeordneter!

Abg. **Dr. Csar:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Dieser vorliegende Antrag ist ja nichts Neues. Der war auch schon in der letzten Legislaturperiode ebenfalls ein Antrag der SPÖ und damals ist er auch diskutiert worden und damals ist er auch einem Ausschuss zugewiesen worden. Warum? Ja, weil es ganz eindeutig und klar ist, dass mit diesem Antrag eine Diskussion stattfinden soll über die Mietpreisgestaltung in Oberösterreich und wir da dementsprechend auch die Fakten und Zahlen brauchen. Die Fakten und Zahlen, die im Antrag da angesprochen werden, das ist der Immobilienspiegel. Der Preisspiegel soll von der Wirtschaftskammer Oberösterreich abgerufen werden und so zur Diskussion gestellt werden.

Den kann man ohne weiters abrufen und den haben wir auch in Vorbereitung auf die heutige Sitzung abgerufen und da ein herzliches Dankeschön an Alexander Fischer vom ÖVP-Landtagsklub, der das sofort auf Knopfdruck gemacht hat und die Zahlen liegen da. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Wir haben sie eh auch, der Landesrat nicht!“) Also das ist super, dass ihr die habt. Ich hätte sie euch sonst überreicht, aber das kann ich mir jetzt sparen, um Kosten zu sparen, aber ich könnte vorschlagen, dass wir das im Ausschuss dann diskutieren, die Zahlen dann auf den Tisch legen und dort auch eine konstruktive Diskussion führen. Diese Diskussion im Landtag zu führen, glaube ich, bringt sehr, sehr wenig, insbesondere weil auch geplant ist, dass wir über Maßnahmen diskutieren wollen. Maßnahmen, was kann man machen? Und diese Maßnahmen, wie man sieht, gehen da weit in alle Richtungen, daher ist der Ausschuss sicherlich der richtige Ort und der richtige Platz darüber zu reden.

Wir als ÖVP bekennen uns zu einem leistbaren Wohnen, zu einem attraktiven Wohnen, zu einem jungen Wohnen. Wohnraum ist für die Bevölkerung in Oberösterreich ganz, ganz wichtig und dieser muss leistbar sein, daher müssen wir alles dafür unternehmen, dass wir

dementsprechend genügend Wohnraum auch günstig und erschwinglich schaffen können. Und da wollen wir darüber diskutieren, welche Maßnahmen noch zusätzlich möglich sind und gesetzt werden sollen. In dieser Hinsicht werden wir im Ausschuss eine aktive und konstruktive Diskussion führen und werden dem heutigen Dringlichkeitsantrag aber nicht zustimmen. (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 265/2016, Initiativantrag betreffend ein Mietpreisradar für Oberösterreich zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist und ich weise die Beilage daher dem Ausschuss für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 266/2016 ebenfalls vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 266/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Erstellung von Richtlinien für die Vermietung von Veranstaltungsräumlichkeiten des Landes Oberösterreich. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich und ich eröffne daher über den Antrag, dass der Beilage 266/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Sabine Promberger.

Abg. **Promberger:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Ja, der vorliegende Initiativantrag beschäftigt sich mit der Erstellung von Richtlinien für die Vermietung von Veranstaltungsräumlichkeiten des Landes Oberösterreich. Der Oberösterreichische Landtag möge beschließen, die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, einen Richtlinienkatalog auf Basis der Staatszielbestimmungen des Landes Oberösterreich für die Vermietung von Veranstaltungsräumlichkeiten des Landes Oberösterreich zu erstellen. Wie wir ja alle wissen, hat am 29. Oktober 2016 ein Kongress in Räumlichkeiten des Landes Oberösterreich stattgefunden, ein Kongress der selbsternannten Verteidiger Europas. Wie die Zusammensetzung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen dieses Kongresses war, ist, glaube ich, jedem noch erinnerlich. Es waren dabei nicht nur Organisationen vertreten, die sich am rechten politischen Rand befinden, sondern auch Organisationen, die durchaus als rechtsextrem bezeichnet werden können. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Vorsicht, Vorsicht!“)

Ich glaube, das Land Oberösterreich hat auch eine Verantwortung in Räumlichkeiten des Landes, gemäß dem Artikel 9 Absatz 1 Ziffer 1 des Oberösterreichischen Landes-Verfassungsgesetzes die Aufgabe, den Zusammenhalt aller gesellschaftlichen Gruppen zu fördern. Ich glaube, gerade solche Aktionen widersprechen dem. Es hat ja nicht nur eine Gegendemonstration gegen diese Veranstaltung gegeben, sondern es hat auch einen offenen Brief an den Herrn Landeshauptmann gegeben, wo Prominente aus Kultur, (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Hat es drinnen die Probleme gegeben oder draußen?“) es hat heraußen auch keine Probleme geben, aus Politik, auch Vertreter der Österreichischen Volkspartei, wie der ehemalige Vizekanzler Erhard Busek (Zwischenruf Landesrat KommR Podgorschek: „Ah, ist der noch bei der Volkspartei?“) ihr Bedauern und ihre Bestürzung darüber geäußert haben, was da passiert. Sie können sich eh gern nach mir melden, aber ich glaube, jetzt bin ich am Wort. Ich horche auch immer zu und rede nicht immer drein. Ich glaube, es geht schon um das Ansehen auch und wenn man weiß, wie da argumentiert

worden ist, nämlich mit der Meinungsfreiheit, und dann wird die Presse nicht akkreditiert, dann weiß man, wie es bei den Veranstaltern um die Meinungs- und Pressefreiheit steht, was denen wirklich daran liegt. Ich glaube nicht, dass es zulässig ist, dass Organisationen, die die Meinungs- und Pressefreiheit mit Füßen treten, aber sie für sich selber einfordern, in Räumlichkeiten des Landes Oberösterreich gerne gesehen sein sollten.

Es ist, glaube ich, hoch an der Zeit, aus diesem Grund Richtlinien zu beschließen, damit es in Zukunft zu solchen Vermietungen nicht mehr kommt, auch wenn wir sehen, es hat in Innsbruck eine ähnliche Veranstaltung gegeben, 2013, damals war die Bürgermeisterin durchaus bereit, einen bereits abgeschlossenen Mietvertrag wieder aufzulösen und sie hat sich selbst darum bemüht, Richtlinien für eine Vermietung zu beschließen. Ich glaube, es würde auch dem Land Oberösterreich gut anstehen, in Zukunft solche Veranstaltungen in Räumlichkeiten des Landes Oberösterreich nicht mehr zu dulden, sich dementsprechend zu positionieren und wenn wir sehen, wie die politische Situation im Land ist, wo sehr oft aus Hassreden Gewaltaktionen werden, glaube ich, ist es wirklich notwendig, diesem Antrag heute und hier die Dringlichkeit zu geben. Ich glaube, wir können nicht mehr warten, es ist hoch an der Zeit, ein Zeichen zu setzen, wenn es schon die Auflösung des Mietvertrages nicht war, können wir heute durch die Zustimmung dieses Antrages signalisieren, dass wir an einem gedeihlichen Zusammenleben in Oberösterreich interessiert sind. Danke! (Beifall)

Präsident: Danke! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Maria Buchmayr. Bitteschön!

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen und Kolleginnen im Oberösterreichischen Landtag! Ja, der rechtsextreme Kongress ist vorbei, die selbsternannten Verteidiger Europas haben Linz nun wieder verlassen. Was aber bleibt, ist der Schaden für das Ansehen Oberösterreichs, denn dieses demokratiefeindliche Treffen mit dem Ziel, mit dem inhaltlichen Ziel, wenn man sich ein bisschen damit auseinandergesetzt hat, der Destabilisierung Europas, sorgte klarerweise weit über Oberösterreichs Grenzen, ja über Österreichs Grenzen hinaus für sehr, sehr starke Aufmerksamkeit und durchaus auch Aufregung.

Und trotz eindringlicher Warnungen von unserer Seite, auch von Seiten der SPÖ, aber auch sehr, sehr vieler dringender Appelle von prominenten Österreicherinnen und Österreicher, und ich darf Sie auch an den offenen Brief des Mauthausen-Komitees und so weiter erinnern, trotz dieser Appelle, das Treffen in den offiziellen Repräsentationsräumen, in den Redoutensälen des Landes Oberösterreich zu unterlassen, wurde dieser Kongress dann doch entsprechend durchgeführt. Ja, die Aufregung und Empörung war und ist groß. Die Liste der Namen jener, die sich hier ganz deutlich und ganz laut dagegen ausgesprochen haben, ist lang. Es ging da um diese Forderungen nach der Auflösung des Vertrages von Seiten Oberösterreichs mit den Veranstaltern, was eben nicht passiert ist.

Und zu Recht diese Aufregung und Empörung weit über Österreichs Grenzen hinaus. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Bei wem?“) Was als Kongress getarnt war, war in Wirklichkeit ein Vernetzungstreffen von dubiosen Internetplattformen, von Zeitschriften, deren Ziel nicht Information und Diskussion im demokratiepolitischen Rahmen war, sondern tatsächlich die gezielte Verbreitung von Angstmache, von Diffamierungen, auch von Falschmeldungen.

Ja und was besonders bedenklich war im Zuge dieses Kongresses, und ich darf Sie daran erinnern, wir haben das ja breit diskutiert und immer wieder gesagt, ich denke, das ist wirklich auch einer der absoluten Knackpunkte, vor allem wenn wir von Demokratie

sprechen, dass unabhängige Medien dort ausgeladen, ausgesperrt wurden, dass von Lügenpresse, von Systempresse die Rede war, dass damit eine freie Berichterstattung verhindert wurde und das ist unserer Ansicht nach ein ganz klarer Beleg für diese demokratiefeindlichen Motive dieser Veranstaltung. Denn ich glaube, da sind wir uns oder da müssen wir uns alle einig sein, dass die Pressefreiheit tatsächlich ein unverzichtbarer Grundpfeiler einer offenen und modernen Demokratie ist, die wir in Österreich haben.

Ja, und eine solche Veranstaltung dürfte niemals in offiziellen Repräsentationsräumen des Landes Oberösterreich stattfinden. Es entsteht oder entstand durch diesen Kongress ein unsägliches Bild von Oberösterreich, auch von Linz, als ein Ort, an dem sich Rechtsextreme (Zwischenruf Abg. Gruber: „Das müssen wir uns anschauen!“) seelenruhig vernetzen können, sich zusammentun können und aber so quasi vom offiziellen Oberösterreich dort akzeptiert und toleriert werden und das ist tatsächlich in der Realität nicht der Fall. Und dass auch während der Veranstaltung der Saal mit einer oberösterreichischen Landesfahne samt Landeswappen geschmückt war, auch das wird noch zu klären sein in Zukunft.

Ja, und jetzt geht es eben darum, hier dieses verzerrte Bild von Oberösterreich, das dadurch entstanden ist, gemeinsam mit wirklich allen politischen Verantwortungsträgerinnen und -trägern wieder zu korrigieren. Ich denke, Linz und Oberösterreich haben in den vergangenen Jahren wirklich ein ganz gutes und sehr gutes Bild hinaustransportiert, nämlich von einem Land, das großartige kulturelle, wirtschaftliche Leistungen vollbracht hat, ein Land, dessen Bevölkerung, dessen Menschen tolerant und weltoffen sind und dieses Bild wird durch eine derartige Veranstaltung und ich betone wirklich in Repräsentationsräumen des offiziellen Landes nachhaltig gestört.

Es ist an der Zeit, hier jetzt wirklich dagegen aufzutreten, was zu unternehmen und als ersten Schritt brauchen wir hier, wie die Kolleginnen schon dargelegt haben, einen ganz eindeutig definierten Kriterienkatalog für das Gebäudemanagement des Landes Oberösterreich, welche Veranstaltungen künftig in landeseigenen Räumlichkeiten stattfinden dürfen, sollen und können und welche nicht, denn Oberösterreich darf in keinsten Weise den Ruf bekommen, ein beliebter und vor allem ein tolerierter Sammelpunkt für rechtsextreme Aktivitäten zu werden.

Ja, klare Richtlinien sind hier einmal der erste Schritt, der wichtige erste Schritt, sie sollen eben definieren, was stattfinden darf oder soll und was nicht. Ja und auch gemäß Artikel 9 Absatz 1 Zeile 1 des Oberösterreichischen Landes-Verfassungsgesetzes hat das Land Oberösterreich die dezidierte Aufgabe, den Zusammenhalt der Gesellschaft, aller gesellschaftlichen Gruppen zu fördern und dem muss das Land Oberösterreich gerecht werden, dem müssen wir als hoher Landtag gerecht werden und dieses Treffen, das stattgefunden hat, wird dem nicht gerecht. Ich denke, der vorliegende Antrag ist ein sehr wichtiges Instrument. Ich lade die Fraktionen, die hier ihre Zustimmung nicht signalisiert haben, noch einmal ein, hier wirklich zuzustimmen, dass hier wirklich einmal ein erster Schritt gesetzt werden kann. Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Zweite Präsident des Landtags, Dipl.-Ing. Dr. Adalbert Cramer. Bitteschön, Herr Präsident!

Abg. Präsident **Dipl.-Ing. Dr. Cramer:** Ja, sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen hier im Landtag! (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Als ich diesen Antrag gelesen habe, hat er mich schon etwas sehr verwundert, denn hier wird nämlich allen Ernstes verlangt, dass ein Kriterienkatalog zu erstellen ist, nachdem bestimmte Gruppen

vom Anmieten bzw. auch vom Verwenden von öffentlichen Gebäuden oder öffentlichen Sälen ausgeschlossen werden sollen. Ich habe mir gedacht, das ist ein Antrag, der könnte von Herrn Erdoğan direkt oder einem anderen ausgewiesenen Demokraten direkt diktiert worden sein, so unvorstellbar, wie das hier klingt und da haben wir einen ganz fundamentalen Unterschied, was Sie unter Demokratie verstehen und was wir darunter meinen.

Unsere Vorverfahren haben dafür sehr viel opfern müssen, um Meinungsfreiheit, um Gesinnungsfreiheit zu einem allgemeinen Gut zu machen. Sie wollen hier mit Kriterien festlegen, wessen Gesinnung gut ist und wessen Gesinnung nicht gut ist. Das wollen Sie festschreiben. Oder wie wollen Sie denn das überhaupt ermitteln? Sind etwa Parteien, die nicht ganz in das links-linke Schema passen, dann genehm und die dürfen dort nicht auftreten, während andere schon. Werden hier Organisationen, wie etwa, weiß ich, Mauthausen-Komitee oder ich weiß nicht wer sonst noch aller hier mitreden will, festlegen, was man zu denken und was man nicht zu denken hat.

Und was ich besonders arg finde ist, dass Sie hier schreiben in der Begründung, dass die Verantwortung auf den Verfassungsschutz abgeschoben wird, also was Idiotischeres, sind Sie mir nicht böse, habe ich schon lange nimmer gelesen, denn wer sonst, außer der Verfassungsschutz ist dafür verantwortlich, ob jemand innerhalb des Verfassungsbogens ist oder nicht. (Beifall) Die einzige Richtschnur ist die Verfassung. Und Menschen, Gruppen, die außerhalb dieser Verfassung stehen, sind selbstverständlich, ja zu bekämpfen, oder aber zumindest soweit zu isolieren, dass sie keinen Schaden anrichten, das ist überhaupt keine Frage, aber die Meinung, ob er links, rechts oder sonst wo steht, ist die Sache jedes Einzelnen und da werden wir große Konflikte haben, wenn Sie der Meinung sind, hier müssen Sie eingreifen.

Und was das sogenannte Ansehen betrifft, Sie schreiben immer, das hat dem Ansehen so geschadet, ich glaube, dass das, was vor den Redoutensälen passiert ist, dem Ansehen mehr geschadet hat, als das was drinnen passiert ist, denn da habe ich weder Randalen oder sonst was gehört. Übrigens die Presse war schon vertreten dort, es war die Kronenzeitung drinnen zum Beispiel, keine ganz unwesentliche Zeitung, es waren auch einige andere Medien drinnen, also so einfach, wie Sie sich das machen, geht das leider nicht oder Gott sei Dank nicht. Nochmals, wir werden diesem Antrag weder die Dringlichkeit noch inhaltlich zustimmen und ich hoffe, dass er in das, wie soll ich sagen, in das Reich des Kuriosen verbannt wird, ansonsten kann ich dazu nichts sagen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Bevor ich Herrn Präsidenten Viktor Sigl als nächstem Redner das Wort erteile, darf ich die Damen und Herren des MS-Clubs Unteres Mühlviertel bei uns ganz herzlich willkommen heißen. Sie werden diese hier nicht auf unserer Besuchergalerie sehen, sie sind draußen im Saal anwesend, herzlich willkommen, sie verfolgen hier die Sitzung mit. Ich darf nun Herrn Präsident Sigl um seine Wortmeldung bitten.

Abg. Präsident KommR **Sigl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen hier im hohem Haus, geschätzte Damen und Herren, die via Internet bzw. in den Räumlichkeiten des Landhauses diese Sitzung verfolgen! Das Thema, das wir in diesem Kontext behandeln, ist schon eines, wo ich einmal grundsätzlich sage, hier müssen auch wir als Politiker überlegen, was unsere Rolle ist. Ich verstehe Politik, auch die Politik, die in diesem Haus von den vier politischen Parteien vertreten wird, als gestalterisches Element, ich verstehe sie weniger als richterliche Instanz. Und das ist genau, glaube ich, der Knackpunkt, dass wir, alle vier politischen Parteien, mit diesem Antrag, wahrscheinlich, in

welcher Form auch immer, nicht hundertprozentig einverstanden sind, weil hier doch sehr stark herauskommt, dass wir eher richterliche Instanz sein wollen und wir gegenseitig uns erklären, was oder wo und wie der andere sich zu verhalten hat.

Es ist von meinem Vorredner, vom Herrn Zweiten Präsidenten schon erwähnt worden, von links bis rechts, da haben wir als ÖVP Gott sei Dank kein Problem, weil wir Mitte sind und weil wir eine starke Mitte sind. Womit wir aber ein Problem haben, ist, dass wir auch in Oberösterreich zur Kenntnis nehmen müssen, dass manche Themenbereiche gesellschaftlicher Art in das linke oder rechte Eck abdriften oder von diesem linken oder rechten Eck kommen und wir daher hier herinnen ein Problem haben. Damit bin ich aber beim Thema selber, bei den Räumlichkeiten und ich glaube, man muss auch einiges relativieren. Es sind Räumlichkeiten des Landes Oberösterreich, die so wie andere Veranstaltungsräumlichkeiten auch den Menschen in Oberösterreich einmal grundsätzlich zur Verfügung stehen, dass wir als Eigentümer dieser Räumlichkeiten hier eine besondere Verantwortung haben, die wir wahrnehmen, ist unbestritten. Dass die Vorgehensweise, wie die Vermietung zustande gekommen ist korrekt ist und korrekt war, ist auch unbestritten.

Dass wir darüber hinaus das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung zusätzlich gebeten haben, weil es Kritikpunkte gegeben hat oder welche aufgezeigt wurden, dass wir gesagt haben, wir möchten hier eine klare Stellungnahme dazu haben, nicht nur mündlich, sondern auch schriftlich, ist eigentlich schon eine Besonderheit.

Es war aber wichtig und richtig, dass es die Landesregierung so festgelegt hat. Es waren aber auch die Vorgaben vom Landeshauptmann wichtig, wie man in Zukunft mit diesem Themenbereich insgesamt umgeht. Es gibt nämlich nur drei Möglichkeiten. Möglichkeit eins ist, die Räumlichkeiten können nur von Organisationen oder von den vier verschiedenen im Landtag vertretenen Parteien benützt werden, und zwar Organisationen, die auch diesen vier politischen Parteien unter Führungszeichen zugeordnet werden können.

Warum? Dann ist auch die Verantwortung klar. Dann ist das geklärt. Der zweite Bereich ist, dass wir sagen, es gibt eine Struktur, die bewertet. Das ist in dem Fall das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung, dass die uns klipp und klar sagen, wo gibt es hier Problembereiche und wo gibt es sie nicht, und wir uns daran halten.

Das Dritte ist der Bereich, dass wir selber zum Richter werden. Und das möchte ich nicht, dass wir politischen Parteien hier herinnen überlegen, wer in unseren Räumlichkeiten aktiv sein darf und wer nicht. Daher glaube ich, Dringlichkeit in dem Zusammenhang deswegen nicht, weil ich eigentlich in der Diskussion durchaus ein bisschen tiefer gehen möchte.

Würden wir jetzt die Dringlichkeit beschließen, hätten wir sozusagen unter Führungszeichen, unsere Pflicht getan und aus. Wir haben es aber damit nicht getan, sondern wir sollten durchaus diese Situation, die wir in den Räumlichkeiten befürchtet haben, die wir in oder außerhalb der Räumlichkeiten auch befürchtet haben, zum Anlass nehmen, uns damit ein bisschen intensiver zu beschäftigen und würde daher ersuchen, dass diese Thematik in den Ausschuss, in dem auch ich zuständig bin, in den Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss, verwiesen wird.

Dort können wir uns damit auseinandersetzen und können ein paar Eckpunkte, ein paar Säulen, wie wir als politisch legitimierte Gruppen hier im Landhaus uns den Umgang mit diesen rechten Rändern und mit diesen linken Rändern, ich betone hier ganz bewusst beide

Seiten, in Zukunft umgehen. Ich glaube, das wäre die ehrlichere Art und das wäre auch die nachhaltigere Art. Für eine moderne Demokratie, wie wir es in Oberösterreich sind, glaube ich, ist das auch die richtige Art. Daher werden wir als ÖVP die Dringlichkeit nicht zuerkennen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe diese Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 266/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, der Geschäftsantrag ist mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden, und ich weise die Beilage dem Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zu.

Es wurde vom Herrn Schriftführer angekündigt, dass die Unterzeichner der Beilage 269/2016 vorschlagen, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Es handelt sich dabei um einen Initiativantrag betreffend Attraktivierung und Modernisierung Dienstrecht Schulleitung, wofür ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich ist.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 269/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf als erstem Redner Herrn Klubobmann Gottfried Hirz das Wort erteilen.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Mit dem aktuell von der Bundesregierung präsentierten Schulautonomiepaket wird der Handlungsspielraum der einzelnen Schulstandorte entscheidend ausgebaut. Ich möchte einmal sagen, dass die Richtung dieses Reformpaketes stimmt, und ich bin überzeugt, dass die Schulen mehr Gestaltungsfreiraum brauchen. Das ist auch eine langjährige Forderung der Grünen.

Klar ist aber auch, wenn es mehr Autonomie gibt, dass es auch mehr zu entscheiden gibt. Das heißt, dass die Aufgaben und Anforderungen an die Schulleiter und Schulleiterinnen entsprechend steigen. Ich möchte sie mit pädagogischer und personeller Führung, Schulentwicklung, Unterrichtsentwicklung, Personalentwicklung, Qualitätsmanagement, Qualitätssicherung, beschreiben. Aber man muss dazu sagen, wenn die Aufgaben und die Anforderungen immer mehr werden, bleibt natürlich die Frage, was ist mit den Rahmenbedingungen, und die sind im Großen und Ganzen gleich geblieben.

Die Funktion der Schulleitung scheint momentan ein nicht besonders erstrebenswertes Karrierefeld zu sein. Zwei Drittel der Pflichtschulen, die ausgeschrieben werden, haben nur einen Bewerber oder eine Bewerberin, manche gar keinen. Wenn wir sicherstellen wollen, dass sich auch in Zukunft qualifizierte und motivierte Persönlichkeiten um diese zentralen Funktionen bewerben, dann werden wir nicht umhin kommen, erstens einmal eine Neubewertung der Leitertätigkeiten zu machen, sprich auch eine finanzielle Neubewertung, und die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Im Umkehrschluss halte ich es ebenso für konsequent, in einem modernen Dienstrecht eine befristete Bestellung von Schulleiterinnen und Schulleitern vorzusehen, so wie wir das auch bereits in der öffentlichen Verwaltung haben. Wenn wir also den DirektorInnen immer mehr Verantwortung geben, zum Beispiel die Personalauswahl, für die ich auch bin und für die ich einstehe, muss es auch möglich sein, Schulleiter und Schulleiterinnen, die ihre Aufgabe mangelhaft erledigen, abuberufen. Derzeit ist es so, dass nach fünf Jahren Definitivstellung

die Personen in Pension gehen, in dieser Funktion, außer es gibt schwerwiegende Dienstverfehlungen.

Welche Auswirkungen das hat, das sehen wir. Es ist unter anderem in den Medien zu lesen, zum Beispiel in Linz, wo ein Schulleiter nachweislich die Aufgaben mangelhaft erfüllt hat, aber nicht abgezogen wurde, weil er eine Definitivstellung hat. Ich halte das eigentlich für einen untragbaren Zustand und ich glaube, dass wir das in Zukunft ausschließen sollten.

Die Bundesministerin muss diese Befristung jetzt endlich verankern. Ich sage auch dazu, dass ich darüber enttäuscht bin, dass im neuen Lehrerdienstrecht das nicht vorgesehen ist. Ich erinnere noch daran, dass wir im Jahr 2012 gemeinsam mit der ÖVP einen Antrag hier im Landtag eingebracht haben und ich glaube, dass jetzt auch wieder der richtige Zeitpunkt ist, das zu wiederholen, und zwar aus folgendem Grund, weil ja gerade der Begutachtungsentwurf auch entwickelt und geschrieben wird, und genau jetzt der Zeitpunkt ist, warum wir jetzt hier wieder unsere Meinung dem Bund mitteilen sollten.

Mir ist wichtig festzuhalten, erstens einmal, eine Wiederbestellung nach fünf Jahren soll es wieder geben. Wir meinen nicht, dass es ein neues Ausschreibungsverfahren geben soll, ein neues Objektivierungsverfahren, aber es soll im Endeffekt im Worst case von einer Wiederbestellung abgesehen werden können, wenn es triftige Gründe für die Schulaufsicht oder für den Schulgemeinschaftsausschuss gibt.

Ich fasse also zusammen, eine Modernisierung des Dienstrechtes heißt, die steigenden Anforderungen auch entsprechend finanziell neu zu bewerten, zweitens die Rahmenbedingungen vor Ort, vor allen Dingen durch administrative Unterstützung entsprechend zu verbessern, und die Ernennung von Schulleiterinnen und Schulleitern in Zukunft nur noch befristet für einen Zeitraum von fünf Jahren mit anschließender Weiterbestellungsmöglichkeit auszusprechen.

In diesem Sinne bitten wir darum, dass Sie diesem Antrag die Dringlichkeit geben, weil auch das gerade momentan das Thema ist, das auch auf Bundesebene entsprechend diskutiert wird. Ich bedanke mich. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke, ich darf als nächster Rednerin Frau Kollegin Petra Müllner das Wort erteilen.

Abg. **Müllner:** Geschätzte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Hirz hat ja schon angesprochen, dass es derzeit sehr, sehr schwierig ist, in vielen Bereichen Schulleiter, Schulleiterinnen überhaupt zu finden. Das heißt, wir unterhalten uns gerne über eine Attraktivierung dieses Berufs. Wir werden deshalb auch die Dringlichkeit nicht geben. Wir werden aber, das kann ich schon vorweg sagen, eine Befristung der Ernennung von Schulleitungen nicht zustimmen, weil wir hier keine Attraktivierung sehen. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz)

Deshalb gibt es von uns jetzt einmal keine Zustimmung zur Dringlichkeit. Wir werden das aber gerne im Ausschuss noch einmal diskutieren. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Aspalter.

Abg. **Mag. Aspalter:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Bund hat in groben Zügen ein

Schulautonomiepaket auf den Weg gebracht. Und hierdurch, wir haben es gehört, sollen die Schulen zukunftsorientierter, selbstbestimmter, sie sollen auch leistungsfördernder und kinderfokussierter werden.

Dieses Autonomiepaket bringt aber mit sich, dass Schulen mehr Freiheiten, aber auch mehr Eigenverantwortung bekommen. Ich möchte hier jetzt nicht zu lange ausholen, aber ein geplanter Aspekt dieses Autonomiepakets ist, dass in Zukunft mehrere Schulstandorte zu genannten Schulclustern zusammengefasst werden können.

Dadurch sind natürlich verschiedene positive Aspekte möglich, zum Beispiel vermögen kleine Schulen verstärkt Möglichkeiten der autonomen Schulentwicklung zu nutzen oder ich kann Personalkapazitäten flexibler, stärkenorientierter einsetzen und ganz allgemein wirtschaftliche Ressourcen besser nutzen.

Die Leitung eines solchen Schulclusters soll zukünftig natürlich verantwortlich für den Ausbau von Führungsteams, eigentlich für die gesamte Personalentwicklung und auch für die gesamte pädagogische Entwicklung dieser Schulregion sein. Hier werden wirklich viele Qualifizierungen, umfassende Führungs- und Managementkompetenzen gefragt sein.

Der vorliegende Initiativantrag fordert nun kurz zusammengefasst höheres Gehalt, befristete Schulleitungsernennungen, zusätzliches Verwaltungspersonal. Für uns bleiben aber doch viele Fragen offen, denn was wären zum Beispiel andere Faktoren, neben den monetären, die wirklich einer Schulleitung oder einer Schulclusterleitung zu mehr Attraktivität verhelfen können?

Dem Aspekt von mehr Verwaltungspersonal, um die Rahmenbedingungen an den Schulstandorten zu verbessern, können wir natürlich etwas abgewinnen. Aber auch hier ist im Vorfeld zu klären, wer finanziert? Der Schulerhalter, also die Gemeinden selber? Das Land? Es gibt von uns ein klares Bekenntnis zur Stärkung der Schulleiterinnen und Schulleiter, die schon jetzt und durch eine erweiterte Schulautonomie in Zukunft noch maßgeblicher zur Weiterentwicklung unserer Schulen beitragen.

Das Autonomiepaket steckt unserer Meinung zurzeit aber noch in den Kinderschuhen und erfordert auch auf Bundesebene eine umfassendere Ausgestaltung. Wir werden daher der Dringlichkeit nicht zustimmen, möchten uns aber die angesprochenen Themen intensiv im Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport ansehen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lackner.

Abg. **Mag. Lackner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Vorweg möchte ich für meine Fraktion festhalten, dass wir der Dringlichkeit auch nicht zustimmen werden. Beim vorliegenden Ministervorschlag zum geplanten Autonomiepaket sind derzeit großteils eigentlich nur Überschriften bekannt. Details sind noch sehr ungeklärt, und deshalb gilt es auch zum konkreten Gesetzesvorschlag und dessen Begutachtung noch abzuwarten.

Im Dezember sollte dann der Gesetzesentwurf dazu im Ministerrat beschlossen werden, und für deren Umsetzung sieht ja die Ministerin sogar einen Zeitraum von zehn Jahren vor. Also, wir sprechen hier bis zum Jahr 2027. Bezüglich des Schulclusters, so hat es ja auch unterschiedliche Diskussionen hier schon gegeben. Ursprünglich wurde ja sogar wieder zurückgerudert. Man wollte ja am Anfang sogar Bundes-, Länder- und Gemeindeschulen

zusammenlegen und zusammenmischen. Das hätte dann aber zu verwaltungsjuristischen Schwierigkeiten geführt.

Nun sind in den Clusters entweder die Pflichtschulen drinnen oder eben nur noch die Bundesschulen. Aber auch viele andere Details zum Autonomiepaket sind noch nicht so bekannt. Ich denke hier beispielsweise mal an die Klassengrößen. Hier gab es ja auch massive Widerstände von Elternvertretern. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen hier noch abwarten, welche Details dann auch wirklich im Gesetzesentwurf drinnen stehen und daher werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 269/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 269/2016 dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 270/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 270/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimastrategie. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 270/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede und darf Frau Abgeordnete Buchmayr bitten, an das Rednerpult zu kommen.

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen und Kolleginnen im Landtag, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie! Ja, wir freuen uns sehr, dass nun doch noch nach einer einigermaßen längeren Vorlaufzeit eine gemeinsame Resolution zustande gekommen ist, um die vorliegende Forderung nach einer gemeinsamen oder integrierten Energie- und Klimastrategie auch entsprechend an den Bund schicken zu können.

Denn unserer Meinung nach geht es tatsächlich um sehr, sehr viel, nicht nur um Umwelt, Klima und Energie, das ist selbstredend. Das ist selbstverständlich. Es geht auch ganz stark um Arbeitsplätze, um den Wirtschaftsstandort, um soziale Absicherungen, etc. Es geht tatsächlich um die Absicherung und auch die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich, und ich denke mir, das ist ein Anliegen, das wir wirklich alle teilen oder teilen sollten, die hier herinnen sitzen.

Durch das Pariser Übereinkommen, das Anfang Oktober ja vom Europäischen Parlament ratifiziert wurde, ergeben sich nun für Europa historische Chancen, was den Klimaschutz betrifft. Österreich gehört zu jenen sieben EU-Mitgliedsstaaten, die die nationalen Ratifikationsverfahren bereits abgeschlossen haben und zeigt somit, dass es sich seiner Verantwortung im Klimaschutzbereich durchaus sehr stark bewusst ist und dem entsprechend auch nachkommt, was wirklich als sehr positiv zu werten ist.

Im Sinne eines zukunftsorientierten und nachhaltigen Umgangs mit unseren Ressourcen ist es daher auch notwendig, sich ganz intensiv mit Energie- und Klimafragen, gerade im Zusammenhang mit Standortattraktivität, auch entsprechend zu beschäftigen, auseinanderzusetzen und hier auch tatsächlich konkrete Maßnahmen zu entwickeln und dann in weiterer Folge natürlich umzusetzen.

Ja, mit der vorliegenden Resolution fordern wir als Oberösterreichischer Landtag die Bundesregierung auf, dass im Einklang mit den Beschlüssen der Klimakonferenz von Paris eine gemeinsame Energie- und Klimastrategie auch entsprechend vorgelegt wird. Es gibt ja bereits auch durchaus ein erfolgreiches Konzept beziehungsweise erfolgreiche Konzepte in Oberösterreich, die die Wirtschaft, Schulen und auch die Privaten ins Boot holen, wenn es um die Fragen des Klimaschutzes geht, wie zum Beispiel die Entwicklung der oberösterreichischen Klimabündnispartner zeigt.

In den letzten zehn Jahren hat die Bedeutung von klimaschutzrelevanter Beratung enorm zugenommen, alleine im Bereich der Klimabündnisbetriebe ist die heutige Anzahl im Vergleich zum Jahr 2005 um mehr als den Faktor 16 gestiegen. Ich denke mir, das ist wirklich etwas, auf das wir als Land Oberösterreich, als Verantwortungsträger und Verantwortungsträgerinnen auch sehr stolz sein können.

So sind derzeit schon 294 Gemeinden, 624 Betriebe und 177 Bildungseinrichtungen im oberösterreichischen Klimabündnis aktiv, und dieses oberösterreichische Klimabündnis ist ja ein Netzwerk, das auch agiert und wirkt und entsprechend zum Klimaschutz auch beiträgt.

Diese Initiativen machen den Klimaschutz zum Thema, setzen diverse Initiativen und auch Einsparungen um, und es ist ja auch ganz wichtig, zu sensibilisieren und zu informieren, auch das sind ganz wichtige Aufgaben, die in diesen Klimabündnisgemeinden stattfinden. Zusätzlich oder ergänzt werden die Aktivitäten der Klimabündnisgemeinden noch durch 51 Bodenbündnisgemeinden, die ebenfalls zur Bewusstseinsbildung beitragen, denn wir wissen ja, dass Klimaschutz ganz stark über Bodenschutz auch geht.

Ja und all diese Gemeinden und Einrichtungen zeigen, jeder und jede von uns, von den Menschen in den Gemeinden, kann zum Klimaschutz aktiv beitragen. Begonnen bei der Ernährung, über die Mobilität, hin bis zu den eigenen Gärten, wo einfach wirklich jeder für sich auch etwas beitragen kann, oder auch einer energieeffizienten Ausstattung oder der Umstellung auf erneuerbare Energieträger in öffentlichen Unternehmen, in der Öffentlichkeit oder auch in privaten Haushalten.

Klimaschutz entscheidet aber auch global selbstverständlich auch darüber, ob Frieden stattfindet, ob Krieg, Hunger und Krankheiten auch in den ärmeren Regionen der Welt vonstatten greifen können, oder ob wir hier von unserer Seite der Welt aus etwas dagegen tun. Die Klimafolgen werden immer dramatischer. Sie wissen, dass das Eis der Pole schmilzt mit Rekordtempo. Aufgrund dessen beginnen die Meeresspiegel deutlich schneller als prognostiziert zu steigen. Ernteauffälle verursachen Konflikte und Hunger, eine weltweite Migrationsbewegung wird durch diese Folgen der Klimaerwärmung ausgelöst.

Das sind alles Themen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, wo ich denke, dass wir als Bewohner, Bewohnerinnen, sozusagen, eines Teiles der Welt, der hier durchaus privilegiert ist, eine ganz große Verantwortung tragen und diese Verantwortung auch entsprechend auszufüllen haben.

Sie sehen, es ist ein allgegenwertiges, wichtiges Thema und ich freue mich über die große, breite, doch mehrheitliche Zustimmung zu dieser sehr, sehr wichtigen Resolution an den Bund, vor allem wenn wir auch an die nächsten Generationen denken, denen wir einen Lebensraum zur Verfügung stellen wollen, der auch lebenswert ist. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsidentin Weichsler-Hauer.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer**: Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Elf Flüsse im Himalaya sind verantwortlich dafür, dass zwei Milliarden Menschen, du weißt, ich habe aufgepasst gestern, dass zwei Milliarden Menschen Wasser haben, zwei Milliarden Menschen, Pakistan, China, Indien. Und all jenen, Peter Handlos hat gerade gelächelt, die gestern beim entwicklungspolitischen Abend mit dabei gewesen sind, wird diese Aussage nicht fremd sein oder sehr bekannt vorkommen, es hat sie nämlich auch Herr Landeshauptmann Dr. Pühringer erwähnt. Und auch eine Zahl, die uns auch bewusst sein muss und die ich glaube, dass wir hier auch ansprechen müssen, die auch genannt wurde, ist, dass klar ist, dass bis ins Jahr 2050 die Anzahl der in Afrika lebenden Menschen sich verdoppeln wird, aber dass gleichzeitig auch nur mehr jeder Zweite auf dieser Welt Zugang zu Wasser haben wird.

Und Sie werden mir jetzt die Frage stellen, warum sage ich das jetzt da? Weil es schlicht und einfach darum geht, darüber nachzudenken, was hat Oberösterreich mit Afrika zu tun? Was hat Oberösterreich mit dem Orient zu tun? Dass das also nichts ist, dass vielleicht in ein paar Flugstunden von uns erreicht werden kann, wir einen Besuch dort abstaten und dann wieder nach Hause fliegen, sondern dass das eigentlich jede Sekunde unseres Lebens da in Oberösterreich Auswirkungen hat, ob diese Menschen dort Wasser haben werden, auch in Zukunft Wasser haben werden, ob sie in Zukunft Nahrung haben werden, das ist jede Sekunde unseres Lebens in Oberösterreich. Und darüber können wir uns nicht hinweg schwindeln.

Der vorliegende Antrag knüpft an den Klimazielen des Vorjahres an, Paris und aktuelle ja auch in Marrakesch, in Marokko, wo also Konkretisierungen zu diesen entsprechenden Klimazielen auch stattfinden. Wir haben hier ein Paket festgeschrieben, von dem wir glauben, dass es auch für uns in Österreich, für Oberösterreich, konkret wichtig ist, umgesetzt zu werden. Jetzt bin ich mir ganz sicher, dass eines bestimmt feststeht und das ist, vielleicht in diesem Zusammenhang kommt das nicht von ungefähr, ein uraltes afrikanisches Sprichwort. Und ich habe mir gedacht, eigentlich haben die es damals schon gewusst, obwohl es ihnen besser gegangen ist. Wenn an kleinen Orten viele Menschen kleine Dinge tun, dann wird sich das Angesicht unserer Erde verändern. So ein kleiner Ort mag heute Oberösterreich sein, oder Linz, oder nur das Landhaus, oder der Landtagssitzungssaal. Wenn wir heute das Richtige tun, dann können wir das Klima oder entsprechend das Angesicht unserer Erde verändern.

Und ich habe das deswegen auch erwähnt, weil ich glaube, dass wir nicht als Oberösterreich nur Chancen darin sehen oder Chancen haben, mit aktiv beizutragen, dass es uns nicht wehtut und ich habe das gestern erlebt, wie immer weiter gesagt worden ist, wir brauchen uns nicht schämen, dass es uns gut geht, wir müssen nur mithelfen, dass es dem Anderen besser gehen wird. Nein, ich schäme mich auch nicht, dass es uns gut geht, nur was wir schon tun müssen ist, uns stets auch klar und bewusst sein unserer Aktivitäten und die Akzeptanz unseres Handelns und was wir damit entsprechend auch bewirken.

Und wir haben also einiges an Strategien entwickelt und Oberösterreich ist auf einem guten Weg und ich traue mir zu behaupten, hat sehr wohl erkannt, welche Chancen drinstecken. Erstens, dass wir nicht auskönnen, dass wir etwas tun müssen, wenn wir etwas verändern wollen auf dieser Welt. Zweitens dass wir Chancen haben, sind es Arbeitsplätze, sind es wirtschaftliche Entwicklungen, sind es auch andere Möglichkeiten, die sich daraus ergeben. Das heißt, wir sollen uns nicht davor fürchten, sondern angehen und tun. Und das Dritte, was ich aber sehr wohl auch darinnen sehe, ist, dass ich mir dessen bewusst bin, dass wir es

nicht von heute auf morgen schaffen werden. Wir haben uns Ziele gesetzt bis 2030, es gibt Ziele bis 2050.

Und wir wissen, dass bei dem einen oder anderen auch noch sehr viel, ich möchte wirklich bewusst sagen, Gehirnschmalz auch aufgewendet werden muss, um entsprechend in Entwicklungen, in Technologien, auf neueren Sektor zu setzen, das wird uns nicht von heute auf morgen passieren, aber dafür möchte ich schon erwähnen, dass es gute Firmen bereits gibt, die daran arbeiten. Und wenn ich die voest in erster Linie hier anführen darf, dann muss ich sagen, halte ich das wirklich für einen wesentlichen Schritt, sich dazu zu bekennen, es umzusetzen, aber auch klar dazu zu sagen, wir werden nicht morgen schon die Technologie haben, weil auch diese braucht eine Entwicklung, aber wir werden daran arbeiten und wenn wir sie haben, dann werden wir sie einsetzen. Und ich glaube, dass wir da heute wirklich was Gutes beschließen, was das Antlitz dieser Erde durchaus mithelfen kann zu verändern. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Fischer.

Abg. **Ing. Fischer:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal, auf der Galerie und online! Ja, wir behandeln diese Resolution bezüglich der Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimastrategie. Der Klimavertrag von Paris ist mittlerweile in Kraft. Es haben zuletzt 72 Länder, welche 57 Prozent der jährlichen Treibhausgasemissionen verursachen, das Abkommen ratifiziert. Vorgabe war ja 55 und 55, also 55 Länder, welche 55 Prozent der Emissionen verursachen. Österreich soll jetzt 36 Prozent dieser Treibhausgasemissionen bis 2030 einsparen.

Und damit trifft uns jetzt, aus unserer Sicht, eine völlig überzogene Reduktionsverpflichtung. Die innereuropäische Lastenverteilung spiegelt nicht die tatsächlichen Einsparungspotentiale wider, was jedes Land dazu beitragen kann. Plan für die Erreichung der Einsparung gibt es auch noch keinen. Klar ist aber, dass nur mit drastischen Maßnahmen, welche uns alle treffen werden, hohe Strafzahlungen bei Nichterreichung abgewendet werden können.

Wir fordern hier die Bundesregierung auf, die österreichischen Vorgaben mit Vorsicht zu behandeln. Österreich hat in den letzten 24 Jahren, 1990 bis 2014, 2,5 Millionen Tonnen an Treibhausgasemissionen-Einsparungen verursacht, in den nächsten 15 Jahren sollen wir 46,2 Millionen Tonnen als Verpflichtung einsparen. Das ist umgelegt, pro Jahr haben wir die letzten 24 Jahre 0,1 Millionen Tonnen Treibhausgas gesenkt und jetzt haben wir 3 Millionen Tonnen Treibhausgasemissionen pro Jahr. Der Wirtschaftsstandort ist hier in Gefahr und eine Deindustrialisierung Österreichs droht.

Österreich ist auch kein großer Spieler am Treibhausgasweltemissionsmarkt. Wir tragen 0,2 Prozent bei, Platz 52 im weltweiten Ranking. Der EU-Raum als Ganzes trägt 12 Prozent bei. Wenn man da jetzt Österreich noch einmal umlegt, haben wir auch hier eine verschwindend kleine Rolle. Da geht es hin da zu denken, dass eine Resolution mit Dringlichkeit hier überhaupt nicht notwendig ist, weil die Thematik wird auf Bundesebene bereits in den entsprechenden Gremien seit dem Frühjahr diesen Jahres behandelt. Wir lehnen daher die Dringlichkeit und die Resolution aus den vorgetragenen Gründen ab. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Höckner.

Abg. Bgm. **Höckner:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne! Es ist schon einiges gesagt worden zur

Bedeutung des Klimaschutzes und zu diesem internationalen Klimavertrag. Mein Vorredner Michael Fischer hat auch schon darauf hingewiesen, dass dieser Klimavertrag eigentlich schon ab 4. November in Kraft ist, weil eben entsprechend international die Länder jetzt dieses Abkommen ratifiziert haben, die mehr als 55 Prozent dieses CO₂-Ausstosses verursachen. Auch Österreich hat mittlerweile dieses Abkommen ratifiziert. Und so relativiert sich jetzt wahrscheinlich diese heutige Resolution, die Bedeutung der Resolution, was ich jetzt nicht schmälern möchte, aber es ist eigentlich schon der Weg bereitet, das muss man so sagen.

Man muss wirklich auch klar dazu sagen, dass, und das hat auch der Michael Fischer schon gesagt, dass dieses Abkommen eine weitreichende Bedeutung für die Welt und für Österreich hat. Manche stellen das jetzt als große Herausforderung dar, das wird es auch sein. Auf der anderen Seite, welche Herausforderungen werden wir haben, wenn wir diese Ziele nicht umsetzen beziehungsweise nicht berücksichtigen?

Zur vorliegenden Resolution, zum Inhalt, darf ich sagen, ich bewerte sie gegenüber den ersten Entwürfen, oder dem ersten Entwurf, sehr positiv, sie hat für mich ein wesentliches, neues und vernünftiges Gesicht, weil sie einige für die ÖVP wichtige Aspekte integriert. Und ich glaube, wenn dieses Abkommen einen Erfolg haben soll, dann muss es akzeptiert werden und da sind einige Punkte ganz wichtig. Sie muss getragen werden von einer breiten Masse, sie soll also einen größtmöglichen Konsens haben.

Und wir haben da vier Punkte, die eine Basis für diese Energie- und Klimastrategie darstellen. Das eine, was uns sehr wichtig ist, ist natürlich die Versorgungssicherheit. Wir haben in Österreich eine hohe Versorgungssicherheit für unsere privaten Haushalte, aber auch für die Betriebe und das soll auch so bleiben. Wichtig ist uns natürlich auch die Wettbewerbsfähigkeit, denn wir sind der Meinung, dass starke Volkswirtschaften eher ein Garant dafür sind, dass diese Herausforderungen des Klimaschutzes auch umgesetzt werden. Ein ganz wichtiger Bereich, und das habe ich auch von Abgeordneten der FPÖ im Bund gehört, die das durchaus bis zu einem gewissen Grad mittragen können, das ist die Leistbarkeit für die Bevölkerung und da stimmen wir auch zu, weil ohne dass diese Maßnahmen dann auch leistbar sind, wird keine Akzeptanz vorherrschen, ist ganz klar.

Und ein wichtiger Punkt ist für uns auch hier die Nachhaltigkeit, weil wir meinen, dass kurzfristige Schwerpunktsetzungen ohne Strategie im Bereich des Klimas, im Bereich des Klimaschutzes, nicht sinnvoll sind, da ja die Veränderung des Klimas auch in einem längeren Zeitraum stattfindet. Das ist auch so in diesem Klimavertrag vorgesehen.

Wie gesagt, der Entwurf dieser Resolution hat für mich ein neues Gesicht, daher sehe ich oder sehen wir keinen Grund, dieser Resolution nicht zuzustimmen. Was ich noch erwähnen möchte, die Kollegin Buchmayr hat die Klimabündnisgemeinden angesprochen, wesentliche Umsetzungsschritte und das ist, glaube ich, das Wesentliche, werden getätigt in den sogenannten Klima- und Energiemodellregionen und das sollte man sich wirklich einmal näher ansehen, da wird wirklich eine großartige Arbeit geleistet, in Zusammenarbeit nämlich auch mit der Bevölkerung.

Wie gesagt, dieses Klimaabkommen bedeutet sicherlich einen Paradigmenwechsel, es bedeutet eine Veränderung, aber ich möchte auch mit einem Spruch, mit einem Zitat enden, Sie kennen das sicher. Veränderung, entweder man betreibt sie oder man erleidet sie. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 270/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 271/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 271/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend ein Unterstützungsprogramm zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Polizei. Hiezu ist ein Geschäftsantrag des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass die Beilage der Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stanek. Ich erteile es ihm.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren im hohen Haus, auf der Galerie, im Internet! Sicherheit geht uns alle an und auch wenn die Frage der Organisation der Polizei selbstverständlich eine Frage des Innenministers und des Innenministeriums ist und bleibt, ist das Thema Sicherheit für alle Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher ein ganz relevantes Thema. Und daher ist es auch wichtig, dass wir uns im Landtag mit diesen Fragen immer wieder auch intensiv auseinandersetzen.

In diesem Antrag werden grundsätzlich einmal Themen behandelt, die es teilweise schon gibt, aber die bisher nicht umgesetzt wurden. In diesem Antrag werden Themen behandelt, die seit langer Zeit gefordert werden, aber noch immer nicht umgesetzt sind. Ich denke hier zum Beispiel an den Karenzpool. Der Karenz- und Flexipool wurde vor Jahren schon auch in diesem Hause gefordert. Der Karenz- und Flexipool wurde dann von der Innenministerin Maria Fekter eingeführt, aber wenn man einmal kritisch draufschaut, dann muss man sagen, er wurde bisher nicht mit Personal dotiert und daher konnte er auch bisher tatsächlich nicht eingesetzt werden.

Ähnlich ist es mit der Forderung, dass endlich die Sondereinheiten der Polizei, wie zum Beispiel das Sondereinsatzkommando Cobra, einen eigenen Dienstpostenplan erhalten. Derzeit ist es nach wie vor so geregelt, dass die Cobra keinen eigenen Dienstpostenplan hat, sondern dass Beamtinnen und Beamte direkt von den Dienststellen vor Ort zur Cobra abgezogen werden. Das heißt dann im dienstrechtlichen Jargon dienstzugeteilt werden, am Dienort bei den Menschen direkt fehlen und ihren Dienst in Zukunft bei der Cobra versehen.

Hier wäre es meines Erachtens ganz, ganz einfach möglich tatsächlich einen eigenen Dienstpostenplan bei der Cobra zu schaffen und hier auch eine wirklich saubere Lösung, eine nachvollziehbare Lösung, zu schaffen. Das führt bei vielen Beamtinnen und Beamten dahingehend zur Verärgerung, weil sie natürlich sagen, die Kollegen sind vor Ort im Dienstpostenplan enthalten, tatsächlich aber zur Dienstverrichtung nicht einsetzbar.

Und ein ganz wichtiger Punkt, der ebenfalls in diesem Antrag beziehungsweise in diesem Resolutionsantrag behandelt wird, ist die Tatsache, dass es unbedingt notwendig ist, eine wesentlich bessere, vorausschauende Personalpolitik hinsichtlich der Ausbildungslehrgänge ins Auge zu fassen. Wir wissen alle, dass in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine große Anzahl von Beamten, und ich sage hier ausdrücklich nur die männliche Form, weil es da

kaum noch weibliche Beamtinnen gibt, die in Pension gehen werden. Und wo es daher dringendst erforderlich ist, dass wir entsprechend bei den Ausbildungslehrgängen jetzt schon aufstocken, weil wir diese Beamtinnen und Beamten in den nächsten paar Jahren dringend brauchen werden.

Einen letzten Punkt möchte ich noch anschneiden, der auch sehr wichtig ist. Unsere Beamtinnen und Beamten verteidigen oft im wahrsten Sinne des Wortes mit ihrem Leben unsere Bevölkerung und daher ist es eine absolute Pflicht und Schuldigkeit, dass diese Beamtinnen und Beamten bestmöglich auch ausgerüstet sind und da gibt es auch Nachholbedarf in verschiedenen Bereichen, ich erwähne hier nur den Schutzwestenbereich. Meine sehr geehrte Damen und Herren! Ziel dieser Resolution ist es, dass endlich einmal der sogenannte systematisierte Dienststand tatsächlich erfüllt wird. Ziel dieser Resolution ist es, dass die Sicherheitsausstattung der Polizei weiter wesentlich verbessert wird. Ziel dieser Resolution ist es aber letztendlich, dass Oberösterreich weiterhin eines der sichersten Länder dieser Welt bleibt. Und daher bitte ich Sie alle um Ihre Zustimmung. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Nerat.

Abg. **Nerat:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie! Ja, der Kollege Stanek hat es so schön gesagt, Sicherheit geht uns alle an. Und ich glaube, das ist auch der Grund, warum heute dieser Antrag eine derartig breite Zustimmung findet. Es war ja nicht immer so. Noch im Jahr 2013 waren wir uns darüber nicht so einig, da gab es bereits einen ähnlichen Antrag, der damals allerdings nicht die Zustimmung fand. Ich glaube, die Ereignisse in den letzten Jahren haben uns alle einmal mehr vor Augen geführt wie wichtig es ist, die Exekutive nach allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten auch zu unterstützen.

Was uns nicht hilft sind Jubelmeldungen. Was uns auch nicht hilft sind Grabesreden. Das eine wie das andere Extrem ist nicht gut und deswegen denke ich mir, dass hier ein Antrag, eine Resolution, die wie richtig gesagt wurde, nicht nur neu ist, sondern auch Dinge die bereits versprochen wurden, die beschlossen wurden, aber bis heute nicht umgesetzt worden sind, umfasst. Mit dieser Resolution einfach auch noch einmal Nachdruck zu verleihen. Nachdruck unserem Bekenntnis zu einer größtmöglichen Sicherheit für die Einwohner unseres schönen Landes. Und wenn ich mir hier einfach Gedanken darüber machen muss, dass wir immer noch darüber reden über den angesprochenen Flexi- und Karenzpool, der damals mit Donnergetöse aus der Taufe gehoben wurde. Als große Lösung aller Probleme, von allen Seiten beklatscht und erfreut zur Kenntnis genommen. Nur halt niemals mit dem entsprechenden Personal dotiert. Umso mehr denke ich mir, ist es hier wichtig ein Zeichen zu setzen. Denn wir haben natürlich auch in Oberösterreich unsere gewissen Eigenheiten. Gerade in Oberösterreich hat diese seltsame Logik einer ehemaligen Ministerin, die uns ja alle erklärt hat, dass weniger Polizeiposten gleich viel mehr Sicherheit bringen, relativ unbarmherzig zugeschlagen.

In Oberösterreich kommen derzeit 406 Einwohner auf einen Polizisten und eine Polizistin. Zum Vergleich, im Burgenland reden wir von 196 Einwohnern pro Polizist, pro Polizistin. Das heißt im Verhältnis zur Einwohnerzahl verfügt das Burgenland über mehr als doppelt so viele Exekutivbeamte, die sich um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger kümmern. Ich denke, das ist ein Ziel, in diese Richtung müssen wir natürlich gehen und da reicht es nicht immer wieder zu erklären: Toll, wir versprechen vor jeder Wahl hunderte neue Polizisten. Wie schaut denn die Bilanz zum Beispiel in Oberösterreich wirklich aus? Die Bilanz ist nämlich nicht so rosig, da sagen wir natürlich, 2016 werden wir 75 neue, voll ausgebildete

Polizistinnen und Polizisten in den Dienst ausmustern. Das klingt schön, oder? 75 Frauen und Männer, bestens ausgebildet, bestens motiviert, am Beginn ihrer Laufbahn, die können es gar nicht erwarten, dass sie den Verbrechern das Handwerk legen. Problem nur: Derzeit aktuell haben wir im selben Zeitraum jetzt, also 2016, zwölf Austritte, sieben Todesfälle und 94 Pensionierungen. Das sind 113 Abgänge, dazu kommen noch 50 Polizistinnen die bisher Schwangerschaftsmeldungen abgegeben haben und Mutterschutz beantragt haben. Das heißt, dieser unglaublich tolle Nettozuwachs, der in keiner Pressekonferenz fehlen kann, das ist kein Zuwachs, das ist nämlich tatsächlich eine Reduktion, kann man leicht zusammenrechnen, von 88 Polizisten und Polizistinnen. Und wenn man diese Entwicklung nicht umdreht, dann haben wir ein Problem. Und jetzt so zu tun und immer wieder so zu tun, als wäre diese Personalschmelze von gestern auf heute überfallsartig über das Land hereingebrochen und wir machen jetzt eh alles, dass dies besser wird, das ist natürlich blauäugig. Und es ist auch nicht richtig. Wir wissen genau, jetzt kommen die geburtenstarken Jahrgänge in das Pensionsalter, das sind richtig erklärt hauptsächlich männliche Beamte. Dann können wir mit Abgängen von um die 200 Personen pro Jahr rechnen. Das ist berechenbar, das ist kein Voodoo, das ist keine Magie, das kann man sich ganz normal ausrechnen, wenn man der Grundrechnungsarten fähig ist. Diese Zahlen liegen auf und mehr wollen wir gar nicht. Rechnen statt Raten.

Was wir nicht brauchen sind Jubelmeldungen und wie gesagt, auch keine Katastrophenmeldungen, nichts herbeizitiern. Aber wir brauchen konkrete Maßnahmen, um einfach auch den Polizistinnen und Polizisten, die einen sehr, sehr schweren Beruf gewählt haben, und da müssen wir wirklich einen jeden Einzelnen dafür Danke sagen, dass er sich diesen Beruf überhaupt antut. Wir müssen alles tun, um sie so gut wie möglich zu unterstützen und ihnen das Arbeitsumfeld anbieten zu können, in dem sie auch wirklich ihren Dienst, auch nach Jahren und Jahrzehnten, noch gerne machen. Sie tun es nämlich für uns, für uns alle, so wie wir hier da sitzen, für einen Jeden hier im Land, hier in der ganzen Republik. Das darf man nicht vergessen und deswegen sage ich, das ist für die Polizisten, packen wir es an, lassen wir den Druck aufrecht. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Sicherheit ist den Menschen wichtig und ist ein zentrales öffentliches Gut. Die Menschen vor Straftaten zu schützen, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten, das ist eine der Kernaufgaben des Staates, vor allen Dingen in einer freien Gesellschaft. Diese Kernaufgabe gehört mit Sicherheit nicht in die Hände Privater und schon gar nicht in die Hände selbst ernannter Bürgerwehren, dazu ist die Polizei da. Und die Polizei muss Straftaten aufklären, muss die Täter/innen verfolgen, muss sie der Gerichtsbarkeit übergeben. Das sind alles hoheitsstaatliche Aufgaben und die Politik hat die Aufgabe, die Polizei auch so auszurüsten, dass sie dieser Aufgabe auch möglichst nachkommen können.

Es ist mit Sicherheit so, dass diese furchtbaren Anschläge in Paris und Brüssel natürlich Europa schwer getroffen haben. Sie haben auch meiner Meinung nach die Verletzlichkeit einer offenen und freien Gesellschaft aufgezeigt und ich bin überzeugt, dass eine Kombination zwischen effizienter Exekutive und einem starken Rechtsstaat entsprechend Sicherheit gewährleisten können. Ich halte es für einen Irrweg für die Demokratie auf die Gefährdung der Inneren Sicherheit mit immer weiteren Einschränkungen der Bürgerrechte zu reagieren. Ich glaube nicht, dass wir einen Überwachungsstaat brauchen. Ich glaube nicht, dass wir eine Massenüberwachung brauchen oder den Abbau von Bürgerrechten vorantreiben sollten. Das gibt prinzipiell jetzt noch nicht Sicherheit. Sicherheit gibt es, wenn

wir eine effiziente Exekutive haben und einen starken Rechtsstaat und ich glaube, wir dürfen denjenigen nicht auf den Leim gehen, die mühsam erkämpfte Freiheitsrechte abbauen wollen.

Wir haben die Situation, dass es momentan Verunsicherung in der Bevölkerung gibt. Die Sicherheitspolitik muss mit entsprechenden Maßnahmen dagegen halten. Ich glaube, es braucht ein neues Vertrauen und ich betone, es geht darum, Vertrauen zu schaffen und nicht Verunsicherung. Ich glaube, dass diese Verantwortung alle Politiker und Politikerinnen haben, ganz besonders jene die in Funktion sind. Vor allen Dingen auch zum Beispiel der Sicherheitslandesrat und ich glaube, dass es wirklich verantwortungslos ist, in Facebook oder bei Pressekonferenzen von Bürgerkriegswarnungen zu sprechen, weil damit die Ängste der Bevölkerung befeuert werden. Und nebenbei muss man auch noch dazusagen, ist die Faktenlage auch falsch. Man muss das auch einmal ganz klar sagen, wenn wir uns Oberösterreich anschauen, dann gehört Oberösterreich, Gott sei Dank, zu einem der sichersten Länder auf dieser Welt. Warum? Weil wir ein gut ausgebautes Sozialsystem haben und weil die Polizei eben eine gute Arbeit leistet. Und es sind die Delikte nicht mehr geworden, sie haben sich verschoben, aber sie sind nicht mehr geworden und es ist die Aufklärungsrate im Endeffekt gestiegen. Und es hängt damit zusammen, dass die Polizei hier wirklich sehr, sehr gut gearbeitet hat und ich glaube, dass eine Angstmacherei in diesem Sinne die Arbeit der Polizei eigentlich erschwert und zwar deswegen erschwert, weil das Vertrauen in die Polizei dadurch erschüttert wird.

Gute Polizeiarbeit basiert erstens einmal auf der Achtung der Menschenrechte, auf einer Minimierung der Gewalt, es braucht die entsprechende personelle Stärke, das heißt wir brauchen entsprechend ausreichende Beamte, die auch im öffentlichen Raum präsent sind. Wir brauchen eine moderne Ausstattung, Kollege Stanek hat das schon gesagt, die beste Ausbildung und wir brauchen eine entsprechende verlässliche Infrastruktur, damit diese Arbeit auch erfüllt werden kann. Kurze Reaktionszeiten, schnelle Einsatzbereitschaft, das ist das, was wir auch im Notfall brauchen und das sollen wir auch gewährleisten.

Ich möchte an dieser Stelle auch sagen, ich halte es für eine tolle Idee, dass die Oberösterreichische Polizei jetzt auf Twitter zu finden ist. Also wer auf Twitter ist: Folgen Sie der Oberösterreichischen Polizei. Ich glaube, moderne Polizei braucht Bürgernähe und auch moderne Informations- und Kommunikationstechnik. In diesem Sinne unterstützen wir auch als Grüne diesen Antrag, sprechen uns auch dafür aus, dass die Polizei bei der Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben bestmöglich unterstützt wird. Es ist ja von der Bundesregierung bereits eine sogenannte Sicherheitsmilliarde zugesagt worden und gestern hat ja auch Innenminister Sobotka entsprechend gesagt, dass es hier entsprechende Ausstattungen und Geldmittel geben soll. In diesem Sinne stimmen wir der Dringlichkeit und auch dem Antrag zu. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Krenn.

Abg. **Krenn:** Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren im Forum, auf den Zuschauerplätzen! Wir haben es heute schon öfter gehört und man könnte es so zusammenfassen: Die Polizei in Oberösterreich ist der Garant für Sicherheit in unserem Lande. Und ich bin auch überzeugt, dass das Vertrauen in die Arbeit der Polizei und in die Polizei selbst noch sehr hoch ist und deshalb, das haben wir heute auch schon gehört, sei ein jeder davor gewarnt, die Sicherheitslage in Oberösterreich krank zu reden. Denn das überträgt sich auf die Bürger und bringt eine Schieflage zur objektiven Wirklichkeit. Wobei das jetzt schwer zu beurteilen ist, was ist objektive Wirklichkeit, das gebe ich zu.

Ich begrüße auch, dass mittlerweile die ÖVP die Notwendigkeit erkannt hat, Kollege Stanek hat es ja schon ausgeführt, dass die Unterstützung in den Angelegenheiten, die auch bereits erläutert wurden, die Planstellen mit ihren Karenzpool, mit dem Ausbildungspool, mit Planstellen bei den Sondereinheiten, die Ausrüstung, die Infrastrukturausrüstung, Technik, aber auch Schutzausrüstung, dass diese Unterstützung, dass diese Ausstattung vorangetrieben werden muss. Umgekehrt muss man ja auch sagen, dass bereits seit einigen Jahren, nachdem hier im Landtag auch immer wieder darüber gesprochen worden ist, dass Unterstützung notwendig ist, zum Beispiel diese Aktion Rückholung jener Polizisten und Polizistinnen, die eigentlich Oberöreicher sind nach Oberösterreich, sehr gut funktioniert hat. Dass es mittlerweile auch vermehrte Aufnahmen gibt und dass, um eben die Anzahl der Polizei in Oberösterreich möglichst schnell zu erhöhen, auch eine sogenannte Kurzzeitausbildung eingeführt worden ist. Das ist grundsätzlich keine mindere Ausbildung, sondern es wird zuerst sechs Monate lang theoretisch ausgebildet und dann werden diese Polizisten und Polizistinnen bereits in die Praxis übergeführt, um eben draußen vor Ort zu unterstützen und werden zeitverzögert nach zirka zwei Jahren in die restliche Ausbildung wieder zurückgeführt.

Das sind zwar alles Maßnahmen, die dazu beitragen, dass die Unterstützung vorhanden ist. Aber, und das haben wir, Kollege Nerat, heute auch schon gehört! Das was momentan an Aufnahmen passiert, ist eigentlich kaum mehr als das Stabilisieren des Abganges. Und Wolfgang Stanek, du hast es gesagt: Es wird in Zukunft notwendig sein, dass mehr kommt, dass mehr aufgenommen wird. Und wie gesagt eingangs, ich bin auch deswegen froh darüber, dass auch die ÖVP diesem Antrag mitstimmt. Zustimmt, weil sie dadurch auch ihre Möglichkeiten einsetzen kann und einsetzen wird, um im zuständigen Ministerium hier auch Druck zu machen. Und ich denke, das ist wichtig, wenn wir die ganzen Aufgaben, dazu das Geld, das zur Verfügung steht, sehen und auch bei dieser Sicherheitsmilliarde, dass das Geld wirklich in die richtige Richtung geschoben wird.

Ich möchte die restliche Zeit aber noch nutzen, um einen Part einzubringen, ihren Blick darauf zu lenken, der meiner Meinung nach auch wichtig ist, um die Arbeit der Polizei abgerundet zu unterstützen. Viele von Ihnen werden in der letzten Zeit in den Nachrichten gelesen haben, auch Einsätze der Polizei, die sich mit den sogenannten Staatsverweigerern beschäftigen. Freeman oder diese OPPT, alles Menschen, die sagen, sie wohnen zwar hier, aber der Staat geht sie nichts an. Und hier rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, gesetzliche Bedingungen. Ich denke das ist so der dritte Part, neben Personal und Infrastruktur, der notwendig ist, damit die Arbeit der Polizei unterstützt wird. Denn das, was diese Personen momentan produzieren, ist Arbeit für die Polizei. Und jetzt steht die Polizei vor einer Aufgabe, die ein wenig ungewohnt ist. Denn zu allen anderen Geschehnissen gibt es Materien, Gesetze! Man weiß, wie man vorgehen soll. Zu den Freeman, zu diesen Staatsverweigerern gibt es noch keine wirklich greifbaren Gesetze. Das heißt, das behindert die Arbeit, das verlangsamt die Arbeit. Und die Arbeit selbst muss die Polizei ja machen.

Es ist Ihre Aufgabe! Aber das Rundherum abzudecken, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, das ist die Aufgabe der Politik. Und wir müssen auch möglichst rasch darüber nachdenken, wie wir hier unseren Einfluss geltend machen können, dass die gesetzlichen Bestimmungen geändert werden können. Dass eindeutig festgelegt wird, das was hier gemacht wird, ist strafbar und wird mit diesen rechtlichen Möglichkeiten geahndet. Das wäre ein Anliegen von mir, dass wir in der nächsten Zeit auch darüber etwas machen, einbringen, denn nur wenn wir das auch gemacht haben, dann haben wir unseren Wunsch erfüllt, die Aufgabe der Polizei umfassend zu unterstützen. Und nachdem ich die Wortmeldungen heute alle gehört habe und wie ich sie gehört habe, ist es glaube ich schon unser aller Anliegen.

Bin ich mir sicher, dass es das Anliegen aller ist, die Aufgaben und die Arbeit der Polizei zu unterstützen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Ich heiße herzlich Willkommen die Kameradschaft höherer Feuerwehroffiziere, die auf der Galerie mittlerweile Platz genommen hat. Meine Herren, ich heiße Sie herzlich Willkommen hier im Oberösterreichischen Landtag und wünsche Ihnen eine interessante Stunde.

Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe somit die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 271/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen wir in unterzeichneter Beilage 272/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 272/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin. Hierzu ist ein Geschäftsantrag des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Prim. Dr. Povysil. Ich darf darum bitten.

Abg. MR Prim. **Dr. Povysil:** Vielen Dank Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren im Plenum, auf der Galerie, sehr geehrte Offiziere der Feuerwehr, im Internet! Ich hoffe, Sie sind alle heute gesund, wach und munter. Wir sind nämlich mit einem bereits bestehenden und in der Zukunft immer stärker werdenden Ärztemangel in unserem Land, aber nicht nur in unserem Land, sondern in ganz Europa konfrontiert.

Prognostiziert ist für Europa in den nächsten zehn bis dreizehn Jahren ein Minus von 25.000 Medizinern, in Österreich ein Minus von 6.000 Medizinern bis 8.000 Medizinern. Da kann man sich jetzt nicht wirklich gut was darunter vorstellen. Was heißt das? Das heißt, es fehlen uns bis 2030 sechs von zehn Ärzten.

Sie fehlen in den Spitälern. Sie fehlen im niedergelassenen Bereich. Sie fehlen in den Rehabilitationseinheiten. 60 Prozent der Kassenärzte werden in den nächsten zehn Jahren in Pension gehen. Das heißt, wir sind konfrontiert mit einer Altersstruktur der Ärzte, einer Pensionierungswelle. Wir sind damit konfrontiert, dass es ein europaweites Arbeitszeitgesetz gibt, das den Ärzten bessere, aber kürzere Arbeitszeiten ermöglicht.

Wir sind damit konfrontiert, dass die Medizin in der Gesamtheit weiblicher wird. Was ich ja sehr begrüße natürlich. Was aber Folgen hat, auf die ich noch näher eingehen werde. Und wir sind damit konfrontiert, dass im Bereich der Kassenpraxen in Österreich in der Zukunft wesentlich weniger Leute zur Besetzung zur Verfügung stehen.

Und dem gegenüber steht eine Bevölkerung, die früher zu leben beginnt. Die ersten kleinen Kinder, die wir in der Kinderklinik auf die Welt bringen, sind 23 Wochen alt. Stellen Sie sich vor, 23 Wochen, also wir beginnen früher zu leben und wir beenden unser Leben später. Die derzeitige Lebenserwartung für einen Mann beträgt 79 Lebensjahre, für eine Frau 84 Lebensjahre. Das heißt, die gesamte Lebensspanne, die wir haben, wird größer und mit diesem Größerwerden der Lebensspanne leben wir natürlich auch mit chronischen Krankheiten länger und damit brauchen wir wiederum eine wesentlich bessere, stärkere, länger dauernde medizinische und natürlich auch soziale Versorgung.

Erfreulicherweise aber ist das Interesse der jungen Menschen an der Medizin sehr, sehr groß. An den Med-Unis in Österreich haben wir derzeit 15.000 Bewerber für 1.620 Plätze und die meisten von ihnen oder die größere Mehrheit ist weiblich, die kleinere männlich.

Und da muss man sich jetzt aber überlegen, erfreulicherweise bekommen wir Frauen Kinder, wir fallen aber im Arbeitsprozess daher innerhalb der Spitäler über gewisse Zeiten aus, wenn wir zu Hause sind, wenn wir die Kinder betreuen. Das heißt, man muss sich überlegen, ein sogenanntes Vollzeitäquivalent Mann muss im Prinzip ersetzt werden durch drei vollzeitäquivalente Frauen. Ich will jetzt nicht sagen, dass ein Mann durch drei Frauen, nur durch drei Frauen ersetzbar ist, sondern es ist die Rechnung, die ganz wichtig dafür ist, wenn wir sagen, die Medizin wird weiblicher. Wir brauchen natürlich auch mehr Kollegen, um dann den gesamten Arbeitsprozess aufrechterhalten zu können.

Wir haben in Wien zehn Bewerber für einen Platz. Wir haben in Innsbruck, Graz neun Bewerber für einen Studienplatz. Wir haben in Linz sieben Bewerber für einen Studienplatz. Das heißt, meine Damen und Herren, wir haben Handlungsbedarf. Wir brauchen eine Erhöhung der Anzahl der Studienplätze auf allen Universitäten und ich bedanke mich für den, der mir bereits erzählt wurde, Konsens über alle Parteien, dass wir eine dementsprechende Resolution an das Parlament schicken werden.

Das ist aber nicht die einzige Initiative, die wir machen müssen und wir können es auch nicht nur bei der belassen. Denn, setzen wir uns mit der Verteilung der Medizinstudenten auseinander, so sieht man, dass 75 Prozent der Medizinstudenten ein österreichisches Maturazeugnis haben, 20 Prozent sind Bewerber aus der EU, 5 Prozent sind Bewerber aus den Drittländern. Und die Salzburger Nachrichten und Die Presse haben in den letzten Monaten Folgendes postuliert und Folgendes geschrieben: Jeder zweite Mediziner verlässt Österreich. 18 Prozent Deutsche haben wir hier. 7,5 Prozent bleiben, die anderen gehen wieder weg. Das heißt, einerseits brauchen wir eine Erhöhung der Studienplätze, andererseits ist es ganz wichtig, Maßnahmen zu finden, um die Leute hier bei uns, die Mediziner hier bei uns im Land zu halten.

Und hier bin ich auch bei der Aussage des Vizekanzlers Mitterlehner, der sagt, die Medizin braucht ähnlich wie die Wirtschaft Ausbildungsverträge und Stipendien, die an die Verpflichtung geknüpft sind, auch hier in Österreich zu arbeiten. Eine Forderung, die wir schon seit langem aufstellen und über die oder für die auch wir auch von Ihnen die weitere allgemeine Unterstützung und den Konsens erhoffen.

Zukünftige Herausforderungen, meine Damen und Herren, sind ganz große, für uns zu bewältigen und wir müssen ihnen mit innovativen Modellen begegnen. Das kleine Österreich, (Präsident: „Liebe Brigitte, deine Zeit ist schwer überschritten, darf ich dich bitten aufzuhören!“) danke Herr Präsident, ich komme zum letzten Satz. Das kleine Österreich in dieser großen Welt hat ganz große Stärken. Unser Fachwissen, in der Ausbildung, unsere Lebensbedingungen, die die Leute ja wirklich zu uns holen und die wir ihnen auch bieten können, dass sie hier bleiben. Ich bitte auch in der weiteren Folge der Sicherung der medizinischen Versorgung in diesem Ansinnen und in dieser Forderung hier in Österreich die Leute zu behalten, Ihren allgemeinen Konsens, Ihre allgemeine Unterstützung und entschuldige mich für das Überziehen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Ich weiß nicht, ob ich die Entschuldigung jetzt annehmen kann. Ich müsste sie dir bei der nächsten Wortmeldung wieder abziehen. Ich muss mir das noch überlegen. (Heiterkeit.) Nein. Es war sehr interessant, was du gesagt hast und ich hoffe, es

wird von allen goutiert, dass ich dich eine Minute länger hab reden lassen. So, als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abg. Schwarz. Ich werde auch bei ihr sehr großzügig sein.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, freu mich, auch Mühlviertler aus dem Bezirk Rohrbach begrüßen zu können! Ja, es ist schon viel gesagt worden von meiner Vorrednerin, darum kann ich es ein bisserl kürzer machen.

Ich glaube, der Start der Medizinfakultät in Oberösterreich ist sehr gut gelungen. Es ist nicht nur für Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, sondern auch für andere Bundesländer, aus anderen Ländern ein interessanter Studienort geworden. Interessant deshalb, warum, weil wir die Chance auch haben, das Curriculum, den Studienlehrplan auch neu zu schreiben, neue Akzente zu setzen, auch im Sinne der beiden Forschungsschwerpunkte, die wir in Oberösterreich haben.

Das heißt, wir haben hier eine sehr praxisnahe Ausbildung, auch praxisnah im Sinne der Tätigkeiten eines Allgemeinmediziners in der freien Praxis, als Hausarzt, als Hausärztin und das ist eine riesengroße Chance, die wir eigentlich nutzen müssen und dringend auch den Lehrstuhl für Allgemeinmedizin ausschreiben, was mir von der Medizinfakultät, von der JKU auch versprochen wurde, weil das ist der nächste wichtige Schritt neben der sehr praxisnahen Ausbildung innerhalb den Ordinationen, die mittlerweile dreißig Tutoren haben, braucht es natürlich auch im Lehrplan und in der Krankenhausausbildung den Schwerpunkt Allgemeinmedizin.

Wir brauchen natürlich neben mehr Studienplätzen, wo wir natürlich sehr gerne wieder unterstützen, auch diese Forderung bessere und weitere Schwerpunktsetzungen in der Versorgung und auch in dem Arbeitsumfeld der Medizin. Da haben sich einfach auch die Berufsbilder, die Wünsche verändert. Wie legt man so eine Praxis an? Wieviel Stunden will ich arbeiten? Und da sind uns viele Dinge gelungen, sprich auch diese hausärztliche Notdienstregelungen, die wir gemeinsam mit den Kassen, vor allem aber auch mit den Rot-Kreuz-Organisationen, die uns die Fahrdienste machen, einen wesentlichen Schritt gesetzt haben, das sich junge Ärztinnen und Ärzte auch genau für diesen Bereich interessieren.

Daher werden wir genau dieser Forderung, sowohl dringlich, als auch inhaltlich zustimmen und ich danke für die Initiative weiter. Danke. (Beifall) Ich hab dir zwei Minuten reingespart. (Zwischenruf Abg. MR Prim. Dr. Povysil: „Danke!“)

Zweiter Präsident: Die Ulli hat mehr eingespart, als du verbraucht hast. Sozusagen namens der Frau Dr. Povysil Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Bauer.

Abg. **Bauer:** Sehr geschätzter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und im Internet! Lieber Walter Aichinger, danke für den Vortritt, den du mir bei der Wortmeldung jetzt gelassen hast, aber ich denke auch mit der Absicht, dass du vielleicht auf meine Wortmeldung jetzt auch replizieren kannst. (Zwischenruf Abg. Pühringer: „Das glaube ich nicht!“ Zwischenruf Abg. Prim. Dr. Aichinger: "Das kannst du annehmen!") Siehst du, ich hab es gewusst, aber das passt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Den vorliegenden Vierparteien-Antrag werden wir natürlich unterstützen, weil viele Fakten dafür sprechen, dass es diesen gravierenden

Ärztmangel mit Sicherheit in einigen Jahren geben wird. Er ist ja auch jetzt schon merklich spürbar. Stichwort: Lange Wartezeiten in den Arztpraxen. Die ärztliche Versorgung des ländlichen Raumes ist zunehmend gefährdet und ganz generell denke ich mir, ist es ja unsere Aufgabe, die gesundheitliche Versorgung in ganz Oberösterreich sicherzustellen.

Nun ist es sehr erfreulich, dass es seit dem Jahr 2014 eine Medizinische Fakultät in Linz gibt und somit einen vierten Ausbildungsstandort in Österreich und selbstverständlich unterstützen wir die Forderung, die Anzahl der Studienplätze an den österreichischen Universitäten aufzustocken, keine Frage. Jedoch, das alleine wird nicht genügen, unserer Meinung nach sind da noch andere Faktoren ausschlaggebend, warum viele unserer Medizinstudiumabsolventinnen und Medizinstudiumabsolventen ins Ausland abwandern.

Zum einen muss die Quotenregelung, die Ende 2016 ausläuft, weiterverlängert werden. Dazu wird gerade der diesbezügliche Antrag der Bundesregierung in Brüssel geprüft und eine weitere Maßnahme, die Rahmenbedingungen sollten unbedingt attraktiver gestaltet werden.

Österreich hat nicht zu wenig Ärzte, sondern gerade für junge Ärztinnen und Ärzte zu wenig zu bieten und da darf es uns nicht wundern, wenn viele von ihnen ins Ausland flüchten. Wir produzieren sozusagen Wirtschaftsflüchtlinge auf hohem Niveau.

Das belegen auch die Daten der Gesundheitsstatistik der OECD, demnach Österreich mit 19,9 Absolventinnen und Absolventen der Humanmedizin je 100.000 Einwohner an der Spitze der OECD liegt. Aber ich hab es ja bereits eingangs erwähnt. Nach dem Studium entscheiden sich eben viele Studentinnen und Studenten dazu, Österreich zu verlassen, weil sie in anderen Ländern einfach bessere Arbeitsbedingungen vorfinden, als bei uns, das ist Faktum.

Um das zu konkretisieren, da sind zum Beispiel die schlechten Bedingungen in der Basisausbildung beziehungsweise in weiterer Folge dann im klinisch praktischen Jahr die Ursache, warum sich viele Jungärzte außerhalb Österreichs beruflich orientieren. Es müssen endlich Anreize geschaffen werden, damit mehr Absolventinnen und Absolventen der Humanmedizin auch nach ihrem Studium in Österreich bleiben. Eine Möglichkeit wäre, die Basisausbildung aufzuwerten und doppelt an die Pension anzurechnen. Das wäre zum Beispiel ein gerechter Ausgleich für das weiterhin unterbezahlte und nicht an die Pension anrechenbare klinische praktische Jahr.

Eine weitere Möglichkeit wäre, dass man den Jungärztinnen und –ärzten in der Basisausbildung die gleichen Vergünstigungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln zukommen lässt wie den Studierenden oder eine Möglichkeit, um dem Ärztemangel im ländlichen Raum entgegenzuwirken, wäre zum Beispiel, dass die Medizinabsolventinnen und –absolventen bei der Gründung von Arztpraxen unterstützt werden, in welcher Form auch immer, das wäre eigentlich Aufgabe der Ärztekammer, hier die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen, denn nur aufzuzeigen, dass wir einen Ärztemangel haben, aber nichts ausreichend dafür zu tun, das ist, wie man sieht, zu wenig.

Wie gesagt, laut OECD-Studie haben wir genug Absolventinnen und Absolventen der Humanmedizin. Wir können nur mit entsprechenden Rahmenbedingungen die Voraussetzungen schaffen, dass sie hier bei uns in Österreich auch arbeiten wollen. Nichtsdestotrotz, wir werden natürlich dem Antrag und der Dringlichkeit die Zustimmung geben. Danke schön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Aichinger.

Abg. Prim. **Dr. Aichinger:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte langjährige Mitstreiter im oberösterreichischen Feuerwehrwesen! Betrachten Sie meinen Beitrag gewissermaßen als Katharsis, als Beitrag zu meinem eigenen Seelenheil, denn als Gesundheitssprecher macht man über die Jahre eine sehr wechselvolle Rolle und Aufgabe durch.

Einmal darf man, muss man Kostensteigerungen kritisieren. Einmal muss man sie verteidigen. Einmal muss man alte Strukturen verteidigen und neue geplante kritisieren und auch umgekehrt, aber es ist mir bewusst, dass Gesetze, Verordnungen und Normen natürlich alle nur Töchter der Zeit sind und dass daher auch die Bewertung dieser Dinge einem gewissen Wandel unterliegt.

So ist es auch bei der Zahl der Ärzte und der Medizinstudenten. Ich darf daran erinnern, wir haben 2008 bereits als Oö. Landtag auf die Veränderungen hingewiesen, die durch das Universitätsorganisationsgesetz 2006 verursacht wurden. 2006 hat nämlich der Bund die Zahl der Medizinstudienplätze deutlich reduziert, das heißt, er hat sie normiert mit zirka 1.620 pro Jahr neuen Studienanfängern für alle öffentlichen österreichischen medizinischen Universitäten festgelegt.

Wir haben damals im Jahr 2008 als Landtag gemeinsam mit der Sanitätsdirektion darauf hingewiesen, dass das bedeutet, dass wir im Jahr 2012, 2013 beginnend, einen deutlichen Engpass bei den Turnusärzten haben werden. Wir haben darauf hingewiesen, dass wir beginnend ab dem Jahr 2014, 2015 pro Jahr in Oberösterreich bis zu 185 fertig ausgebildete Ärzte, Fachärzte brauchen, um nur den Stand zu halten, schon vorausblickend auf die demographischen Entwicklungen auch innerhalb der Ärzteschaft.

Leider Gottes, damals 2008, wo noch die Möglichkeit gewesen wäre, zu reagieren, haben uns die Vertreter des Bundes und ich verhehle nicht, zu sagen, auch die Vertreter der Ärztekammer, auf gut oberösterreichisch, vielleicht ein bisserl für verrückt erklärt. Ich kann mich auch noch an Äußerungen des damaligen Gesundheitsministers Stöger erinnern, der uns als oberösterreichische Abgeordnete, die wir in der Verantwortung für dieses Land diese Zahlen auch veröffentlicht haben, ja, zumindest eine böse Absicht unterstellt hat.

Das heißt, die Entwicklung, wie sie jetzt ist, haben wir in Oberösterreich erkannt und haben alle verantwortlichen Stellen darauf hingewiesen. Wenn jetzt seitens des Bundes plötzlich die Erkenntnis da ist, da muss etwas geschehen und wenn ein Sektionschef Auer meinte, man muss die Grundrechnungsarten beherrschen, um die Lage beurteilen zu können, dann gilt diese Aussage von unserer Seite auch für das Jahr 2008. Dann hätten auch diese verantwortlichen Stellen, diese, unsere Kritik oder unsere Hinweise, nachvollziehen können.

Aber wir haben in Oberösterreich nicht geschlafen. Wir haben darauf hingewiesen, damit wir diese Situation, wie sie jetzt ist, bewältigen können, muss die Ausbildung in der Pflege geändert werden. Tatsächlich nach acht Jahren hat sich der Bund endlich einmal dazu bewegt, dass er zum Beispiel das Tätigkeitsprofil der Pflege entsprechend auch adaptiert hat und ausgeweitet hat, sodass primär ärztliche Tätigkeiten auch von der Pflege übernommen werden können.

Wir haben darauf hingewiesen, dass die Ausbildungsordnung der Ärzte geändert werden muss, um auf diesem Bedarf, auf diesem zukünftigen Bedarf auch entsprechend Rücksicht

nehmen zu können. Der Bund hat auch die Ausbildungsordnung der Ärzte geändert, aber das ist so ein Murks, das ist so ein Murks, dass es himmelschreiend ist und dazu führen wird, dass wir in Zukunft keine praktischen Ärzte mehr haben werden. Denn die Ausbildung eines praktischen Arztes ist nach der neuen Ausbildungsordnung vier Jahre. Die Ausbildungszeit eines Facharztes ist sechs Jahre.

Jetzt soll mir einer erklären, mit welcher Empathie und welcher, wie sollte man sagen, mit welchem Enthusiasmus einer in diese vierjährige Ausbildung gehen muss, mit dem späteren Tätigkeitsfeld als praktischer Arzt, wählt doch jeder die Ausbildungszeit zum Facharzt mit entsprechend anderem Einkommen, entsprechender anderen, wie es so schön heißt Work-Life-Balance. Aber das sind die Fakten, wie wir sie derzeit haben, wir haben in Oberösterreich auch gehandelt, dort wo wir jetzt etwas machen konnten. Ich erinnere nur, es ist heute schon gesagt worden, hausärztlicher Notdienst, eine wirklich segensreiche Einrichtung, die wir als einziges Bundesland so haben, es auch ermöglicht, damit im flachen Land die praktischen Ärzte mit einer gewissen Lebensqualität ihrer Aufgabe nachgehen. Alleine diese Forderung nach mehr Medizinstudenten ist ja auch von den Landesgesundheitsreferenten beschlossen worden, es ist auch an den Bund getragen worden. Es gibt heftigen Widerstand seitens der Universitäten, das sei schon gesagt, Faktum ist, wie gesagt, dass bei all diesen Forderungen eines ganz wichtig ist, dass die 25-Prozent-Quote in den Ausbildungen für Ausländer bleibt, denn wenn das aufgemacht würde, dann bedeutet das, dass noch weniger Ärzte in Oberösterreich bleiben. Wir haben in Oberösterreich alles unternommen, dass die Studenten, die in Oberösterreich oder in Österreich studieren und aus Oberösterreich kommen, auch in Oberösterreich tatsächlich wieder ihre Aufgabe aufnehmen. Das greift, das zeigt schon die besten Erfahrungen, die wir in den letzten Monaten hier gemacht haben, Faktum ist auch, dass die Dringlichkeit, die wir heute beschließen, frühestens im Jahr 2028 bzw. im Jahr 2030 Erfolge zeigt, selbstverständlich ist bei einem derartigen Zeitraum dieser Beschluss dringlich. (Beifall)

Zweiter Präsident: Die beiden Medizinmänner haben fast gleich stark überzogen, daher ist es egal, aufgrund ihrer Kompetenz sei ihnen diese zusätzliche Zeit zuerkannt. Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor, ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die zur Dringlichkeit der Beilage 272/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 273/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 273/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Bestbieter- und Billigstbieterprinzip bei der Vergabe von Verkehrsdienstleistungen. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 273/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Verehrter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Feuerwehrkameraden, Ehrendienstgrade von Oberösterreich, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Zu dem Antrag Bestbieter- statt Billigstbieterprinzip bei der Vergabe von Verkehrsdienstleistungen, der Oberösterreichische Landtag möge beschließen, er wird aufgefordert, bei zukünftigen Vergaben von Verkehrsdienstleistungen nach dem Bestbieterprinzip statt dem Billigstbieterprinzip vorzugehen. Insbesondere die sozialen und ökologischen Qualitätskriterien des Leitfadens des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie verpflichtend anzuwenden.

Die Begründung ist natürlich die, die gängige Vergabepaxis bei den Ausschreibungen von Verkehrsdienstleistungen erfolgt in der Regel, dass der Zuschlag an den Billigstbieter erteilt wird. Das hat zur Folge, dass qualitativ hochwertige und sozial verantwortungsbewusste Unternehmen, die auf arbeits- und sozialrechtliche Normen wie Sicherheit, umwelttechnische Mindeststandards, Ausbildungsqualität der Mitarbeiter, Barrierefreiheit, die Beachtung aller arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Bestimmungen, einschließlich der geltenden Kollektivverträge und die Frauenförderung vorbildlich Wert legen, dass sie benachteiligt werden können. Im Leitfaden des Bundesministeriums für soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe von Busdienstleistungen ist dies angeführt, es sind in diesem Leitfaden die Kriterien enthalten, dass im Vergabeverfahren auch auf die Beschäftigung von Frauen, Personen im Ausbildungsverhältnis, Menschen mit Behinderungen und älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern hier Bedacht genommen werden soll. Es ist, glaube ich, wichtig, hier diesen Schritt zu gehen, bei der Feuerwehr werden auch nicht nur nach dem Billigstbieterprinzip die Feuerwehrautos angenommen, sondern hier sind 50, 60 Prozent der Preis, dann die Ausstattung und die anderen Maßnahmen werden angeführt.

Aber auch mit der Kollegin vom steirischen Landtag, die Verkehrssprecherin bzw. die Vorsitzende vom Verkehrsausschuss hat mir eine Regierungsvorlage gesendet, da heißt es auch, bei der letzten Ausschreibung im Juli 2016 beim Bündel Schladming zum Beispiel, die bisher von der ÖBB-Bus GmbH erbrachten Verkehrsdienstleistungen in einem wettbewerblichen Verfahren an den Bestbieter neu zu vergeben. Die Betriebsaufnahme soll mit dem Sommerferienbeginn 2017 erfolgen, die Leistungserbringung entsprechend der angestrebten Harmonisierung in der Konzessionslaufzeit aller Verkehrsunternehmen, ist zur Bündelung des Sommerbeginns 2017 vorgesehen. Wer dies nicht einhält, steht auch noch die Einhaltung von sozial- und arbeitsrechtlichen Standards, das ist Grundvoraussetzung für die Zulassung des Bieters, wer dies nicht unzweifelhaft nachweisen kann, wird vom Bieter ausgeschlossen.

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir hier diesen Beschluss fassen, denn es geht um faire Vergaben im öffentlichen Verkehr, denn es wäre im Sinne der Unternehmer und Unternehmerinnen und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Danke sehr. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Handlos.

Abg. **Handlos:** Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Zuseher auf den Zuschauerrängen und zu Hause vor dem Internet, sehr geehrte Damen und Herren der SPÖ! Anhand von nur zwei Punkten wird klar, warum wir hier eine Dringlichkeit nicht unterstützen können. Sie schreiben, der öffentliche Verkehr soll in die Aufzählung jener Auftragsvergaben aufgenommen werden, bei denen der Zuschlag nach dem Bestbieterprinzip zu erfolgen hat. Ja, eines dürfte Ihnen aber entgangen sein bei dieser Geschichte, werter Kollege Rippl, seit dem Jahr 2008 werden ausschließlich alle Vergaben nach dem Bestbieterprinzip durchgeführt, und zwar seit dem Jahr 2008, was den OÖVV betrifft. Ein gewisser Herr Entholzer als Vorgänger von Landesrat Steinkellner dürfte Ihnen noch in Erinnerung sein. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Darum wissen wir es so genau!“) Eben darum verstehe ich es nicht, warum Sie es so in den Antrag hineingeschrieben haben, der Herr Makor wird sicher Gelegenheit finden.

Der zweite Punkt, Kollege Rippl, zulässige Qualität, Umwelt und Sozialkriterien sind konkret zu nennen, da geht es, Kollege Rippl, hat es angesprochen, um barrierefreie Sicherheit, Umwelt, technische Mindeststandards, Ausbildungsqualität und Frauenförderung, da bin ich

vollkommen bei Ihnen, das ist ganz, ganz wichtig. Nur muss man auch festhalten, diesbezügliche Anforderungen sind durch bestehende gesetzliche Regelungen ganz klar determiniert, und sie müssen ohnehin eingehalten werden. Mir fällt hier zum Beispiel ein, das Behindertengleichstellungsgesetz, das Kraftfahrzeuggesetz, andere Sozialgesetze und die Kollektivverträge. Sollte es darüber hinaus weitere Kriterien geben, die der Bund verpflichtend vorschreibt, muss man sich natürlich auch Gedanken machen über die Kostenfolgen für die Länder, und wer diese etwaigen Mehrkosten übernehmen wird?

Zusammenfassend kann man im Endeffekt nur festhalten, nachdem die Vergabeverfahren bereits bisher und auch in Zukunft ausschließlich, ich betone noch einmal ausschließlich, nach dem Bestbieterprinzip durchgeführt wurden und werden, der weitaus überwiegende Teil der Qualitätskriterien aus dem Leitfaden des BMVIT bereits ohnehin Berücksichtigung findet, bisher keine, das ist ein ganz wesentlicher Punkt, bisher auch keine Verfahrenseinsprüche erfolgt sind, ist eine dringliche Beschlussfassung für den Landtag nicht gegeben. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Raffelsberger.

Abg. Bgm. **Raffelsberger:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Feuerwehrfunktionäre auf der Galerie! Ich muss für mich persönlich vorab gleich einmal festhalten, dass ein derartiges, durchaus komplexes Thema für einen Dringlichkeitsantrag aus meiner Sicht nicht geeignet ist, dass wir da als Abgeordnete ohne vorherige Information oder Beratung abstimmen sollten, halte ich für nicht besonders zielführend. Eine derartige Entscheidung, denke ich, sollte im Vorfeld entsprechend beraten, hinterleuchtet und vor allem hinterfragt werden.

Gerade in meiner Funktion als Bürgermeister bin ich in den verschiedensten Bereichen sehr oft damit konfrontiert, dass ich nach vor allem ökonomischen Grundsätzen Entscheidungen treffen muss, ökonomisch heißt einmal das Billigstbieterprinzip, das verfolgt man auch, wenn man nicht das Billigstbieter-, sondern das Bestbieterprinzip anwenden möchte. Auch wenn hier selbstverständlich auch ganz genaue und exakte Qualitätskriterien festgelegt werden, ist der Handlungsspielraum für die Entscheidungsträger vor allem bei uns in der Gemeinde doch ein sehr kleiner, eine verstärkte Berücksichtigung von ökologischen und vor allem von sozialen Aspekten wäre durchaus oder ist durchaus angebracht. Da stehe ich auch voll und ganz dahinter, das wird auch gemacht über weite Bereiche, aber ich denke, dass es auch nicht allheilbringend ist. Das Wesentliche sind aus meiner Sicht die Zuschlagskriterien, diesen kommt bei den Vergabeverfahren die größte Bedeutung zu, weil sie maßgeblich entscheiden, welchem Auftragnehmer der Auftrag und der Zuschlag erteilt wird. Bei der Festlegung der Zuschlagskriterien ist daher größte Sorgfalt geboten, umso mehr, wenn der Zuschlag nach einem Bestbieterprinzip erfolgen soll.

Das Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie hat diesbezüglich einen Richtlinienkatalog herausgegeben, dieser Katalog dient als Hilfestellung insbesondere auch im Hinblick auf ökologische und soziale Kriterien. Der Auftraggeber, das möchte ich da schon auch erwähnen, ist aber in keinsten Weise daran gebunden und verpflichtet, solche Kriterien in seiner Ausschreibung aufzunehmen. Ich bin aber schon der Ansicht, dass es aus Auftraggebersicht sehr vernünftig ist und sehr gescheit bei Ausschreibungen, wo solche Kriterien vorgesehen sind, diesen Empfehlungen zu folgen. Kriterien wie beispielsweise Barrierefreiheit, Sicherheit, umwelttechnische Mindeststandards, Ausbildungsqualität der Mitarbeiter und so weiter, sollten in einem Land wie Oberösterreich ohnehin selbstverständlich sein, soweit ich das einschätzen kann, ist es auch selbstverständlich in unserem Land. Was mir zur Entscheidungsfindung auf jeden Fall fehlt, ist eine genaue

Gegenüberstellung aller Vor- und Nachteile und auch die Einschätzung, wie sich das für unser Land, für die Vergaben auswirken könnte. Daher können wir dem Antrag auf Zuerkennung der Dringlichkeit so nicht zustimmen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mayr.

Abg. **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ein funktionierendes Bussystem ist essenziell für unser Bundesland, tausende Menschen fahren täglich durch unser Land, wenn es um unseren Weg zum Arbeitsplatz, zur Freizeit, zum Einkaufen, zur Schule, zur Universität geht, darum muss Oberösterreich aus unserer Sicht eine ganz besondere Verantwortung einnehmen. Eine Verantwortung aber nicht nur gegenüber den Fahrgästen, sondern im besonderen Maße eine Verantwortung gegenüber der Umwelt und im besonderen Maße, dahingehend verstehe ich auch den Antrag der SPÖ, eine besondere Verantwortung gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in diesen Unternehmen. Sie werden wissen, dass gerade in dieser Branche die Personalkosten verhältnismäßig hoch sind, weil es sehr, sehr personalintensiv ist und dadurch besondere Herausforderungen entstehen eben bei Ausschreibungen, bei Vergaben, nämlich auch aus Sicht des Landes, dass wir sagen, da besteht eine besondere Verantwortung auch gegenüber den Menschen, die dort arbeiten.

Es gibt jetzt diesen Leitfaden, der angesprochen worden ist, ich versuche da zu vermitteln zwischen dem vielleicht konstruierten Missverständnis, das da heute schon aufgekommen ist. Ich habe die SPÖ-Fraktion nicht so verstanden, als ob es da nichts gäbe, im Gegenteil es hat auch der frühere Landeshauptmann-Stellvertreter Entholzer immer sehr, sehr deutlich darauf hingewiesen, dass aus seiner Sicht Oberösterreich da schon einen Schritt weiter ist als auch andere Bundesländer. Das widerspricht sich nicht mit dem, dass diese Qualitätskriterien, die vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie herausgegeben wurden, ebenfalls in Oberösterreich angewendet werden. Aus meiner Sicht geht man damit schon noch einen Schritt weiter, als man bisher in der Vergabepaxis gegangen ist. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Wollen die Grünen ISO 9001 anwenden und die SPÖ, wollt Ihr das, das ist die Frage, wollt Ihr das?“) Herr Landesrat, ich täte vorschlagen Sie melden sich nachher noch zu Wort. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Das darf ich nicht laut Geschäftsordnung!“) Wenn die Dringlichkeit angenommen worden ist, da gibt es total viele Möglichkeiten, dass wir das im Detail auch am Nachmittag noch besprechen. Es geht dabei um arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Bestimmungen, inwieweit wir diese einfließen lassen und zwar bis zu welcher Tiefe, da geht es darum, inwieweit werden Kollektivverträge da auch bei Ausschreibungen rückwirkend kontrolliert? Inwieweit kann man sicherstellen, dass auch das Gleichbehandlungsgesetz mit der gleichen Bezahlung von Männern und Frauen in der Vergangenheit angewandt wurde, inwieweit kann man auch sicherstellen, das ist ebenfalls ein essenzieller Punkt, dass ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht als allererstes vom Arbeitsmarkt gedrängt werden?

Es geht auch um andere Punkte, es geht um die Zuverlässigkeit von Bus-Verbindungen, es geht um Pünktlichkeit, es geht um Sauberkeit, es geht um Komfort und ökologische Gründe. Es geht auch um CO₂-Emissionen, um NO_x-Emissionen, es geht genauso um Lärm und Treibstoffverbrauch, das alles sind Punkte, die man sich auch aus unserer Sicht anschauen muss, wenn man diese Linien vergibt. Es ist auch völlig klar, dass diese Kriterien auch eingehalten werden müssen, dass man da jetzt nur ein ökologisches und soziales Mascherl drauf tut, das kann es natürlich nicht sein, das bringt uns keinen Meter weiter, aber es geht um die Verantwortung, die wir gegenüber den Fahrgästen haben, gegenüber den

Kundinnen, gegenüber der Umwelt. Da ist schon viel passiert, da hat der Kollege aus der FPÖ durchaus Recht, es ist ja nicht so, dass da gar nichts existieren würde, aber es gibt hier einen Kriterienkatalog, der aus meiner Sicht sehr, sehr stimmig ist, der daher auch angewandt werden sollte. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor, ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 273/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist, ich weise diese Beilage dem Ausschuss für Infrastruktur zur Vorberaterung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 274/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberaterung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Übernahme von Krankenversicherungskosten für MindestsicherungsbezieherInnen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich, ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Binder, Klubobmann ist er noch nicht, aber wer weiß, ob er es einmal wird. Was ma jo net! (Zwischenruf Abg. KO Makor: „I hob jo nix g’sogt!“ Heiterkeit.)

Abg. Peter **Binder:** Danke Herr Präsident, ich bin ja noch jung, und mein Klubobmann auch. (Zwischenruf Abg. KO Makor: unverständlich) Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen im hohen Haus, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Das hat jetzt etwas lustig begonnen dieser Einstieg, aber das Thema, über das wir uns unterhalten wollen und dringlich müssen, ist ein sehr ernstes.

Am 1. Dezember 2010 ist in Österreich eine Vereinbarung nach Art. 15a Bundes-Verfassungsgesetz in Kraft getreten über eine bundesweite bedarfsorientierte Mindestsicherung. Das war damals ein echter sozialpolitischer Meilenstein, weil diese 15a-Vereinbarung neun unterschiedliche landesgesetzliche Regelungen zur Sozialhilfe abgelöst hat. Wir haben es damals miteinander in diesem Land geschafft, gemeinsam die Standards, die Rechte und Pflichten für die Erbringung und die Inanspruchnahme von sozialer Hilfe weitgehend in Österreich zu harmonisieren.

Wesentliche Neuerungen dieser bedarfsorientierten Mindestsicherung waren damals unter anderem die stärkere Heranziehung des Arbeitsmarktservices bei der Organisation dieser sozialen Hilfe oder zumindest bei der Organisation der Antragstellung. Das zeigt auch, dass es damals wichtig war, dass man die Integration der Betroffenen in den Arbeitsmarkt oder die Reintegration der Mindestsicherungsbezieher in den Arbeitsmarkt deutlich in den Mittelpunkt gestellt hat.

Eine zweite wesentliche Verbesserung war die Einbeziehung der Mindestsicherungsbezieher in die gesetzliche Krankenversicherung. Warum war das so wichtig? Weil damit eine ganz wesentliche Stigmatisierung dieser armen Menschen weggefallen ist und damit der zweite wichtige Fokus, nämlich die Reintegration in die Gesellschaft in den Mittelpunkt der Hilfestellung gerückt ist. Und auch für die Gemeinden bzw. Gemeindeverbände war diese bundesweite Mindestsicherung eine Hilfestellung, eine Verbesserung.

Es ist nämlich zu einer echten Entbürokratisierung gekommen durch den Wegfall von aufwändigen Sozialhilfekrankenscheinen und, ja, auch zu einer gerechteren Finanzierung, weil die teuren Sonderkrankenversicherungen entfallen sind.

Jetzt wissen wir, dass diese 15a-Vereinbarung mit 31. Dezember 2016 auslaufen wird. Und Medienberichten zu Folge ist die notwendige Verlängerung dieser Vereinbarung vor allem am Widerstand der Länder Oberösterreich und Niederösterreich gescheitert. Mit dem Auslaufen dieser Vereinbarung würde aber mit Jahresende auch die bisherige unbürokratische und kostengünstige Regelung zur Einbeziehung der MindestsicherungsbezieherInnen in die gesetzliche Krankenversicherung fallen. Die dadurch wieder entstehenden Mehrkosten, die bis zum Vierfachen der bisherigen Krankenversicherungskosten ausmachen würden, würden die ohnehin angespannte Lage vieler Gemeinden zusätzlich verschlechtern.

Das widerspricht diametral dem Versprechen, dass die schwarz-blaue Koalition in diesem Haus den Gemeinden noch vor dem Sommer gegeben hat. Nämlich, dass die Kosten für die Mindestsicherung durch das neue Oberösterreichische Mindestsicherungsgesetz ja nicht steigen sollen, weil wir das soziale Netz sichern wollen und die Gemeinden nicht mehr belasten können.

Daher hat man ja diese inhumanen Kürzungen vorgenommen, daher hat man Symbolpolitik auf dem Rücken der Ärmsten und Kinder betrieben mit dieser Begründung, dass die Mindestsicherungskosten nicht steigen dürfen. Wir haben diese Debatte hier ausführlich geführt. Es zeichnet sich nun ab, dass unsere Prophezeiungen, dass die Symbolpolitik ihre fadenscheinigen Früchte nicht tragen würde, nun schneller eintreten als erwartet.

Ich habe aber nur eine Bitte und einen Wunsch, lassen Sie nicht unsere Gemeinden die Zeche für diese verlorengegangene Symbolpolitik zahlen. Stimmen Sie zu, dass das Land Oberösterreich, das für diese Regelung und für diesen eintretenden Zustand ja die Hauptverantwortung trägt, die Zusatzkosten, die durch ein Auslaufen der 15a-Vereinbarung entstehen würden, nicht den Kommunen und Sozialhilfeverbänden aufbürdet, sondern selber übernimmt. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Wall.

Abg. **Wall:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Die aktuelle 15a-Vereinbarung zur Mindestsicherung sieht, wie wir schon gehört haben, eine Kostenbeteiligung des Bundes bei den Krankenversicherungskosten für die Mindestsicherungsbezieher vor.

Zur Veranschaulichung, im ersten Halbjahr 2016 beliefen sich diese Kosten für Oberösterreich auf rund 1,1 Millionen Euro, basierend auf einer Sonderprämie von zirka 70 Euro pro Monat für die Mindestsicherungsbezieher. Dass die Bund-Länder-Vereinbarung mit Jahresende ausläuft, ist lange bekannt. Die Verhandlungen zu einer Verlängerung haben allerdings spät begonnen und keine Einigung gebracht, so wie es jetzt aussieht.

Zu diesem Ausgang beigetragen hat vermutlich auch eine gewisse Realitätsferne und Mutlosigkeit bei manchen beteiligten Verhandlern. Oberösterreich ist hier Dank ÖVP und FPÖ einen Schritt vorausgegangen. Andere werden sich an uns orientieren. Niederösterreich, so hören wir, hat heute, oder wird heute ebenfalls eine Änderung bei der Mindestsicherung beschließen. Burgenland hat entsprechende Signale gesendet. Auch von

Salzburg hören wir Ähnliches. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Und in Wien hausen sie ab!“)

Ob nun der Bund weiterhin Kosten für die Krankenversicherung übernimmt bzw. wie eine Folgeregelung von den Ländern ausschaut, ist mit dem Bund bzw. mit der Sozialversicherung auszuverhandeln. Da ist unter anderem auch unsere Soziallandesrätin in der Ziehung. (Zwischenruf Abg. Kaineder: Das ist eine Frechheit!) Wir lesen in der Pressekonferenzunterlage von Frau Landesrätin Gerstorfer, dass sie nicht bereit ist, eventuell anfallende Mehrkosten aus ihrem Budget zu tragen. (Zwischenruf Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer: unverständlich) Mit dem interessanten Hinweis (Unverständliche Zwischenrufe, Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Schön sprechen!“). Ich wiederhole, es ist meine Redezeit, in der PK-Unterlage lese ich, Frau Landesrätin Gerstorfer ist nicht bereit, eventuell anfallende Mehrkosten aus ihrem Budget zu tragen, mit dem Hinweis, das würde zu Lasten von behinderten und alten Personen gehen.

Das ist bemerkenswert. Die SPÖ sollte nämlich einmal die Tatsache anerkennen, dass die enorme Belastung unseres Sozialsystems, so wie zum Beispiel die Kostensteigerungen bei der Mindestsicherung aufgrund der geduldeten illegalen Einwanderung natürlich zu Lasten unserer Behinderten und Pflegebedürftigen geht. (Beifall)

Im vorliegenden Antrag werden mögliche Mehrkosten bei der Mindestsicherung von 10 Millionen Euro genannt. Ich halte das für nicht sehr realistisch, weil das würde dem vollen Beitragssatz entsprechen, der wahrscheinlich nicht zum Tragen kommen wird. Aber trotzdem sehen wir dem gegenüber ein Kostendämpfungspotential. Stellen wir diesen 10 Millionen Euro gegenüber, das von der Finanzdirektion errechnete Einsparungspotenzial von bis zu 70 Millionen Euro bis 2019 durch die von uns beschlossene Mindestsicherung Neu. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Was bleibt dann noch über, wenn das stimmen täte?“)

Daraus sehen Sie also, dass den Schuldzuweisungen in Ihrem Antrag jede Grundlage fehlt. Wenn man nämlich nach dieser Logik argumentieren, (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das ist ein Rechenfehler!“) lieber Herr Klubobmann, wenn wir nach dieser Logik argumentieren, müsste es nämlich so sein, dass die Einsparungen, die wir bei der Mindestsicherung Neu erzielen werden, beim Sozialbudget dann heruntergerechnet werden. Wenn wir das jetzt hinaufrechnen sollen. (Beifall)

Tatsache ist, die SPÖ hat bislang die Umsetzung dringender Reformmaßnahmen verweigert, fordert aber ständig mehr Geld. So ist es. Eine Dringlichkeit sehen wir bei diesem Antrag nicht. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Hattmannsdorfer. Er hat es.

Abg. **Mag. Dr. Hattmannsdorfer:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte ZuseherInnen auf der Zuschauertribüne und im Internet, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zu Beginn möchte ich in Erinnerung rufen, dass wir alle ein gemeinsames Ziel haben, nämlich das soziale Netz in Oberösterreich nachhaltig abzusichern. Und dass wir in dieser Frage alle auch gemeinsam an einen Strang zu ziehen haben. Und dazu zählt vor allem die Reform der bedarfsorientierten Mindestsicherung (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Durch Aufknöpfen des Netzes!“) wo wir als Bundesland Oberösterreich als erstes gehandelt haben und damit auch in der bundesweiten Debatte den Takt vorgeben. (Beifall)

Ich halte die Drohgebärde, die sich heute hinter diesem SPÖ-Antrag befindet, weder für zielführend noch für sinnvoll. Es kann wohl nicht sein, dass ein aus Oberösterreich stammender Sozialminister keinen besseren Einfall hat, wenn es um die Absicherung des Sozialsystems geht, als sein eigenes Bundesland zu bestrafen und damit auch alle anderen Bundesländer. Und für mich ist ganz klar, dass sich die Abgeordneten heute hier die Frage stellen müssen, sitzen sie heute hier in Vertretung des Landes Oberösterreich oder sitzen sie heute hier, um ihrem Parteikollegen Bundesminister Stöger die Stange zu halten? (Unverständliche Zwischenrufe)

Für mich ist ganz, ganz klar, dass wir in Oberösterreich den Weg vorangegangen sind, und dass es heute darum geht, diesen Weg auch zu verteidigen. Denn erstens, die SPÖ stellt sich heute ja nicht nur mit dem Stöger-Vorschlag gegen Oberösterreich, sondern gegen alle Bundesländer. Am meisten betroffen wäre ja bei der Streichung der Krankenversicherungskosten nicht Oberösterreich, sondern die Bundeshauptstadt Wien. Und ich mag mir einmal anschauen, was ein Bürgermeister Häupl dazu sagt, wenn die Stöger-Vorschläge umgesetzt werden sollen. Ich mag mir anschauen, was der Herr Landeshauptmann Niessl dazu sagt, wenn die Stöger-Vorschläge umgesetzt werden. Oder auch was auch Landeshauptmann Kaiser dazu sagt.

Also, anstatt abzulenken von der Notwendigkeit der Reform der Mindestsicherung, sollte sich eigentlich die SPÖ Oberösterreich heute dafür stark machen, dass der Weg Richtung gemeinsame Verhandlungen, dass der Weg in Richtung Neuaufsetzung einer 15a-Vereinbarung zur Mindestsicherung wieder eingeschlagen wird. Es kann nicht sein, dass wir in einer Zeit leben, wo Bundesländer dazu gezwungen sind, eigene Wege zu gehen. Wie gesagt Oberösterreich war hier Vorreiter, Niederösterreich beschließt genau in dieser Stunde, (Zwischenruf Abg. KO Makor: unverständlich) lieber Christian Makor, schau dir an die niederösterreichische Landtagshomepage, die beschließen jetzt gerade den oberösterreichischen Weg. Euer ehemaliger Generalsekretär Darabos, jetzt Soziallandesrat im Burgenland, hat auch angekündigt, das Burgenland wird diesen Weg einschlagen. Und ich behaupte, lieber Peter Binder, auch die SPÖ Wien wird bald diesem Beispiel folgen. Wenn man sich anschaut, die ganzen Personaldiskussionen in der SPÖ Wien, wo niemand weiß, wie nächste Woche das Parteipräsidium ausgehen wird. Aber eins ist schon ganz klar, die Basis in der SPÖ will auch endlich, dass es zu einem Umdenken kommt. anders kann ich mir diese Personaldebatten in der SPÖ Wien nicht erklären.

Fakt ist, Oberösterreich hat bereits vor dem Sommer Verantwortung übernommen und gehandelt. Uns geht es darum, unser Sozialsystem vor Überlastung zu schützen, uns geht es darum, dass sich Leistung auszahlt, dass sich Arbeit mehr auszahlt als quasi von Sozialstandards abhängig zu sein, und uns geht es darum, ein Signal auszusetzen, dass unsere Sozialstandards nicht der Grund sein können, warum so viele flüchtende Menschen nach Österreich kommen und nicht in andere Länder.

Ich habe angesprochen, dass Niederösterreich, Burgenland uns bereits folgt bzw. folgen wird, dass es in Wien ganz massive Diskussionen darüber gibt, und ich glaube, wir sollten alle daran ein Interesse haben, dass wir nicht ablenken von dieser notwendigen Debatte, mit diesem Antrag, mit diesem Stöger-Vorschlag, sondern dass wir uns alle dafür einsetzen, dass es zu einer Neuregelung der Mindestsicherung auch kommt. Man mag vielleicht, und das gestehe ich auch anderen Parteien und auch der SPÖ zu, man mag in der Ausgestaltung der Mindestsicherung unterschiedlicher Meinung sein. Man mag hier die Für und Wider auch abwägen, aber entscheidend ist, glaube ich, in der Politik, dass man Herausforderungen kennt, und dass man bereit ist zu Verhandlungen.

Und ehrlich gesagt, (Unverständliche Zwischenrufe) der Vorschlag, oder die Drohung von Bundesminister Stöger, wenn ihr nicht so tut wie ich will, streich ich euch einfach das Geld, das kann es ja wohl nicht sein. Ich fordere euch auf, wirkt ein auf euren Sozialminister, dass er wieder zurückkehrt auf den Verhandlungstisch, dass wir eine 15a-Vereinbarung abschließen, wo Länder Differenzierungsmöglichkeit haben. Aber es kann nicht sein, dass ihr heute mit diesem Antrag eurem Minister Rückendeckung gebt, mit seinem Vorschlag, einfach das Land Oberösterreich, sein Heimatbundesland zu bestrafen, weil es nicht in die rote Parteitaktik passt. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Kaineder.

Abg. **Kaineder:** Danke Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt muss ich schnell sprechen, weil die fünf Minuten, das wird jetzt knapp. Als aller Erstes, ich war auch in die bundesweiten Verhandlungen mit eingebunden. Weil, wie Sie sicher wissen, sind die Grünen in fünf Koalitionsregierungen. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „In Oberösterreich nicht mehr!“) Und der letzte Stöger-Vorschlag Herr Kollege, war eine Verschärfung des Oberösterreichmodells. Und die oberösterreichische Landesregierung hat sich diesem Vorschlag verweigert. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Was war verschärfend?“) Also, sich hier herzustellen, und ich bin kein Verteidiger von Bundesminister Stöger, aber sich hier herzustellen, (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Was war sein Vorschlag?“) 520 Euro plus Option, das ist faktisch ein Oberösterreichmodell für Asylberechtigte plus einen Deckel, den wir noch gar nicht haben. Jetzt tun Sie nicht so, als wär der Bundesminister Stöger irgendwo oben gestanden und hätte gesagt, wer mir entgegenkommt (Unverständliche Zwischenrufe). Er ist überall entgegengekommen. (Beifall)

Als Zweites möchte ich noch sagen, die Kollegin Wall hat vorhin den Ball Richtung Soziallandesrätin gespielt. Ich erinnere Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner daran, dass Sie vor der Fernsehkamera gesessen sind und in einem fast süffisanten Ton gemeint haben, man solle doch mit denen verhandeln, die zuständig sind. Sind Sie jetzt zuständig in der Oberösterreichischen Landesregierung oder ist es die Frau Kollegin Gerstorfer? Das hätte ich gern gewusst, weil die Frau Kollegin Gerstorfer immer wieder in Verhandlungen zu schicken und zu Hause ihr sozusagen die Kompetenz dann abzusprechen, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „I mochts net schlecht!“) das ist wirklich die Höhe. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Wir haben ein eindeutiges Gesetz, oder?“)

Und zu dem komme ich jetzt. Wir haben ein eindeutiges Mindestsicherungsgesetz. Ich wollte eigentlich darüber reden, wie das geschah. Es gab eine Resolution, wenn Sie sich erinnern, Herr Dr. Haimbuchner, im Jänner von Schwarz-Blau, dringlich beschlossen, eine Resolution, in der drei von vier Punkten schon so im Mindestsicherungsgesetz gestanden sind. Sie haben nur gegolten für alle, die nicht guten Willens sind. Die Resolution hat gefordert, das soll für alle pauschal gelten.

Und der vierte Punkt, und der ist heute wie gestern schändlich, die Kürzung der Sozialhilfe für Kinder. Hier herinnen von Schwarz und Blau gefordert worden. (Beifall) Danach gab es die Novelle und zu einer Zeit, in der Ihr alle gewusst habt, dass auf Bundesebene diese 15a-Vereinbarung neu verhandelt wird, hat man in Oberösterreich, es ist sogar großmütig angekündigt worden, Fakten geschaffen, und sich danach in Wahrheit dem Diskurs sozusagen verweigert. Und dass Schwarz-Blau mit dieser Novelle in dreifacher Hinsicht Recht gebrochen hat, oder zumindest Vereinbarungen, da gibt es für mich keinen Zweifel. Ihr

habt eine 15a-Vereinbarung, ihr habt sie einseitig gekündigt, es ist EU-Recht gebrochen worden mit dieser Novelle. Das haben alle Rechtsexperten, auch der von der FPÖ, da brauchen Sie nicht den Kopf schütteln, der Professor Mazal ist da drüben gesessen und hat gesagt, das bricht EU-Recht. EU-Recht ist gebrochen worden. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Ihr solltet euch mal über Schengen und über Dublin unterhalten. Das ist ja alles nur sektorale Wahrnehmung des Rechtsstaates, was Sie da machen. Das ist eine marxistische Einstellung!“)

Wir haben in den letzten Wochen ein erstes Ergebnis dieser Vorgehensweise gesehen. Das ganze wird jetzt Geld kosten. 1,1 Millionen Euro war von Frau Kollegin Wall im Raum gestanden, 10 Millionen Euro auf dieser Seite, irgendwo in der Mitte wird es sein. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Das ist eine Strafaktion von Stöger!“) Ich werde sicher nicht den Bundesminister Stöger hier verteidigen, aber Oberösterreich hat sich jedem Diskurs verweigert, Fakten geschaffen, und muss jetzt damit rechnen, dass jedes Jahr uns 5 Millionen Euro, ich nehme jetzt einmal die goldene Mitte, im Budget fehlen. (Unverständliche Zwischenrufe) Ich rede jetzt einfach weiter, weil diesen Diskurs könnt ihr beide nachher führen. Ich rechne das herunter. Von den 70 Millionen Euro, die ihr uns vorgerechnet habt, rechne ich jetzt das mal runter. Vier Jahre, fünf Millionen Euro, sind schon die ersten 20 weg. Das ist das Geld, das wir nicht haben, weil Ihr euch der Diskussion verweigert habt. (Unverständliche Zwischenrufe) Und, dass das Land Oberösterreich seinen Gemeinden das jetzt nicht aufbürdet, das ist meiner Meinung nach ein Muss.

Und eines muss ich auch sagen, die bundesweite Regelung (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: unverständlich) Hören Sie mir einmal zu Herr Kollege, die bundesweite Regelung zur Mindestsicherung hat ja nicht nur den Vorteil gehabt, dass der Bund eine günstige Variante mitfinanziert, es hat für die Betroffenen eine ganz wesentliche Auswirkung gehabt. Weil wenn sich jetzt nichts ändert und wenn wir jetzt nicht handeln und deshalb geben wir diesem Antrag auch die Dringlichkeit, dann muss sich die alleinerziehende Mutter wieder beim Gemeindeamt anstellen, sie muss sich einen extra gefärbten Krankenschein holen, und sie werden wieder gebrandmarkt, die Frauen und die Kinder, die Mindestsicherung beziehen (Beifall) und das kann nicht gewollt sein.

Ich habe noch einen letzten Satz. Ich muss sagen, diese Politik der Kompromissverweigerung und des Hochmutes, ich halte das für eine hochmütige Politik gegenüber den anderen Bundesländern, ist ein sehr großer Schaden für Oberösterreich. Das tut mir leid. Danke! (Beifall. Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Aber Rot-Grün geht sich immer noch nicht aus!“)

Zweiter Präsident: Wollt Ihr noch weiter diskutieren? Gut! Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 274/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 274/2016 dem Sozialausschuss zur Vorberatung zu.

Einen weiteren Dringlichkeitsantrag zur Beilage 268/2016, der im Zusammenhang mit der aktuellen Stunde steht, werden wir unmittelbar im Anschluss an diese behandeln.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zur aktuellen Stunde mit dem Thema "Zukunft Wirtschaftsstandort - Herausforderungen und Perspektiven für Arbeitnehmerinnen,

Arbeitnehmer und Unternehmerinnen, Unternehmer“. Ich erteile der Abgeordneten Frau Mag. Hummer als Sprecherin Ihres Klubs das Wort.

Abg. Mag. Hummer: Geschätzter Präsident, hohes Haus, liebe Gäste hier im Landtag und online! Ich hoffe, dass wir die Emotionen, die jetzt gerade frei geworden sind, wenn es darum geht, Sozialleistungen abzusichern und zu verteilen, dass wir diese Emotionen auch dafür aufbringen können, jene zu unterstützen, die diese Sozialleistungen aufbringen, nämlich die Wirtschaft. Und genau um diesen Themenbereich, nämlich um Wirtschaft und Arbeit, geht es in dieser aktuellen Stunde. Ich weiß zwar, dass im Moment der Blick auf Fakten in der Politik anscheinend nicht so in ist. Nichtsdestotrotz werde ich es mir nicht abgewöhnen und möchte, bevor wir in den Maßnahmenplan und die Ideen unseres Wirtschaftslandesrats einsteigen, auf die Fakten kurz blicken. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Wie geht es dem Wirtschaftsstandort Oberösterreich? Wie steht es mit dem Vertrauen der Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land? Wie steht es um potentielle Investoren? Die aktuellsten Zahlen, die mir vorliegen, und zwar die Ökonomen der Bank Austria, haben in diesen Wochen die neuesten Prognosezahlen veröffentlicht, die bringen eine gute Nachricht. Die Prognose von 1,5 Prozent Wirtschaftswachstum wird heuer erreicht werden, weil wir ein ganz starkes letztes Quartal haben. Die schlechte Nachricht, das Wirtschaftswachstum für 2017 wird von der Bank Austria auf 1,1 Prozent geschätzt. Am Beginn des Jahres habe ich bei meinen Referaten noch von 1,7 Prozent geredet, im September waren die Prognosen von IHS und WIFO noch bei 1,3 und 1,5 Prozent. Jetzt sind wir bei 1,1 Prozent.

Die Inlandsnachfrage ist der einzige Motor, der dieses Wachstum noch hält. Die Inflationsrate soll sich im nächsten Jahr laut dieser Prognose auf 1,8 Prozent verdoppeln, die Arbeitslosenrate wird weiter steigen, in Österreich auf 9,4 Prozent, und der Export wird weiter verhalten sein. Das sind die aktuellsten Zahlen. Das unterstreicht, warum wir heute eine aktuelle Stunde zu diesem Themenbereich hier im Oberösterreichischen Landtag abhalten wollten und ich freue mich, dass wir hier tatsächlich darüber sprechen können, was können wir tun, im Land Oberösterreich, in den Gemeinden, was erwarten wir auch vom Bund, was sich weiter entwickelt?

Gerade diese Zahlen müssen uns als Oberösterreicherin und als Oberösterreicher ganz besonders aufrütteln. Denn wenn der Export weiter schwächeln wird, wenn sich der nicht nach oben entwickelt, dann wissen wir, was das bedeutet für unseren Industrie- und Wirtschaftsstandort. 60 Prozent der Wertschöpfung heißt es immer so schön, wird im Ausland verdient. Das hört sich irgendwie so an, das ist etwas, was wir nicht greifen können. Wertschöpfung, was ist das eigentlich? Ich möchte es übersetzen. 60 Prozent unserer Arbeitsplätze hängen am Export, hängen daran, wie unsere Betriebe mit ihren innovativen Produkten auf den Weltmärkten erfolgreich sein können. Mit dieser Wachstumsrate von 1,1 Prozent hängen uns alle anderen ab. Auch das muss uns klar sein, schon im europäischen Raum.

Das heißt, es geht darum, dass wir alles dafür tun, hier gemeinsam, dass die Unternehmen wieder Vertrauen haben in diesen Standort. Nämlich nur wenn ich Vertrauen habe, dass sich eine Investition lohnt, dann werde ich sie auch tätigen. Wenn ich Vertrauen habe, wenn ich heute investiere, dass ich morgen etwas damit verdienen kann, dann werde ich investieren und dann werde ich Arbeitsplätze schaffen. Da können wir auch in Oberösterreich ein richtiges Vertrauens- und Erfolgspaket schnüren, sodass sich unsere Betriebe in unserem

Land sich auch wirklich wieder weiterentwickeln können und dass diese bescheidenen Wachstumsraten hoffentlich übertroffen werden.

Marketing alleine wird hier nicht reichen, sondern da geht es schon um das Eingemachte, was sich unsere Betriebe erwarten. Wir als Wirtschaftsbund haben unsere Mitglieder Anfang des Jahres befragt. 17.000 Unternehmen im Land wurden befragt. Wir haben sie gefragt, woran sollen wir als erstes arbeiten, um den Wirtschaftsstandort nach vorne zu bringen. Die Aussagen waren ganz eindeutig. Die schreiben wir auch hier in unser Stammbuch.

Liebe Freunde, das betrifft auch uns, weil Hemmschuh Nummer Eins für Unternehmerinnen und Unternehmer in unserem Land, der Feind Nummer Eins für Vertrauen und Erfolg, ist für unsere Betriebe Vater Staat, mit all seinen Auflagen, mit all seinen Vorschriften und Regularien, die auch wir uns zum Teil hier herinnen einfallen haben lassen. Und deswegen sind die bereits beschlossenen und bereits in Umsetzung befindlichen Entbürokratisierungspakete essentiell wichtig. Da müssen wir auch den Mut haben, zu benchmarken, da müssen wir uns hinstellen und sagen, das kann nur der Anfang sein, hier wollen wir weiter marschieren, dass alle Themen stimmen, internationaler Wettbewerb, Digitalisierung, Online-Handel, all das beschäftigt unsere Unternehmen.

Aber all das trauen sie sich zu. Sie haben Vertrauen zu ihren Produkten, sie haben Vertrauen zu den Kompetenzen ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber das ist ein Themenbereich, wo unseren Unternehmen die Lust genommen wird. Die Lust genommen wird, Arbeitsplätze zu schaffen, hier zu arbeiten.

Genau dort können wir auch ansetzen, da geht es um Themenbereiche wie eben Unternehmensgründungen, da geht es um Flächen, die wir brauchen, wenn Betriebe gründen wollen, wenn Betriebe erweitern wollen, da geht es darum, wie lange diese Verfahren dauern, wenn hier gebaut oder erweitert wird. Da ist ein intelligenter Flächensicherungsplan, den Landesrat Strugl heute auch noch vorstellen wird, ein ganz wichtiges Thema.

Ein zweites Thema, das unsere Betriebe als Top-Zwei-Thema angesprochen haben, ist ein klassisches Softthema. Das eine sind die Fakten, das haben wir schon angesprochen, aber wenn es um Vertrauen geht, dann geht es auch darum, zahlt es sich einerseits aus im Geldbörstel, dass ich das Risiko eingehe, dass ich diese Mehrleistungen bringe, aber es geht auch darum, wird es auch noch geschätzt? Bekommen jene Personen, die bei uns den Mut haben, privates Risiko einzugehen, hier Geld in die Hand zu nehmen, um ihre Ideen umzusetzen, bekommen sie auch die Wertschätzung zurück für diese Engagement? Jungunternehmer sagen nach einer aktuellen Studie, 63 Prozent von ihnen nämlich, dass sie sich nicht wertgeschätzt fühlen von Politik und Regierung. Ein Gründerpaket kann hier klare Signale setzen. Der Bund hat ein Starterpaket bereits geschnürt, auch unser Wirtschaftslandesrat hat hier tolle Ideen, die entsprechend diesem Mangel an Vertrauen entgegengesetzt werden können vom Land Oberösterreich.

Einen Punkt möchte ich auch noch ansprechen, weil es mich selber betrifft, 99,7 Prozent unserer Unternehmen im Land sind Klein- und Mittelbetriebe. Wir haben nur ein Prozent der Betriebe, die mehr als 100 Mitarbeiter haben. Alles andere spielt sich im Kleinst-, Klein- und Mittelstandsbereich ab. Das sind die Familienbetriebe. Wir haben auch große Leitbetriebe, Industriebetriebe, die Familienbetriebe sind. Aber vor allem diese kleinen in den Regionen, diese Mittelständler, die mit ihren innovativen Produkten unterwegs sind, die tragen letztendlich auch zur Wertschöpfung, zur Entwicklung und zum Export und zum Erfolg

unseres Landes bei. Schauen wir auf die, sorgen wir dafür, dass die auch die nächste Generation noch an das Ruder lassen, dass sie ihre Betriebe übergeben und dass sie nicht alle in die Immobilienwirtschaft abwandern, weil der Trend dazu da ist. Weil wenn ich Geld dort investiere, brauche ich mir keine Gedanken machen über Arbeitszeitregelungen oder sonstige Auflagen. Da können wir etwas dagegen setzen. Ich hoffe, dass wir auch hier gemeinsam ein entsprechendes Maßnahmenpaket beschließen können.

Fachkräftemangel, ebenso ein ganz wichtiges Thema. Ich war erst diese Woche im Bezirk Ried bei Fredi Frauscher bei einer Veranstaltung zu Gast. Beeindruckend, wo mir ein Unternehmer erzählt hat, wir waren bei Bergland Milch, die sogar ihre Milch nach China über online-Handel exportiert, also ganz spannende Bereiche, wo wir überall unterwegs sind, eine Anekdote am Rande, der Geschäftsführer dort hat uns auch erzählt, sie liefern auch für McDonald's, und die Prüfungen, Zertifizierungen, Auflagen, die sie von McDonald's bekommen, auf die wären sie gar nicht am oberösterreichischen Markt gekommen, was man da alles untersuchen kann. Für all jene, die sich von den amerikanischen Produkten so sehr fürchten, dass die Qualität dort nicht stimmt. Aber zurück zu kommen auf das Thema Fachkräftemangel. Dort in Ried hat mir ein Familienunternehmer erzählt, erfolgreiches Unternehmen, er sucht seit einem halben Jahr einen Möbeltischler, er bekommt nicht einmal Bewerber vom AMS. Er nimmt schon jeden, er bringt es ihm schon irgendwie bei. Er bekommt keinen. Auf der anderen Seite haben wir steigende Arbeitslosigkeit. Das heißt, wir haben hier einen Riesenauftrag, wenn es um Qualifizierung geht, wenn es auch um Mobilität geht, wenn es hier darum geht, mit Potentialanalysen unsere Jugendlichen, unsere Menschen zu unterstützen und wir haben auch etwas zu tun, wenn wir uns darüber unterhalten, wie denn auch unser Steuersystem angelegt ist, wenn es um Arbeitsanreize geht.

Das World Economic Forum hat im Ranking festgestellt, beim ranken von 138 Nationen, wo es darum gegangen ist, um die unterschiedlichsten Standortfaktoren, wo wer gut ist und nicht gut ist. Wir sind zum Beispiel sehr gut, wenn es um die Straßen geht, kaum zu glauben, aber Infrastruktur ist bei uns, was Straße betrifft, sehr ausgebaut in Österreich. Auch wenn es um die Qualität der Produkte geht. Aber wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wo wir Platz 133 von 138 einnehmen? Wenn es um Arbeitsanreize durch unser Steuersystem geht. Das muss uns zu denken geben. Das sagen die internationalen Vergleiche, die Schweiz ist da über allen Faktoren Platz Nummer Eins, unangefochten, schon seit langem. Da müssen wir ehrlich hinschauen, liebe Leute. Da geht es nicht darum, dass wir nicht jene unterstützen wollen, die unsere Unterstützung brauchen, wenn wir das in unser Stammbuch geschrieben bekommen, dann haben wir hier auch etwas zu tun.

Abschließend noch ganz kurz, Infrastruktur, die Autobahnen von heute und morgen sind ganz wichtig, Brücken sind ganz wichtig, aber natürlich die Datenautobahn möchte ich hier nicht unerwähnt lassen. Auch hier haben wir uns ja dazu verpflichtet, dass wir hier wirklich Geld in die Hand nehmen möchten. Nämlich nur dann werden in den Regionen draußen Arbeitsplätze geschaffen und nicht nur in den Ballungszentren. Dazu brauchen wir diese digitalen Autobahnen hier bei uns im Land.

Ein Prozent Wachstum, liebe Freunde, bedeutet umgerechnet ein Plus von 25 Beschäftigten, österreichweit jetzt gerechnet, bedeutet ein Plus von 1,5 Milliarden Euro an Steuereinnahmen. Wenn wir uns unterhalten, wie wir die ganzen Systeme in Zukunft noch aufrechterhalten wollen, schauen wir auf diese Zahlen. Ein Prozent mehr Wachstum, 1,5 Milliarden Euro mehr für Bildung für Kindergärten, für Frauenförderung für Gesundheitswesen, da hätten wir einen guten Ansatzpunkt.

Und abschließend, nur erfolgreiche Unternehmen schaffen Arbeitsplätze. Tun wir alles, dass sie das auch tun. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächsten Redner im Rahmen der aktuellen Stunde darf ich Herrn KO Ing. Herwig Mahr das Wort erteilen.

Abg. KO Ing. Mahr: Danke Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herrn! Ich kann das, was Doris Hummer gesagt hat, vollinhaltlich unterstreichen. Der oberösterreichischen Wirtschaft geht es sehr gut. Verglichen mit Österreich sind wir ein führender Motor. Wir sind ein Motor und wir sind so gut in der Wirtschaft, weil wir hervorragende Betriebe haben. Weil wir hervorragende Arbeitskräfte haben und weil alle an einem Strang ziehen. Wenn man sich aber die Ist-Situation anschaut, und die sollte man sich anschauen, dann ist die allgemeine Situation in Österreich nicht so rosig.

Ich habe ebenfalls im Ranking des World Economic Forums nachgeblättert und Österreich ist wiederum an 23. Stelle. Wir waren aber schon auf Platz 16. Europaweit liegen wir auf dem zwölften Platz. Bei der Effizienz des Einsatzes von Steuergeld belegen wir international den 55. Platz. Katastrophal ist der internationale Vergleich der Behördenwege für Unternehmen. Da haben wir den 70. Platz erreicht. Bei Unternehmen herrscht Überlastung durch Bürokratie, Abgaben und auch negative Abstempelung durch die Bundesregierung, sagt man. Österreichs Abgabenquote pendelt bei 44 Prozent. Da sind wir an fünfter Stelle, was die Abgabenlast betrifft. Die Schulden Österreichs haben sich in den letzten 15 Jahren verdoppelt. Die Arbeitslosenrate ist auf Rekordhöhe. Also nicht wirklich ideale Voraussetzungen. Wenn wir nicht rasch dagegensteuern, wird Österreich, aber auch Oberösterreich, stetig an Wettbewerbs- und Wirtschaftskraft verlieren.

Es gibt noch ein anderes internationales Ranking, das ist die IMD, die sieht einige wesentliche Kritikpunkte. Einer der Kritikpunkte ist die völlig verkehrte Fiskalpolitik in Österreich. Da liegen wir an vorletzter Stelle der 61 Länder. Da wäre der Lösungsansatz, dass wir endlich die Abgabenbelastung signifikant senken. Die Tarifreform 2016, die angekündigte, wird ja hier eine Entlastung bringen. Aber es muss und kann nur der Anfang sein. Die Gegenfinanzierung muss über Abgabekürzung laufen. Der Spielraum ist hier auch sehr groß. Ich glaube, wir gehen derzeit pro Jahr alleine aus dieser Position von neun Milliarden Euro aus. Platz 43 erreichen wir bei Einstellung und Werte, das zeigt, dass die Offenheit gegenüber Veränderungen der Österreicher an und für sich sehr gering ist. Es gibt sehr viele positive Beispiele, wie in anderen Ländern über Reformen der Wohlstand der Bevölkerung gesichert wird. Schweden hat ein saniertes Pensionssystem, die Niederlande mit mehr Wettbewerb in den Schulen, Deutschland hat die Schuldenbremse, auch hier werden wir ansetzen müssen.

Die öffentlichen Finanzen habe ich schon genannt. Da sind wir auf Platz 40. Dann gibt es zu viel Regulierung und zu viel Bürokratie, hier liegen wir an Platz 30. Auch der relativ geringe Anreiz für Arbeitslose, einen neuen Job aufzunehmen, wird in der Bewertung Österreich auf Platz 55 hingelegt. Meines Erachtens kann die Lösung sein, die Gewerbeordnung wirklich zu entrümpeln. Nicht mehr als zehn Gewerbe, die reguliert werden sollen, alles andere frei. Förderungen durchforsten, mit einem Ablaufdatum versehen, auch dazu stehe ich. Sicherung der Ausbildung unserer Fachkräfte von morgen, vor allem auf dem dualen System der Ausbildung.

Ich habe vor kurzem im Zuge einer Diskussion das duale Ausbildungssystem miterleben dürfen. Wir waren in einem Weltbetrieb, Firma Engel, die eine eigene Lehrlingsakademie haben, wo

natürlich alles eitle Wonne ist. Das ist nicht der Schnitt, ist auch nicht das, was die Klein- und Mittelbetriebe im Normalfeld vorfinden. Die haben nicht die Möglichkeit, diese Lehrlinge so gut auszubilden. Sie haben aber auch nicht die finanziellen Möglichkeiten, den Lehrling so extrem zu fördern. Hier müssen wir aber auch schon versuchen, wenn wir rund 23.700 Lehrlinge in schwach 6.000 Betrieben haben, dass wir die Lehrlinge komplett anders ausbilden im dualen System.

Ich sage dazu, 58,78 Prozent der Lehrlinge befinden sich in zehn Lehrberufen und 41,22 Prozent in 180 weiteren Lehrberufen. Da haben wir Aufklärungsbedarf, weil vorgestern via Radio gesagt worden ist, dass sich 80 Prozent der Lehrlinge allein gelassen fühlen bei der Entscheidung, was sie machen sollen. Viele Bewerber für Lehrstellen haben auch mittlerweile erhebliche Probleme mit Deutsch, in Sprache und Schrift, aber auch mit Grundrechnungsarten. Ich sage das dazu, die Berufsschulen funktionieren sehr gut, aber was aus den Volks- und Haupt- und Neuen Mittelschulen kommt, dieses Ausbildungsniveau entspricht nicht dem, was in der Wirtschaft gebraucht wird. Wenn fünf Prozent von 140 eine unauflösbare Aufgabe ist, dann stimmt irgendetwas im System nicht. Ich glaube aber auch, dass das duale Ausbildungssystem auch schon zuhause, im Elternhaus, wieder einen richtigen Stellenwert bekommen soll. Weil es eigentlich gang und gäbe ist, dass man immer sagt, wenn du nicht lernst, dann musst du in die Lehre. Das ist nicht der Zugang für mich. Lehre ist ganz etwas Besonderes und wir wissen, dass wir sehr viele Fachkräfte in der Zukunft brauchen werden.

Ich glaube aber auch, dass es dazu gehört, die Arbeitnehmer zu stärken und, was für mich ein Thema ist, da ich selbst 25 Jahre lang selbständig war, wir brauchen einen radikalen Abbau der Bürokratie für Unternehmen. Und ich sage dies dazu. Es spricht ein jeder über den Abbau der Bürokratie, es ändert sich aber nichts. Da müssen wir wirklich schauen, dass wir in Zukunft darauf unser Hauptaugenmerk legen.

Wir brauchen, das sage ich auch dazu, was den Energiesektor betrifft, den Ausbau der Energieversorgung. Das ist für die Betriebe ganz, ganz wichtig. Und da bin ich ebenso bei dir, Doris, wir brauchen spezielle Förderungen für die KMUs. Es hat ein bisschen so den Eindruck, dass wir nur immer über Industrie denken, über Weltbetriebe denken und, und, und.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren. Kleinunternehmen, das sind jene, mit Null bis 49 Beschäftigten bzw. Mittelunternehmen, das sind 50 bis 250 Beschäftigte, stellen 67,1 Prozent aller Beschäftigten in Österreich. Das Wertschöpfungspotenzial dieser Unternehmensgruppen beträgt in Österreich 61 Prozent und in der EU 85,4 Prozent.

Das heißt, dort ist am meisten Wertschöpfung, dort arbeiten die Leute für unser Vaterland. Und wirklich mehr als zwei Drittel dieser Wertschöpfung wird dort generiert und ich glaube, es ist wirklich notwendig, dass wir die KMUs, die Klein- und Mittelbetriebe, dementsprechend stärken. Und wenn wir das schaffen, dann mache ich mir um die Wirtschaft, um die Wirtschaftsleistung in unserem Bundesland – wir sind immer ein Motor und werden es auch immer bleiben – keine Sorgen.

Aber eines ist ganz klar. Egal von welcher Seite man es betrachtet. Leistung muss sich lohnen. Nur so kommen wir zu Erfolg. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hans Karl Schaller.

Abg. **Schaller**: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Für mich beeindruckend, da haben wir zwei Sichtweisen gehört. Eine Sichtweise, Kollegin Hummer kommt aus einer Arbeitgeberfamilie. Du warst ja selber selbständig, hast es auch gerade präsentiert und dargestellt. Mein Respekt, meine Anerkennung.

Und jetzt schauen wir uns einmal die Sicht aus der Arbeitnehmerwelt an, aus der Arbeitnehmersvertretung. Vielleicht bringen wir dann gewisse Gemeinsamkeiten zusammen, wo wir sagen, ok, das haut hin, da können wir was machen, da haben wir noch ein bisschen einen Handlungsbedarf, da gilt es noch daran zu arbeiten, daran zu feilen.

Ich muss ganz ehrlich sagen, wie ich mir gestern den Programmablauf durchgeschaut habe zur heutigen Landtagssitzung, ich muss zugeben, ich war ein bisschen erstaunt, ein bisschen überrascht, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Da hast du dir gedacht, das dauert aber wieder lange!“) dass heute eine aktuelle Stunde stattfindet zum Thema „Zukunft Wirtschaftsstandort Oberösterreich – Herausforderungen und Perspektiven für ArbeitnehmerInnen und UnternehmerInnen“.

Das Ganze in einer Verbindung mit einer fast gleich lautenden Resolution, wo die Oberösterreichische Landesregierung aufgefordert wird, in einer gemeinsamen Kraftanstrengung Maßnahmen zu setzen, welche die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes positiv beeinflussen.

Ich habe mich da natürlich gleich darüber gestürzt, ich habe mir gedacht, das muss ich mir jetzt gleich einmal anschauen. Ein bisschen habe ich es schon gekannt, weil es waren schon so gewisse Vorankündigungen in den Medien. Ich habe mir das also gleich angeschaut. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Du bist ein Fuchs!“)

Erstens, Intensivierung des Standortmanagements mit dem Fokus Flächensicherung, um nationalen und internationalen Unternehmen den benötigten Raum zu geben. Für mich sofort abgehakt. Hinten habe ich dann immer umgeblättert, habe mir das angeschaut, was wurde da dazugeschrieben. Abgehakt.

Festlegung des Zukunftsthemas Digitalisierung in strategischen Entwicklungs- und Förderprogrammen des Landes Oberösterreich. Abgehakt. Förderung von Start-ups und Gründern für technologiebasierte und wissensintensive Gründungen. Abgehakt. Forcierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Abgehakt. Verbesserung der Arbeitsplatz- und Wohnbaupolitik (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Abgehakt!“) zur Schaffung von leistbarem Wohnraum in unmittelbarer Nähe zum Arbeitsplatz. Abgehakt. Und zum Schluss, der Ausbau und der Erhalt der oberösterreichischen Verkehrsinfrastruktur, denn sowohl ein attraktiver öffentlicher Verkehr, als auch ein leistungsfähiges Straßennetz sind Grundvoraussetzungen einer funktionierenden Wirtschaft und Standortpolitik. Abgehakt. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Haben wir noch nicht! Haben wir noch nicht!“) Super Sache.

Und jetzt war ich dann richtig erstaunt. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: unverständlich.) Warum war ich richtig erstaunt? Zum ersten, weil ja diesen sechs Punkten wirklich, ich glaube, hier nichts und niemand im Wege stehen wird. Ja, sechs Mal abgehakt. Ja, sechs Mal Zustimmung. Also Zustimmung, ich habe hier eine Stimmenmehrheit. Und ich frage mich, worauf wartet eigentlich noch die ÖVP? Also bitte tut es. Nicht nur ankündigen, auf geht's, setzen wir diese sechs Punkte um. Abklärung, (Zwischenruf Abg. Mag. Hummer: „Für das Budget müssen wir das auch berücksichtigen!“)

Abklärung, ich bin gerade dabei, Abklärung, was ist an finanziellen Mitteln notwendig, wie finanzieren wir das und Umsetzung. Auf geht's. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Wir schaffen das!“)

Der zweite Grund meines Erstaunens ist ein bisschen ein ernsteres Thema. Am 24. Juni 2015 war die letzte Einladung vom Ausschuss für volkswirtschaftliche Angelegenheiten zum eingesetzten Unterausschuss Standort Oberösterreich. Und es ist halt einmal so, dass mit der neuen Landtagsperiode alle eingebrachten Anträge, die bis dahin im Unterausschuss geparkt wurden – teilweise darauf gewartet haben, dass sie wachgeküsst werden – behandelt werden. Im Interesse des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich haben diese Anträge gehofft, ich möchte auch einmal behandelt werden. Sie sind halt nur eliminiert bzw. so ist es, sie sind gelöscht worden.

Und Kolleginnen und Kollegen, ich möchte es jetzt wirklich nicht überbewerten, dass das nicht gleich wieder in eine verkehrte Kehle kommt. Es hat aber schon auch weniger, wie ich geglaubt habe, mit der Wertschätzung der Ausschussmitglieder zu tun, wenn man auf eine Behandlung der Anträge im Ausschuss hofft, der muss doch jetzt einmal kommen, jetzt musst er doch einmal einberufen werden, dass man da dann mehr oder weniger etwas weitertreiben und dann im Nachhinein, jetzt für mich ein Gefühl, ich nicht loswerde, dass bestimmte Anträge durch Zuwarten aus der Landtagsperiode hinausgeschossen, nein hinausgeschoben, sagen wir es einmal so, hinausgeschoben worden sind.

Ich hoffe nur, zurzeit liegen ja drei offene Beratungsgegenstände im Unterausschuss vor. Es sind dies der Initiativantrag betreffend familienfreundliche Wirtschaftspolitik für Oberösterreich, der Initiativantrag betreffend bessere Unterstützung für Junge beim Einstieg in die Arbeitswelt und vom letzten Ausschuss der Initiativantrag betreffend die Flexibilisierung der Arbeitszeit. Und ich wiederhole mich. Ich glaube, die verdienen es, dass wir jetzt schnell einmal einen Ausschuss einberufen. (Zwischenruf Abg. KommR Lackner-Strauss: „Im Dezember!“ Zwischenruf Abg. Mag. Hummer: „Gibt es schon!“) Ja super, es ist nämlich schon wieder fast ein Jahr vorbei (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Abgehakt!“ Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Abgehakt!“) Abgehakt. Dass das wirklich behandelt wird, weil ich habe mir das angeschaut, weil ich mir gedacht habe, wenn das so weiter geht, das erste Jahr ist bald vorbei, das wird spannend.

Zum Dritten war ich überrascht. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Wie die Zeit vergeht!“) Und ich wäre nicht mordsmäßig erstaunt, wird uns Landesrat Strugl heute, ich habe mir das auch bereits medial angeschaut, diesen angekündigten 20-Punkte-Plan für die digitale Zukunft in Oberösterreich präsentieren.

Warum ich das erwähne? Weil es sich um Punkte handelt, die teilweise ebenfalls im Unterausschuss auf Behandlung gewartet haben, die in Budgetreden gekommen sind oder im Arbeitsübereinkommen auch darin gestanden sind und denen ich, im ersten Durchschauen, ebenfalls die Zustimmung geben könnte. Abgehakt, ebenfalls abgehakt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe mir dann gedacht, ich glaube aber, es geht grundsätzlich auch um etwas anderes. Und das ist vielleicht das Schöne. Auf der einen Seite gibt es gemeinsame Punkte, wo wir uns mehr oder weniger treffen, es gibt aber auch Punkte und ich glaube, das tut mir heute noch in der Seele weh, ich weiß nicht, vielleicht geht es auch einigen von euch so. Es ist doch kein Zufall, dass damals der Wirtschaftskammerpräsident Leitl von einem abgesandeten Wirtschaftsstandort gesprochen hat. Und seither dieses teilweise für mich permanente Krankjammern kein Ende findet.

Übrigens, ich finde nämlich auch dieses Jammern, dieses Krankjammern, ich finde es standortschädigend. Im ersten Punkt, wie ich zuerst gesagt habe, abgehakt, des ÖVP-Antrages, heißt es, eine Intensivierung des Standortmanagements mit dem Fokus Flächensicherung, um nationale und internationale Investoren zu begeistern. Ich frage mich nur, welche Investoren möchten an einem abgesandeten Wirtschaftsstandort investieren und produzieren? Jetzt kommt es ja. Wenn das irgendwer gesagt hätte, wäre es vielleicht egal. Aber das kann es doch nicht sein, wenn das noch dazu der Präsident der österreichischen Wirtschaftskammer behauptet und der muss es ja schließlich wissen. (Zwischenruf Abg. Mag. Hummer: unverständlich) Für mich ist einer der wichtigsten Herausforderungen, wenn wir schon davon reden, Schluss mit diesem Krankjammern, spucken wir in die Hände und gehen es mehr oder weniger an. (Zwischenruf Abg. Mag. Hummer: „Abgehakt!“) Ganz ein wichtiger Punkt. Abgehakt.

Meine Damen und Herren, vor einem Monat ungefähr hat die Lohnrunde der 180.000 Metaller stattgefunden. Und ich habe dort bei dieser Kollektivvertragsverhandlung in ganz kleinem Kreis mehr oder weniger dabei sein dürfen und habe dort verhandeln können. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Da hast du gescheit verhandelt!“) Und auch dort ist das herausgekommen, dieses permanente Jammern und Sudern.

Wenn man sich dann genauer die Zahlen anschaut, und das sind sehr viele und das weiß jeder, FMML, sind überwiegend Klein- und Mittelbetriebe, ganz kleine Betriebe. Wenn man sich das dann genauer anschaut, nein, ganz so genau ist es ja nicht. Nur jetzt kommt was. Jetzt kommt etwas ganz was Wesentliches. Worum es teilweise dort geht, ist, warum man dahinjammert und dahinsudert, dass auf einmal gefragt worden ist, und das höre ich öfters, ich kann es beweisen, sind Kollektivverträge, die noch zeitgemäß sind, ganz klar gekommen. Sollten wir nicht die Kollektivverträge durch Vereinbarungen auf Betriebsebene ersetzen können? Ich bin da auch hellhörig geworden aufgrund eures Antrages. Denn wenn ich mir das anschau, beim Passus eures Initiativantrages betreffend Flexibilisierung der Arbeitszeit. Insbesondere folgende Regelungen sollen Basis für weitere Verhandlungen sein: Die Tageshöchst Arbeitszeit soll im Einvernehmen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitgebern festgelegt werden, maximal zwölf Stunden pro Tag. Das heißt, weg von der Kollektivvertragsebene hin zu Betriebsebene, ganz offen. Und ich weiß nicht, ob das der Weisheit letzter Schluss ist, weil jetzt sind wir einmal bei der Arbeitszeit.

Ich habe es auch schon mittlerweile gehört, wir können uns die Gage mehr oder weniger selber verhandeln, die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter, wo fängt das an und wo hört es auf? Und es ist nicht dienlich, wenn es weitere Ankündigungen gibt. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Mein Mitleid mit denen hält sich schon in Grenzen!“) Die Industrie will Kollektivverträge umgehen. Im Standard, ich habe es schon einmal gesagt, wo der IV-Generalsekretär Mag. Christoph Neumayer sagt, Tariföffnungsklauseln nach deutschem Vorbild auf Betriebsebene könnten mit Arbeitgeber und Arbeitnehmer Vereinbarungen treffen, die auch unter dem Niveau des Kollektivvertrages wären. Hört, hört, sage ich da nur.

Und bestärkt, glaube ich, sind die Kolleginnen und Kollegen der Industrie teilweise, ich muss nämlich noch sagen, da sind nämlich die Klein- und Mittelbetriebe, die Familienunternehmen, die sind ja da um ein Haus humaner als die Industriebetriebe, das möchte ich hier auch einmal betonen. Das ist nämlich wirklich so. Und da kommt natürlich eine Beflügelung von der EU-Kommission, das ist überhaupt eine Gaudi. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Reg' dich aber nicht auf!“) Die europäischen Verträge legen zu Recht fest, dass die EU in Fragen des Arbeitsentgeltes keine Kompetenz hat. Zu

unterschiedlich sind die Arbeitssysteme innerhalb der EU. Dennoch mischt sich die EU-Kommission seit Ausbruch der Krise in der Euro-Zone immer stärker in die Belange der Tarifpartner ein.

Die wirtschaftspolitische Abteilung der Kommission hat jüngst konkret aufgelistet, was sie für beschäftigungsfreundlich hält. Reformen, die den Geltungsbereich von Tarifverträgen reduzieren, die Tarifverhandlungen zunehmend auf die betriebliche Ebene verlagern und die – so wörtlich – insgesamt zu einer geringeren Verhandlungsmacht der Gewerkschaft führen. Das war natürlich ein Schlag in die Kehle.

Und dann ist es natürlich gleich weitergegangen. Da sind wir mutig. Industrie, der Herr Kapsch, wieder einer, da würde ein kleiner Arbeitgeber niemals auf die Idee kommen. Er fordert nun, und er ist da ja noch großzügig, Schluss mit der Besteuerung. Aus für begünstigtes Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld.

Dann kommt noch einer nach. Auch Magna hat sich gemeldet. Er hat geglaubt, er muss nochmal eines drauflegen und sagt, es gehört ja überhaupt das Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld abgeschafft. Weg damit. Nur mehr, wenn die Bude gut geht, dann bekommen die Leute eine Prämie. Natürlich nicht steuerbedingt oder sonst irgendwas. Das war es dann. Also eine ganz wilde Geschichte, was den Kollektivvertrag anbelangt und mir wäre da schon geholfen, wenn es dazu ein klares Bekenntnis gibt. Denn es hilft ja den Arbeitgebern untereinander, das muss man auch einmal ganz klar sagen und darum bin ich auch sehr stolz darauf, Sozialpartner Wirtschaftskammer und Gewerkschaft sein zu können und dass wir da überwiegend sehr gut zusammenarbeiten.

Nächster Punkt. Ebenfalls aus den KV-Verhandlungen vor einem Monat. Arbeitgeber haben jetzt ganz klar gesagt, wir wollen Schranken einziehen und fragen uns, wie weit geht die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers gegenüber dem Mitarbeiter? Ich habe dann nachgefragt, was meinst du damit? Bringen wir es auf den Punkt. Es geht ihnen um ein Mehr an Eigenverantwortung. Da stehe ich auch dazu. Nur, wo fängt das an und wo hört das auf? Wenn du zu ihnen sagst, ich stehe dazu, die Wünsche waren auf einmal so groß, dass ich gesagt habe, so und jetzt fangen wir wieder von vorne an, denn so kann es ja wohl nicht sein. Dann ist man sehr schnell dort, dass sie gesagt haben, ja aber ihr müsst es verstehen. Es geht ja auch beim Staat. Wir haben alle über unsere Verhältnisse gelebt. Wir müssen den Gürtel enger schnallen. Wir haben nichts mehr zu verteilen. Wenn ich dann frage, wer ist wir? (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Schwarz macht schlank!“) Wer ist wir, dass wir den Gürtel enger schnallen? Bin es ich, sind es die Pensionisten, sind es die Gesunden, sind es die Kranken, sind es die Großen, die Dicken, die Dünnen, wer sind wir haben über unsere Verhältnisse gelebt?

Ich weiß nur eines, auch dass man es nicht negativ sieht, weil es uns allen zu Gute gekommen ist, aber ich bin zum Beispiel nicht 20 Milliarden Euro schwer gewesen, weil ich Hypo-Alpe Adria oder sonst irgendwie heiße oder weil ich die Banken gerettet habe. Ist auch notwendig gewesen. Aber bitte nicht so tun, wir, und dann schaut man immer uns bei den Kollektivvertragsverhandlungen an. Ihr Arbeitnehmer habt mehr oder weniger über eure Verhältnisse gelebt. Das finde ich nicht fair (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Du bist ja auch im Fernsehen!“) und das hat mir überhaupt nicht gefallen.

Dann sind wir schon dort gewesen. Private Krankenversicherungen, Unfallversicherungen, machen wir es doch wie Finnland. Man wird mutig. Die Finnen haben es nämlich gemacht. Die sind nämlich jetzt hergegangen und haben einen Teil der Arbeitgeberbeiträge

umgemünzt auf die Arbeitnehmer. Die zahlen sich mehr oder weniger die Arbeitslosen- und die Pensionsversicherung zu einem Teil jetzt verstärkt selber. Und was mich am meisten geärgert hat und dann bin ich es schon. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Ist das jetzt abgehakt?“) Ist abgehakt, müssen wir reden. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Müssen wir reden!“)

Und dann kommt noch ein Wirtschaftskammerobmann und da möchte ich mich – er ist leider nicht mehr da – aber in diesem Zusammenhang bedanken. Er ist ja eine übermotiviert Persönlichkeit aus der Sozialpartnerschaft und fordert wirklich einen regionalen TV-Sender. Im Süden der USA ist die Gewerkschaft inzwischen verboten worden. Ja, ich wäre dafür, dass wir das bei uns auch machen. So nach dem Motto, wer sich uns in den Weg stellt, der gehört verboten. Ich habe mich irrsinnig geärgert. Passt dazu. Wir haben Arbeiterkammervollversammlung gehabt, war ja der Bericht dazu, 85 Millionen Euro wurden mehr oder weniger den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von der Arbeiterkammer erstritten und zugeteilt. Und warum ich das hier noch einmal gesagt habe, weil ich mich da wirklich bedanken möchte beim Landesvorsitzenden der Fraktion Christlicher Gewerkschafter Dr. Peter Casny, der da wirklich ganz klare Worte gefunden hat und diese Meinungsäußerung als untragbar genannt hat und auf das Schärfste zurückgewiesen hat.

Meine Damen und Herren, geblieben ist bei mir trotzdem eine gewisse Nachdenklichkeit trotz abgehakter sechs Forderungen des Antrages und der 90 Punkte von Wirtschaftslandesrat Strugl. Ja, wir von der Sozialdemokratie werden uns verstärkt einbringen, wenn es um die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich und seine Arbeitgeber geht. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Das ist gut!“) Wir werden aber auch genau beobachten und darauf schauen, ob wirtschaftlicher Erfolg auch im Interesse der Arbeitnehmerinnen und der Arbeitnehmer passiert und im Industriebundesland Nummer eins zuhause ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, Wirtschaftsstandort Sicherheit und aktive Arbeitspolitik gehören auch bei uns zu den Top-Prioritäten in der politischen Arbeit, im politischen Alltag.

Gerade in herausfordernden Zeiten wie diesen müssen wir für Rechtssicherheit, Stabilität und faire Bedingungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Wirtschaftstreibenden sorgen, weil ich glaube, das gehört zusammen, das kann man nicht getrennt sehen.

Wir haben in Oberösterreich eine gute Ausgangsposition. Wir haben eine Industrie, die zwar sehr energieintensiv ist, aber genau in diesem Bereich auch sehr umweltbewusst ist und sehr viel schon gemacht hat, im Sinne Vorreiterrolle zu sein. Wir haben in der Umwelttechnikindustrie Betriebe, die auch hier innovativ und Vorreiter und Marktführer in vielen Bereichen sind.

Aber wir haben auch genau die gleichen herausfordernden Situationen für unseren Standort wie in vielen anderen Bereichen. Eine Knappheit der Ressourcen oder ein bewussteres Umgehen der Ressourcen, Fachkräftemangel ist schon angesprochen worden, fehlende regionale Infrastruktur ist auch schon angesprochen worden und ein globaler Wettbewerb, wo einfach ein Druck von außen immer mehr auch für Klein- und Mittelbetriebe entsteht.

Wir müssen diesem Strukturwandel etwas entgegensetzen, die Weichen richtigstellen und das ist ein ganz ein wichtiger und zentraler Aufgabenpunkt. Auch in der Landespolitik. Daher möchte ich mich ganz verstärkt auch auf die Klein- und Mittelbetriebe in der Region stürzen, weil ich glaube, hier haben wir ein gutes Netz, wir haben Familienbetriebe, einen Branchenmix, die einfach auch eine gute Abdeckung gewährleisten und so, wenn Veränderungen passieren, nicht gleich eine ganze Region zusammenbricht, sondern hier wirklich hier sich gegenseitig auch stärken können.

Wir brauchen aber hier ein Bewusstsein. Wir brauchen ein Bewusstsein in der Region, dass wir nur gemeinsam diese Betriebe halten, diese Betriebe ausbauen und neue Betriebe bekommen können. Es kann nicht sein, dass man erst darauf kommt in der Bevölkerung, aber auch in anderen Bereichen, hoppla, die Bio-Molkerei Lembach sperrt zu. Es sind zwar nur ein paar wenige Arbeitsplätze, aber trotzdem. Oder Steyrmühl, braucht weniger Papier produzieren, muss Arbeitnehmer kündigen, weil auch Manches digitalisiert worden ist, weil Manches auch automatisiert worden ist. Ich glaube, da müssen wir vorher schauen, in der Region auch schauen, wie können wir das stützen? Wie können wir als Kommunalpolitik gemeinsam mit den Betrieben, gemeinsam auch mit den Arbeitnehmer/innen hier gute Strukturen schaffen und absichern, mitdenken. Es braucht eine Molkerei eine andere Struktur, Infrastruktur, wie zum Beispiel eine Brauerei, weil Brauereien haben wir im Mühlviertel genug, Molkereien haben jetzt momentan keine mehr, früher haben wir ganz viele gehabt. Also das ist auch ein Strukturwandel, der da ist, Bier trinken scheinbar mehr Leute als Milch.

Ich glaube, ganz wichtig ist, dass man Infrastruktur auch in der Region mitdenkt, von der Straße über die Bahn bis hin zum Breitband und dass wir alles tun, um eine nachhaltige Infrastruktur abzusichern und das Bewusstsein in den Regionen zu stärken. Wir müssen bei der Bauordnung drauf schauen, und das passiert mit vielen Inkoba-Gebieten. Wir haben auch mit Unterstützung vom Land Oberösterreich Schwerpunktsetzungen in den einzelnen Inkobas, weil nicht überall passt alles hin. Ganz wichtig ist auch bei Inkoba, einen Synergieeffekt mit unterschiedlichen Betrieben zu haben, um eben auch hier wachsen zu können.

Die nächste Herausforderung ist ganz klar, die Facharbeiterinnen und Facharbeiter. Gerade in der Region wollen wir die Leute behalten, dann sagen sie, wir bleiben nicht da, weil wir keinen Job kriegen, Betriebe sagen, wir kriegen keine guten Leute, also bleiben wir auch nicht da. Und ich glaube, genau in diesem Spannungsfeld bewegen wir uns zurzeit. Und wir müssen gerade auch, und das möchte ich einfach nochmal verstärken, mit den Lehrlingen was machen. Es geht wirklich darum, den Lehrberuf aufzuwerten, von dem reden wir alle, aber da müssen wir einfach auch von der öffentlichen Hand ein paar Mittel in die Hand nehmen. Ein Schüler, eine Schülerin in einer berufsbildenden höheren Schule kostet doppelt so viel wie ein Lehrling. Und ich frage mich, ob man das nicht ändern muss, ändern im Sinne einer Aufwertung, du bist genau so viel wert, weil du Praxis und Theorie lernst, weil du gemeinsam hier was für die Region tust, einen tollen Fachberuf hast, und hier kann man dann auch als kleiner Betrieb, als kleine Tischlerei einen besseren Lohn zahlen, bessere Arbeitsbedingungen, Ausbildungsbedingungen für die Lehrlinge leisten. Und genau da wollen wir hin, daher geht unsere Lehrlingsoffensive genau in die Richtung. Aufwertung heißt auch bessere Arbeitsbedingungen, heißt auch bessere Unterstützung der Betriebe. Weil wir haben wirklich viel Betriebe, die sehr gern und gut Lehrlinge ausbilden und die möchten wir einfach mehr unterstützen, weil das, glaube ich, in der Region ganz entscheidend ist, wie wir das machen können.

Auch der demografische Wandel betrifft gerade auch die Klein- und Mittelbetriebe. Doris Hummer hat es schon angesprochen, wie geht es weiter mit der Weiterführung, wie kann man auch schleichende Übergänge organisieren zwischen den Generationen, nicht nur bei der Betriebsübergabe, sondern auch bei anderen Bereichen?

Und ich kann es schon bald nimmer hören das Wort Deregulierung. Ja, natürlich müssen wir schauen, dass wir alles vereinfachen können, aber man hat immer das Gefühl, man meint immer nur Umwelt- und Sozialstandards und man meint aber nicht die eigenen, die sich die Wirtschaftskammer zum Beispiel gibt. Und die Änderung der Gewerbeordnung kann wirklich nur ein erster Schritt sein und sicher nicht das Ende. Wir haben, und das hat mich gefreut diese Woche bei der Übergabe der Energiesparpreise, vom Zementwerk in Kirchdorf ganz klar gehört, es ist in unserem eigenen Interesse, gerade wichtige Schritte, Innovationen zu setzen im Bereich Klimaschutz, im Bereich Energieeffizienz, weil das uns allen hilft. Und da freue ich mich, er hat gesagt, er wartet nicht bis eine Regel kommt, er macht es selber, weil ihm das persönlich wichtig ist, weil der Familienbetrieb, der dahinter ist, das auch zulässt und weil er merkt, es ist auch eine Akzeptanz in der Region. Und vor allem ist das auch ein wichtiger Schritt zur Absicherung für den Standort und er ist innovativ.

Ja, wir sind auch für einen Handel, für einen freien Handel, aber für einen fairen Handel. Es geht immer nur darum, oft schaut man in der Diskussion immer nur die Exporte an, es geht auch um die Importe. Wir müssen auch schauen, mit welchen Billigprodukten dann unsere Betriebe in Konkurrenz kommen. Wie schaut denn das aus? Und denken wir zurück an die Textilindustrie. Heute ist es genau so schwierig, wenn ein innovativer kleiner Schneider, Handwerker, was macht, hat er eine Konkurrenz von Produkten auch aus fairer Baumwolle, aus Staaten, wo keine arbeits- und sozialrechtlichen Bedingungen herrschen, und genau da müssen wir hinschauen, genau das müssen wir verstärkt ins Auge fassen. Und es geht nicht darum, CETA zu verhindern, sondern CETA als Handelsabkommen mit Abbau von Zöllen und so weiter, da, glaube ich, sind wir alle d'accord, wollen wir alle. Wir wollen auch klare Arbeitsbedingungen und Standards haben. Wir wollen aber keine Regulierungsgremien haben, die die Demokratie aushöhlen. Und CETA ist mehr als ein Handelsabkommen und das wissen alle, die sich damit befassen, das ist ein Wirtschaftsabkommen. Es geht darum, Hemmnisse abzubauen für die Wirtschaft und nicht um klar zu sagen, was wollen wir, wie wollen wir das gleichschalten, wie wollen wir hier einen Austausch haben, der unter fairen Bedingungen läuft?

Und ganz wichtig ist, wir dürfen für die Zukunft als Wirtschaftsstandort Oberösterreich, aber auch Österreich, nicht vergessen auf ein stabiles, friedliches und gemeinsames Europa. Auch wenn man viel kritisieren kann, wenn man viele Standards immer wieder hinterfragen kann und viele Vorgaben, aber eines ist auch klar, für Österreich, das mitten in der Europäischen Union ist, ist es ganz zentral, wie geht es da weiter, wie geht es miteinander weiter, wie können wir die Zusammenarbeit stärken und nicht ein Auseinanderdividieren, ein Auseinanderdriften weiter zu befeuern, das wäre ein ganz grober Fehler und ein Schaden für den sozialen Zusammenhalt, aber auch für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich.

Und ja, gehen wir gemeinsam diesen Schritt einer fairen Wirtschaftspolitik, gemeinsam die Weichen zu stellen im Sinne Absicherung Standort, genau die Schwerpunkte, die wir jetzt schon haben, auch noch zu verstärken, sprich Umwelttechnologie, Energieeffizienz, Innovation stärken, Forschung stärken, auch für die Klein- und Mittelbetriebe zugänglich machen, hier das Netz, und da wird schon viel gemacht, besser zu unterstützen und auszubauen, um ein gutes stabiles Wirtschaftssystem zu erhalten und vor allem auch um ein

gutes Leben für alle, die bei uns wohnen und leben und die regionale Wirtschaft stärken. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke! Ich darf als nächsten Redner Herrn Kollegen Peter Csar das Wort erteilen.

Abg. Dr. Csar: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, am Anfang möchte ich mich beim Kollegen Schaller bedanken dafür, dass er so viele Punkte abgehakt hat. Wir als ÖVP haben also fleißig gearbeitet und dafür ein Dankeschön, dass du das so wertschätzend rüber gebracht hast. Arbeit ist ja für uns alle ganz wichtig, nicht nur bei uns im Landtag, sondern insbesondere in der Arbeitswelt und daher beschäftigen wir uns mit der Zukunft. Das ist also das Wesentlichste daran und daher gibt es kein Krankjammern, kein Sudern, sondern eine Zukunftsgestaltung und deswegen auch dieser Auftrag heute für die aktuelle Stunde.

Arbeit ist für uns ein zentraler Wert des Lebens und zwar eines jeden Menschen. Und die Arbeit ermöglicht dann auch die Entfaltung eines jeden Menschen. Sie gibt ihnen auch den Platz in der Gesellschaft und die Grundlage des Wohlstandes, von dem wir alle profitieren. Dienstnehmer und Dienstgeber sind eine wirtschaftliche Erfolgsgemeinschaft und keine Gegner und das möchte ich gleich am Anfang sagen, weil das eine oder andere Mal vielleicht hier ein anderer Eindruck entstehen könnte. Gemeinsam können wir viele Herausforderungen schaffen. (Beifall) Ein bisserl zaghaft war das von da drüben, aber ja.

Ja, viele Punkte sind schon angesprochen worden. Wir wissen aber auch, dass sich alles im Fluss befindet und sich sehr viel verändern wird. Die Rahmenbedingungen für die Unternehmer werden anders, aber auch die Rahmenbedingungen für uns Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden anders, aber wir müssen uns darauf einstellen, dass Arbeit und Wirtschaft keine Grenzen kennt, keine Gemeindegrenzen, keine Bezirksgrenzen, keine Landesgrenzen, keine Staatsgrenzen, ja auch keine Kontinentgrenzen. Das ist alles sehr flexibel und von überall kommen dann auch Einflüsse zu uns, genauso in die Arbeitswelt, und wir müssen uns weiterentwickeln.

Die Herausforderungen jetzt für die weitere Zeit, Stichwort Flexibilität, sind große. Flexibilität ist ganz wichtig, wird gefordert von Arbeitgeberseite und von Arbeitnehmerseite. Und Flexibilität ist nichts Unanständiges, sondern was Schönes, und was auch die Arbeitnehmer verlangen und sich wünschen und daher müssen wir gemeinsam darüber diskutieren, und Flexibilität darf keine Einbahnstraße sein. Und daher werden wir uns auch dementsprechend einbringen.

Zweiter Punkt Qualifizierung, eine wichtige Herausforderung für die Zeit. Die Ausbildung ist wichtig für den Einstieg in das Berufsleben. Die Weiterbildung ist wichtig für die Fortbildung im Berufsalltag und daher ist es wichtig für jeden Arbeitnehmer, dass man am Ball bleibt und dementsprechend auch konkurrenzfähig bleibt als Arbeitnehmer. Wir in Österreich haben einen großen Qualitätsstandard und den müssen wir beibehalten, daher auch die ganzen Offensiven, die heute angesprochen worden sind.

Fachkräftemangel ist ein Stichwort, das uns wirklich fordert und dementsprechend müssen wir auf diese weiteren Herausforderungen besonders Rücksicht nehmen und dafür Sorge tragen, dass wir gerade in Oberösterreich entsprechende Fachkräfte auch haben mit einem guten Ausbildungsstand, den man herzeigen kann.

Der dritte Punkt der Herausforderung wird sicherlich sein die demografische Entwicklung, nicht nur in Oberösterreich, sondern in ganz Österreich. Wir müssen uns auch damit auseinandersetzen, dass die Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer auch älter werden und die Anzahl der älteren Arbeitnehmer immer größer wird. Wir wissen aber auch, dass man älter wird und gesünder bleibt, Gott sei Dank, dass man auch geistig fit bleibt und körperlich fit bleibt und dementsprechend wird sich auch die Arbeitswelt ändern, das heißt altersgerechte Arbeitsplätze sind wichtig. Wichtig ist aber auch, dass man das Umfeld dafür gestaltet und dementsprechend wir auch Vorsorge tragen, wenn einmal ein Arbeitswechsel eintritt und jemand in Pension geht, in Ruhestand tritt, dass zeitgerecht für den Wissenstransfer, für die Wissensweitergabe eine Vorsorge getroffen wird. Ein wesentlicher Punkt, damit es gut auch im Unternehmen weiter geht.

Wichtig ist aber auch, dass man die Zeichen der Zeit erkennt. Da war heute auch ein großer Artikel in der Zeitung, dass man bei den psychischen Erkrankungen sich dementsprechend zeitgerecht überlegt, was man dagegen unternehmen kann, dass diese psychischen Belastungen weniger werden und die Leute auch länger gesund im Arbeitsprozess verbleiben können.

Vierter Punkt und fast schon der letzte Punkt, die jungen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Zukunft in unserer Arbeitswelt und dementsprechend ist es wichtig, dass sie auch gern in die Arbeitswelt einsteigen. Sie sollen Freude an der Arbeit haben und dazu gehören viele Faktoren. Geld verdienen möchte jeder, eine faire Entlohnung ist ein Gebot der Stunde, attraktive Rahmenbedingungen sind genauso wichtig. Wichtig ist aber besonders die Wertschätzung. Die Wertschätzung der tagtäglichen Arbeit des Arbeitnehmers im Unternehmen, im Betrieb, dass er auch die Wertschätzung vom Dienstgeber bekommt. Vom Arbeitgeber bekommt, dass man weiß, er ist ein wichtiger Faktor dafür, dass das Unternehmen auch gut bestehen kann. Diese Wertschätzung ist wichtig, diese Wertschätzung ist auch ein Kulturwandel, den wir auch massiv vorantreiben müssen. Geld allein ist nicht alles, Geld ist wichtig, aber wer seine Mitarbeiter nur mit Geld ködert oder über Geld motiviert oder an sich binden versucht, wird auch nur solche Mitarbeiter finden. Eine wahre Loyalität zum Dienstgeber findet man wahrscheinlich anders, mit einer Identifikation mit dem Unternehmen und damit wird auch die Loyalität dementsprechend groß sein und die Erfolgsfaktoren für das Unternehmen steigen. Da müssen wir viel daran setzen, dass diese Wertschätzung mit einer Loyalität verbunden wird und hinüberkommt. Wirtschaftswachstum ist die Folge.

Der fünfte und letzte Punkt und ein wesentlicher Garant für uns alle. Es ist die aufrechte Sozialpartnerschaft. Kollege Schaller hat es schon angesprochen. Sozialpartnerschaft ist positiv, ist wichtig für ein gesundes Wirtschaftswachstum und erfolgreich in Oberösterreich. Und daher, wenn Wortspenden kommen, die diese Sozialpartnerschaft in Zweifel ziehen, dann muss man dagegen auftreten und das ist auch erfolgt. Wichtig ist, wie wir es leben und wie wir die Qualität auch nach außen tragen. Und das schaffen wir in Oberösterreich sehr gut und in diesem Sinn wünsche ich mir für uns alle für unsere Zukunft ein kräftiges Glück auf. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächsten darf ich Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner das Wort erteilen.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, werde Kollegen aus der Landesregierung, meine sehr verehrten Damen und Herren! Aktuelle Stunde Zukunft Wirtschaftsstandort! Ja, ich glaube, da sollte man sich nicht nur in

einer aktuellen Stunde darüber unterhalten, sondern in Wahrheit das gesamte politische Handeln auch danach ausrichten. Es sollte uns eigentlich jeden Tag begleiten. Und ich persönlich habe mir das zum Ziel gesetzt schon im Jahr 2009, als ich Mitglied der Oberösterreichischen Landesregierung wurde, dass wir diesen erfolgreichen Wirtschafts- und Industriestandort Oberösterreich nicht nur erhalten, sondern auch weiter ausbauen.

Bevor wir aber über diesen Wirtschaftsstandort reden und über die Maßnahmen, die zu treffen sind, sollten wir uns, glaube ich, die grundsätzliche Frage stellen, was ist eigentlich der Sinn und der Zweck einer funktionierenden Wirtschaft, warum tue ich das? Weil natürlich dieses Bewusstsein und diese politische Einstellung, die man selbst hat, dann auch Einfluss nimmt auf jene gesetzlichen Beschlüsse, Verordnungen und Rahmenbedingungen, die dann über das Wohlergehen auch über dieses Wirtschaftsstandortes entscheiden. Geht es darum, dass man wirtschaftlichen Erfolg hat, damit möglichst viele Steuern verteilt werden können, dass die Steuern eingetrieben werden und am Ende des Tages es zu einer Umverteilung kommt, wo man sich nur mehr überlegt, wo teile ich jetzt das Geld am Ende des Tages zu? Erzeuge ich möglichst viele Abhängigkeiten oder es ist mir wichtig, dass der einzelne eine gewisse Unabhängigkeit auch erlangen kann? Und das sage ich gleich vorweg, da geht es nicht darum, ob einer ein selbständiger Erwerbstätiger oder unselbständiger Erwerbstätiger ist, sondern da geht es letztendlich um die Bürger in unserer Gesellschaft. Und es gibt natürlich Gruppierungen, natürlich eher links stehende, die sagen, na, es geht einmal darum, möglichst viele Steuern einmal einzutreiben und dann schauen wir, wo wir halt investieren und wie wir umverteilen und wie wir dann einen gewissen Ausgleich halt wieder schaffen.

Und ich bin einer, der relativ selten Churchill zitiert, aber ich kann es manchen hier nicht ersparen, einmal zu erwähnen dieses Zitat, der Sozialismus versteht es, die Armut perfekt zu verteilen. Ich bringe jetzt ein krasses Beispiel, und da wird man sagen, muss der Haimbuchner das im Oberösterreichischen Landtag sagen, ja, ich glaube, man muss das schon sagen, wenn es um grundsätzliche Einstellungen geht. Venezuela ist sicherlich eines der reichsten Länder in Südamerika, hat die größten Erdölvorkommen und am Ende des Tages wird dort der Reichtum so klass verteilt, dass 80 Prozent der geläufigen Medikamente nicht mehr zu erhalten sind und 80 Prozent auch der Lebensmittel oder der Lebensmittelvielfalt auch nicht mehr vorhanden ist. Das ist ein Experiment, das ich mir am Ende des Tages nicht wünsche. Ich weiß schon, das ist ein extremes Beispiel, wir sind in Europa, wir sind in Österreich, wir sind in Oberösterreich und wir sind nicht in Venezuela.

Aber worum geht es in all diesen Wirtschaftsdiskussionen am Ende des Tages? Wie kann jemand erfolgreich sein und wenn man erfolgreich ist, wie wird am Ende des Tages der Staat mit Steuermitteln versorgt und ja, wie wird dann weiter eben auch umverteilt? Und ich glaube, diese Umverteilungsdiskussionen, die ständig geführt wurden, und sie waren im Ansatz schon wieder heute da, die sind nicht geeignet, ein positives Wirtschaftsklima zu verursachen in unserem Bundesland. Ich glaube, dass unser Ziel sein muss, die Erzeugung von Wohlstand durch die Wirtschaft und durch die Wirtschaft sage ich gleich vorweg, der Satz ist immer lustig, geht es der Wirtschaft gut, geht es uns allen gut, man muss schon sagen, die Wirtschaft sind ja nicht nur die Unternehmer und die Unternehmerinnen, sondern das sind ja letztendlich alle, die in einem Unternehmen auch arbeiten und hier Verantwortung tragen, also man muss da mit manchen Sprüchen natürlich auch immer vorsichtig sein.

Aber die Politik tut dann so, und da müssen wir sehr vorsichtig sein auch bei so aktuellen Stunden, die Politik tut so, als könnten wir direkt Wohlstand ermöglichen, als könnten wir hier herinnen direkt den Wohlstand ermöglichen. Ich meine, das ist einfach nicht so und diesen Eindruck sollten wir auch nicht erwecken. Das Einzige, was wir tun können, entweder direkt

oder indirekt die Rahmenbedingungen, ja ist eigentlich auch schon nullachtundfünfzehn, das sagt man, glaube ich, schon seit Jahrzehnten, aber diese Rahmenbedingungen, die werden halt immer wieder schwieriger und deswegen fehlt auch die Motivation zur Investition. Und das muss unser Ziel sein, dass wir als politische Verantwortungsträger diese Motivation zur Investition schaffen können, damit am Ende des Tages ja auch der Private sagt, ja ich fühle mich hier nicht nur wohl, weil es so schön ist in Oberösterreich, sondern ich finde Bedingungen vor, auf die ich vertrauen kann, dass meine Investition auch in der Zukunft einen Sinn macht.

Sicherheit und Stabilität, ja das ist auch wieder so, Sicherheit und Stabilität, alles soll sicher sein, alles soll stabil sein, da geht es natürlich nicht nur um die Sicherheit körperlicher Integrität, dass die bewahrt wird und die Unversehrtheit auch des Eigentums und so weiter, es geht darum, dass man sich auf Politik verlassen kann, dass man in Politik vertrauen kann, auch in entsprechende Institutionen. Ja und da muss man das runterbrechen. Was können wir im Land Oberösterreich dazu beitragen? Und ich glaube, wir können vieles dazu beitragen, finanzpolitische Rahmenbedingungen, unabhängig von Krisen, die über uns hereingebrochen sind in den vergangenen Jahren, die immer noch auch erwähnt werden, so müssen wir doch auch zugeben, dass das eine oder andere ein hausgemachtes Problem ist.

Und ich denke mir, dass auch unser Vorhaben, dass wir uns ja alle auch vorgenommen haben, ein ausgeglichenes Budget zu erreichen, ein abgangsfreies Budget zu erreichen im Jahr 2018, das ist ein positives Zeichen. Wenn das ein Investor sieht, auch ein internationaler Investor, dass eine Institution, dass eine Gebietskörperschaft die Finanzen unter Kontrolle hat, dass man gut wirtschaften kann und dass darüber hinaus noch immer Raum für Investitionen bleibt, dann werde ich wahrscheinlich an so einem Standort investieren. Dort werde ich wahrscheinlich eher investieren, als in der Bundeshauptstadt Wien, wo derzeit ein katastrophaler budgetärer Abgang vorzufinden ist. Deswegen brauchen wir hier auch die entsprechenden positiven Maßnahmen. Ja natürlich, diese Investitionen in Infrastruktur, in Bildung, in Wissenschaft, in Forschung und in Technologie, das ist ja alles überhaupt keine Frage, aber woher kommt das Geld? Das Geld kann man nur dann zur Verfügung stellen, wenn man in anderen Bereichen unter Umständen spart, oder wenn man zumindest die finanziellen Mittel auch effizienter nutzt. Eine Budgetsituation, die außer Rand und Band gerät, wird jeden Investor abschrecken. Da wird niemand bereit sein, dauerhaft in einen Standort zu investieren.

Überschießende Regelungen, ich kann es auch bald nicht mehr hören, Bürokratieabbau, Deregulierung und so weiter, und dann sehe ich selbst, auch in meiner eigenen Verantwortung, und ich gebe das auch zu, ich bin nicht schuld daran, aber ich trage die Verantwortung als entsprechendes Regierungsmitglied, auch im Bereich des Naturschutzes, und das ist halt schon ein springender Punkt, liebe Frau Kollegin Schwarz, wenn dann von der Europäischen Union die eine oder andere Richtlinie entsprechend verschärft wird, und wir müssen das dann umsetzen.

Das ist dann auch keine Ausrede, ich rede mich auch nicht darauf aus. Ich muss das machen, ich bin gewillt, ich trage die Verantwortung dafür, aber da stelle ich mir dann schon oft die Frage, wenn wir das an unseren Wirtschafts- und Industriestandorten so umsetzen möchten, wo auch manche aus einem Bereich, das sagen die, die damit sehr viel Erfahrung haben, das ist wirklich bald einmal überschießend, was von verschiedenen Institutionen auf europäischer Ebene gemacht wird.

Aber wie sollen wir hier diese Vorgaben umsetzen, damit sie nicht wirtschaftsfeindlich sind und auf der anderen Seite aber das, was uns auch wichtig ist, eine lebenswerte Umwelt, eine lebenswerte Landschaft auch, das ist auch ein Wert, wie wir das auch erhalten können? Da sind wir extrem gefragt, und da entsteht natürlich eine Art Bürokratie. Das geht ja gar nicht anders. Wenn ich etwas umsetzen muss, was vorgegeben ist, ich habe dazu ein Gesetz, dann brauche ich dazu auch eine Vollziehung, dann muss ich das Ganze wahrnehmen.

Ich kann nicht nur sagen, ich schreibe ein Gesetz und ich beschließe eine Verordnung und am Ende des Tages ist es aber dann so, dass ich dann dieses Gesetz nicht vollziehe. Dann kommt das Vertragsverletzungsverfahren, und da gibt es x Vertragsverletzungsverfahren. Sie glauben gar nicht, wie viele Vertragsverletzungsverfahren ich Ihnen aufzählen kann.

Dann sagt man, ja muss denn das sein? Ja, es ist ja wirklich die Frage, ob das sein muss. Wir haben dann nur mehr eine sektorale Geltung des Rechtsstaates, wenn man diese Mindestsicherungsdebatte verfolgt. Ich finde das immer lustig, wenn man dann sagt, da sagt ein Rechtsexperte, das ist alles verfassungswidrig, das ist EU-gesetzwidrig.

Aber wenn es um Schengen geht, dann ist das wurscht, wenn Dublin nicht eingehalten wird, ist es auch wurscht, wenn man den Euro retten muss, ist es auch wurscht. Das hat sogar die Frau Lagarde gesagt, wir mussten die Verträge brechen, damit wir den Euro retten.

Also, sektorale Wahrnehmung des Rechtsstaates. Das haben ja auch mittlerweile schon die kleineren und mittleren Gewerbetreibenden, die sagen, in manchen Bereichen, da gebe ich durchaus dem Kollegen Schaller Recht, wenn er sagt, da spielt es keine Rolle, aber bei mir steht dann ein jeder da, der Arbeitsinspektor und so weiter. Aber der will ja auch nicht aus eigenen Gründen jemanden sekkieren, sondern der hat auch etwas zu vollziehen. Der hat auch seine Verantwortung wahrzunehmen. Also, die ganze Sache ist nicht so einfach.

Das, was wir auch besonders berücksichtigen müssen, ist die Situation des Klimaschutzes. Ich sage das ganz deutlich, ich weiß, dass ich da immer wieder Kritik einheimse. Aber was hier gemacht wird, das wird die Wirtschaft tatsächlich gefährden. Es gibt dazu ja auch eine Studie des Energieinstitutes der Johannes Kepler Universität, wo eindeutig auch festgehalten wird, die neuen Ziele, die in Paris vorgegeben wurden, werden dazu beitragen, dass wir volkswirtschaftlichen Schaden auch erleiden.

Jetzt kann man natürlich darüber streiten. Ja ist diese Studie so richtig, ist sie so nachvollziehbar? Aber wir müssen schon darüber nachdenken, wenn es wieder heißt, die reicheren Staaten müssen mehr beitragen. Die reicheren Staaten, das ist Österreich, das ist Deutschland, das sind die Industrienationen, und wir müssen bis in das Jahr 2030 hier 36 Prozent weniger Emissionen schaffen.

Da sagt man, beim Verkehr geht nicht mehr wirklich viel, im Agrarbereich geht es nicht, im Industriebereich geht es nicht, ja dann kommt halt der Gebäudesektor dran. Der Gebäudesektor, der aber eh schon so unter Druck steht und wo wir wissen, dass all das, was durch die Gebäuderichtlinie vorgegeben wurde, zu Mehrkosten von 300 Euro pro Jahr geführt hat, für die Mieterinnen und für die Mieter.

Besonders unsozial ist das Ganze. Das heißt, wir müssen hier natürlich schon auch sehen, was hier nicht nur an Wirtschaft, an Bürokratie entsteht, sondern auch an wirtschaftlichem Schaden. Da ist das schon so ein Thema, das in der Öffentlichkeit immer so salopp irgendwo am Rande beurteilt wird.

Ich zähle jetzt einmal auf, womit mich ich beschäftigen muss, und was dann zu weiterer Administration und Bürokratie führt. 15a-Vereinbarung, OEB-Richtlinie 6, Nationaler Plan, Klima- und Energiestrategie des Bundes, Klimaschutzgesetz des Bundes, Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, EU-Gebäuderichtlinie, Energieeffizienzgesetz, Pariser Klimaabkommen, und so weiter und so fort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ja, das ist auch Administration, das ist auch Bürokratie, und das alles kostet Geld. Und es ist halt dann nicht so lustig, wie wenn man bei einem Klimaschutzgipfel teilnimmt, sondern da muss man die Dinge umsetzen und man weiß ganz genau, dass manches auch gar nicht umsetzbar ist, und dass man im Osten tun kann, was man will, aber bei uns wird die Industrie dafür bestraft, und dafür bin ich auch nicht mehr zu haben. Auch das müssen wir ansprechen, und da müssen wir einen entsprechenden positiven Lobbyismus aus Oberösterreich hinaus auch machen. Das ist eine wichtige Aufgabe.

Wenn wir über Leistung sprechen. Wem ist Leistung nicht wichtig? Leistung ist doch einem jeden wichtig. Kunst ist einem jeden wichtig. Kultur ist einem jeden wichtig. Naturschutz ist einem jeden wichtig. Umweltschutz ist einem jeden wichtig. Alles ist total wichtig. Aber ich frage mich dann schon, wenn ich von jenem Gastronomen höre, aus meinem eigenen Bereich, nicht aus meinem eigenen politischen Bereich, ordentliche Gastronomen, ordentliche Wirtshäuser, so schön am Land, die dann sagen, am Freitag und am Samstag muss ich zusperren, weil ich finde keine Leute mehr.

Jetzt haben wir aber so viele Arbeitslose, und dann heißt es sofort von manchen Gruppen, Gastrogewerbe ist so arg. Nein, Gastrogewerbe ist total schlimm. Nein, da kann man nicht arbeiten. Oder wie man mir jetzt erklärt hat, ein Dachdecker, der selbst zu Asylberechtigten gefahren ist, weil sie ihm nämlich bei der Caritas gesagt haben, nein, um Gottes Willen, der kann ja nicht Dachdecker sein, der hat ja eine Matura. Der kann ja nicht Dachdecker werden.

Nein, er kann Dachdecker werden. Er ist asylberechtigt, es wird den Herrn Kollegen Anschober freuen, dass ich so ein positive Beispiel bringe und nicht von den 26 Anerkannten spreche, die in 40 börsenorientierten Unternehmen Unterschlupf gefunden haben, sondern von einem kleinen Gewerbetreibenden. Ich sage, das ist auch in Ordnung. Ich finde, das passt auch. Der hat sich selbst darum gekümmert. Dem hat keiner geholfen. Der hat sich das selbst alles gemeinsam angeschaut, ist übrigens auch nicht von meiner politischen Gesinnung, aber er hat mir das entsprechend gut geschildert.

Wenn wir von Leistung reden, und dann wird eine Mindestsicherungsdebatte hier vom Zaun gebrochen, wo ich wirklich nur mehr sagen kann, ja wenn Sie in der Gastronomie 1.100 Euro netto verdienen und wer anderer bekommt vom ersten Tag an, ohne dass er einen Tag gearbeitet hat über 900 Euro, dass der vielleicht eine leichte Frustration hat, wenn er in die Arbeit geht, das ist logisch. Und das ist kein Auseinanderdividieren der Gesellschaft, sondern das sagt einem der Hausverstand, dass das Ganze nicht funktionieren kann, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Also, tun wir etwas. Die Punkte, die alle erwähnt sind in diesem Antrag, die unterstützen wir, und ich glaube, dass es grundsätzlich darüber ja auch keine großen Divergenzen in diesem hohen Haus geben wird. Aber am Ende des Tages geht es auch um die Einstellung, es geht um die Einstellung zum Unternehmertum.

Es geht aber auch um die Einstellung, wenn einer mehr leisten will, auch als Arbeitnehmer, und er wird auch daran gehindert. Es geht darum, dass jemand, der etwas arbeitet, ganz einfach besser gestellt sein muss als einer, der nicht arbeiten will. Ich rede jetzt nicht von dem, der nicht arbeiten kann. Das ist wieder eine andere Frage.

In dem Sinne brauchen wir mehr als eine aktuelle Stunde, sondern wir brauchen einen positiven Wertewandel, und den möchte ich gerne mit begleiten. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Rudolf Kroiß.

Abg. **Kroiß:** Werter Präsident, werter Landtag, werte Zuhörer! Mandi, viel Zeit hast du mir nicht gelassen, aber ich versuche, damit umzugehen. Wer nicht mit der Zeit geht, muss mit der Zeit gehen. Wo, wenn nicht in der Wirtschaft oder bei der Arbeitnehmerschaft ist dieser Spruch treffender.

Deshalb ist es höchste Zeit, dass wir heute hier in dieser aktuellen Stunde über die zukünftige Entwicklung unseres Wirtschaftsstandorts in Oberösterreich, dass hier diskutiert wird. Themen, wie angeführt, erstens Intensivierung des Standortmanagements, zahlreiche Auflagen oder Umweltverträglichkeitsprüfungen sind Wirtschaftsbremser, die wir uns wirklich nicht leisten können.

Zweiter Punkt, Chancen durch Digitalisierung, hier liegen wirklich die Arbeitsplätze der Zukunft, und genau diese sind wir unserer Jugend schuldig. Der dritte Punkt, Förderung von Startups und Gründern. Da möchte ich darauf verweisen, nicht nach dem Gießkannenprinzip, sondern ein effizienter Umgang mit den Fördermitteln, mit dem Ziel, zukunftsorientierte und nachhaltige Arbeitsplätze in Oberösterreich vermehrt zu bekommen.

Der vierte Punkt, Forcierung einer aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Arbeitswelt hat sich verändert. Wir stehen vor neuen Problemen, und diese neuen Probleme brauchen auch neue Lösungsansätze. Damit sich die Arbeit auch in Oberösterreich weiterhin lohnt, damit aber auch Oberösterreich im Wirtschaftsranking weiterhin seine derzeit noch gute Position halten kann.

Aber gerade beim letzten Thema, Forcierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik, hat man das Gefühl, dass die derzeit agierenden, verantwortlichen Personen bezüglich Sozialpartnerschaft einen Nachhilfekurs brauchen, was das Wort Partnerschaft eigentlich bedeutet. Die letzten Wortmeldungen und Feststellungen, die sich die Akteure Trauner, Kapsch, Kalliauer oder Pierer kürzlich gegenseitig über die Medien ausrichten ließen, belegen ein Einzementieren der Standpunkte und wenig Verständnis für die Bedürfnisse des Anderen und schaden somit dem Wirtschaftsstandort Oberösterreich.

Bei den KMUs, bei den Kleinunternehmen, aber auch bei den Arbeitnehmern herrscht Unverständnis. Gerade wenn man dabei die Ist-Situation betrachtet, geht es nach dem Monitoring-Report 2016 der Wirtschaftskammer, ist Österreich, und im speziellen Oberösterreich, im vorderen Drittel beheimatet.

Gerade Oberösterreich ist bei den Punkten Exportquote, niedrigere Arbeitslosenquote, Beschäftigungsquote und Erwerbsquote bei Frauen sogar Klassenbester von Österreich, aber die Tendenzen und die Entwicklung der letzten Jahre sind negativ. Klubobmann Mahr hat ja in seiner Rede die Zahlen und Statistiken schon erwähnt.

Das Wunderland Oberösterreich verliert seinen Zauber, schrieb die Zeitschrift Trend in ihrer Ausgabe. Dabei sind Österreichs hohe Staatsverschuldung und die jährlichen Budgetdefizite zu kritisieren. Zu kritisieren ist auch die hohe Steuerbelastung, Lohnsteuer und Einkommen, zu kritisieren sind auch die überbordenden Regulierungsvorschriften bei den Behörden, zu kritisieren ist auch der Fachkräftemangel.

Hier eine Anmerkung, auch hier muss sich das Arbeitsmarktservice wieder auf seine Kernaufgaben konzentrieren und darf nicht von der Politik zum Sozialamt von Österreich umgebaut werden. Zu kritisieren ist aber auch die Arbeitskostenentwicklung und die derzeitige Arbeitsmarktpolitik, der fehlende Mut für Reformen in der Politik und auch der viel zu geringe Anteil von älteren Personen und Frauen am Arbeitsmarkt. Das ist die Realität, der sich früher oder später die Politik stellen muss.

Dieser Stillstand, dieser Reformstau in der Bundesregierung, aber auch bei den Sozialpartnern ist mit nichts zu entschuldigen. Es braucht eine Vielzahl von Deregulierungsmaßnahmen, damit unsere Wirtschaft wieder Luft zum Atmen bekommt. Es braucht faire und verbindliche Rahmenbedingungen zwischen Unternehmern und Arbeitern und eine Senkung der Abgabenquote, damit sich Leistung auch wieder lohnt und nicht wie jetzt oftmals bestraft wird.

Und es braucht verstärkt Anstrengungen in der Bildungspolitik, in der dualen Ausbildung oder bei den Qualifizierungsmaßnahmen, aber auch Anreize bezüglich Rückkehr zum oder längerer Verbleib am Arbeitsmarkt, um hier dem Fachkräftemangel entgegenwirken zu können, denn es ist ein Irrglaube, dass mit der derzeitigen Integrationspolitik dieses demografische Problem zu lösen ist.

Laut einer aktuellen Wirtschaftsstudie aus Deutschland dauert es statistisch acht bis zehn Jahre plus enorme Kosten für den Sozialstaat, bis ein durchschnittlicher Asylwerber für einfachste Facharbeitertätigkeiten in den heimischen Arbeitsmarkt integriert werden kann.

Zu guter Letzt braucht es eine Regierung, die ihre Hausaufgaben macht. Hier möchte ich noch beispielgebend die Schlagworte Verwaltungsreform und Steuerreform erwähnen. Hoher Landtag, es ist Zeit zum Handeln, und mit diesem Antrag soll ein erster von vielen Schritten gemacht werden, um unser Land vom vorderen Drittel wieder ins vordere Fünftel zu bringen. Denn Oberösterreich ist sicherlich nicht der schlechteste Standort für Industrie und Wirtschaft, aber wir können und müssen uns noch in vielen Bereichen verbessern.

Mandi, denn wenn das auch ein Schlagwort ist, geht es der Wirtschaft gut, geht es dem Land gut, geht es den Menschen gut und geht es auch den Arbeitnehmern gut. Glück auf. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich darf Herrn Landesrat Dr. Michael Strugl das Wort erteilen.

Landesrat **Mag. Dr. Strugl, MBA:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes kann man abschließend nicht in zehn Minuten reden, das ist mir klar. Daher möchte ich nur einige wenige Schlaglichter auf die Diskussion werfen, die mir jetzt, im Zuge dieser Debatte, aufgefallen sind.

Ich war in der letzten Woche in Kalifornien, im Silicon Valley, um dort insbesondere zu sehen, wie die Digitalisierung einen Wirtschaftsstandort prägen und ein Wirtschaftssystem verändern kann und wie es dort gelingt, einen unglaublichen wirtschaftlichen Boom, durch

tausende Startups, die praktisch jedes Jahr dort neu entstehen, und wo täglich neue Ideen auch unternehmerisch umgesetzt werden, zu erzeugen.

Gleichzeitig sehen Sie dann, wenn Sie zum Beispiel noch auf herkömmliche Art und Weise aus einem Hotel hinausgehen und ein Taxi haben wollen und mit dem Taxi dann zu einer Adresse hinfahren, dass Ihnen der Taxifahrer dann dort sagt, Sie sind heute der zweite Fahrgast, obwohl es schon am frühen Abend ist.

Dann sieht man, wie die Digitalisierung Geschäftsmodelle völlig verändert, denn dieser Taxifahrer wird bald überhaupt kein Geschäft mehr haben, weil digitale Anwendungen wie Uber, die mittlerweile in San Francisco oder auch in anderen Städten der USA dafür sorgen, dass praktisch alle Taxifahrten von diesen Diensten unternommen werden.

Ehrlich gesagt, vor einigen Jahren hätten wir uns nicht vorstellen können, dass ein Beruf wie Taxifahrer im Zuge einer technologischen Revolution verschwindet. Der Punkt bei der Digitalisierung ist einfach, dass sie ganze Geschäftsmodelle verändert, und dass es da nicht nur darum geht, dass eine neue Technologie zu Automatisierung führt, etwa in der Produktion, sondern dass wirklich völlig veränderte wirtschaftliche Modelle entstehen.

Und darüber muss man noch reden, auch in Europa, was es bedeuten wird, wenn diese technologische Revolution auch unsere Wirtschaft völlig transformiert. Manchmal wird auch darüber diskutiert, ob es Arbeitsplätze kostet. Und die Antwort ist eigentlich sehr eindeutig. Ja, das wird Arbeitsplätze kosten. Das Silicon Valley ist ein gutes Beispiel, wie das geht.

Also, es wird dort deutlich weniger Taxifahrer geben, jetzt schon, und in Zukunft noch weniger, weil andere Personen mit der Uber-App dann die Fahrgäste zu ihren Zielen bringen werden. Täglich entstehen dort hunderte neue Arbeitsplätze im Zuge der Digitalisierung, hauptsächlich durch Startups, die auf digitale Technologien aufbauen.

Man kann sich das dort anschauen, wie das funktioniert. Das heißt, es wird Arbeitsplätze kosten, und es werden neue Arbeitsplätze entstehen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Nettoeffekt ein positiver sein wird, weil zu allen Zeiten technologische Revolutionen dazu geführt haben, dass sich die Wirtschaft weiterentwickelt und neue Arbeitsplätze entstehen, und zwar mehr als solche, die wegfallen.

Aber ich weiß, darüber gibt es kontroverse Diskussionen. Ich habe das deswegen erwähnt, weil es ein gutes Anschauungsbeispiel dafür ist, wie diese Entwicklung Dinge völlig verändert. Aber jetzt weiß ich schon, dass nicht alles ein Vergleich ist, was hinkt. Wir sind in Europa, und wir sind in Österreich, und manchmal denkt man sich vielleicht, wenn man das dort sieht, ja was können denn wir machen, damit wir, so wie Kalifornien, das zur sechstgrößten Volkswirtschaft der Welt aufgestiegen ist, die Vorteile dieser Revolution nutzen?

Wir werden dazu einiges brauchen. Da gehören Dinge dazu wie zum Beispiel Infrastruktur. Ich kann den Kollegen Schaller beruhigen, ich habe nicht vor, die Leitinitiative Digitalisierung mit ihren 20 Punkten hier zu referieren, denn das habe ich schon vor zwei Monaten gemacht. Insofern ist das abgehakt. Aber auf einen Punkt möchte ich eingehen, weil wir das auch im nächsten Monat hier im Budget-Landtag diskutieren werden, das ist Infrastruktur, nämlich Breitband-Infrastruktur.

Wir haben gerade den ersten Call des BMVIT hinter uns. In Oberösterreich ist er dreifach überzeichnet, er wird ein Investitionsvolumen von 100 Millionen Euro in der Breitbandoffensive auslösen. Wir selber werden mit neun Millionen Euro Anschlussförderung dabei sein. Im Budget 2017 wird der nächste Call bedient, auch ungefähr in dieser Größenordnung. Das heißt, es wird hier einiges geschehen, aber ich sage auch dazu, mir geht es trotzdem zu langsam. Eigentlich bräuchten wir zusätzlich noch einmal ungefähr 20 Millionen Euro, um beispielsweise mit einer eigenen Gesellschaft dort zu bauen, wo andere nicht bauen, nämlich dort, wo es sich nicht rechnet. Aber das ist eine andere Geschichte.

Und das Zweite, was wir brauchen, also neben vielen anderen Dingen, aber nur zwei Punkte möchte ich herausgreifen, wir brauchen Menschen, qualifizierte, gut ausgebildete Menschen, die an diesen neuen Arbeitsplätzen Wertschöpfung generieren. Und damit wir die haben, auch in der Zukunft, gibt es auch einiges zu tun, hauptsächlich im Bildungssystem, eigentlich auch in der Demografie, aber Sie wissen ja, wie das ist. Wenn ich auf unseren Fachkräftemonitor schaue und sehe, dass 37.000 Fachkräfte fehlen werden im Jahr 2020, kommt eine Erhöhung der Geburtenrate, zumindest bis dorthin, zu spät. Also wir werden aus der bestehenden Erwerbsbevölkerung diese Fachkräfte herausmobilisieren müssen, aber langfristig gedacht ist es eine Option, das gebe ich zu.

Aber das Wichtige ist, das Bildungssystem muss auf diese Entwicklung am frühesten reagieren. Denn die Digitalisierung wird die Nachfragestruktur am Arbeitsmarkt völlig verändern. Und da haben wir nicht viel Zeit um darauf zu reagieren. Und die Länder, die das am besten und am schnellsten können, die werden am meisten profitieren und an der Spitze dieser Entwicklung stehen. Und wir haben den Ehrgeiz, dass Oberösterreich dazu gehört.

Wenn Sie die Überschrift, Zukunft Wirtschaftsstandort, lesen, dann würde ich das darunter schreiben. Die wichtigste Aufgabe für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich besteht darin, den Fachkräftenachwuchs zu sichern für diesen Standort. Nur dann wird es uns gelingen, dass Unternehmen hier investieren, wenn sie die qualifizierten Fachkräfte bekommen. Es gibt viele Disziplinen im Standortwettbewerb, der in Wirklichkeit ein Investitionswettbewerb ist. Aber die wichtigste Disziplin und die wichtigste Frage, die gestellt wird, neben Infrastruktur und Steuern und Förderungen und vielen anderen Dingen, ist: habt ihr die qualifizierten Fachkräfte? Das ist die Königsdisziplin und darauf werden wir auch den Fokus legen.

Jetzt könnte ich einiges sagen zum Thema Deregulierung. Nur einen Satz, die Gewerbeordnung, so sie in der Novelle das Licht der Welt erblicken wird im Parlament, wird einen Fortschritt bringen und zwar im Betriebsanlagenverfahren. Aber fertig werden wir nie sein mit der Deregulierung und daher verstehe ich jeden, der sagt, ich kann es nicht mehr hören. Es hilft aber nichts, man muss es trotzdem tagtäglich tun und um jeden Millimeter kämpfen. Und auch weil ich das Anfangs erwähnt habe: Unternehmensgründungen, Startups, das ist heuer ein Schwerpunkt im Wirtschaftsressort. Wir haben uns vorgenommen zu diesen 4.500 Unternehmensgründungen im Jahr, die es gibt, von denen ungefähr 1.000 technologieorientierte und damit besonders wachstumsintensive Gründungen sind, wir wollen sie erhöhen, gleich um 10 Prozent bis zum Jahr 2020.

Die Statistik des 1. Halbjahres weist aus eine Steigerung bei den Betriebsgründungen um 9,2 Prozent. Wir sind auf einem guten Weg. Es hat sich tatsächlich etwas getan, auch in der Stimmung, und das ist die wichtigste Ressource für mehr Gründungen. Wir werden heute Abend in Hagenberg den Pre-Seed-Accelerator eröffnen, um aus dem Hörsaal heraus auch technologieorientierte Gründungen zu unterstützen. Das sind alles einzelne Maßnahmen,

das Wichtigste ist aber, wir brauchen diese Menschen, die übrigens nicht alle jung sind, weil das ist auch ein Missverständnis, das manchmal herrscht. Gründer sind nicht alle jung, es gibt auch solche, die beispielsweise in meinem Alter sind oder ein bisschen jünger oder ein bisschen älter, aber jede Gründung ist für diesen Standort wertvoll.

Und jetzt möchte ich die letzten drei Minuten dazu nutzen, um allen Recht zu geben, die vor mir geredet haben, außer dem Kollegen Schaller. Aber nicht weil ich das böse meine, sondern weil ich auf ein paar Anmerkungen eingehen will. Beginnen möchte ich mit einer Frage. Kollege Schaller, was spricht dagegen, wenn sich auf der betrieblichen Ebene die Geschäftsführung und die Belegschaft einigen auf eine Vorgangsweise, beispielsweise in einer Arbeitszeitregelung, was ist daran wirklich schlecht und warum sagst du hier, da höre ich schon kommen, was wir nicht wollen? Das hätte mich interessiert. Ich glaube nämlich, dass das eine gute Idee ist, solche Fragen auf der betrieblichen Ebene zu lösen. Aber weil du nicht mehr dran bist, beantworte ich das für dich.

Die Gewerkschaft möchte es deswegen nicht, weil sie sagt, wenn das alle täten, dann haben ja wir dort nichts mehr zu reden. Und ich glaube, das ist ein Zugang, der problematisch ist. Ich glaube, wenn sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eines Betriebes einigen mit der Geschäftsführung, dann ist das eine gute Lösung in wahrscheinlich 99 Prozent der Fälle. Und dann sollten wir nicht päpstlicher sein als der Papst und die overrulen, weil das passiert manchmal.

Das Zweite ist, ja man kann darüber streiten und Geschmäcker sind verschieden, "abgesandelt" zu einem Wirtschaftsstandort hätte ich wahrscheinlich in der Wortwahl nicht gesagt, aber was der Christoph Leitl gemeint hat ist, dass wir seit dem Jahr 2006 in den Rankings von Platz 6 zurückgefallen sind bis auf Platz 23 im Regional Competitiveness Index und jetzt sind wir wieder hinauf auf Platz 19. Ich glaube, dass er das gemeint hat und zumindest in diesem Punkt hat er Recht. Und wenn gesagt wird, man lebt über seine Verhältnisse. Was könnte denn damit gemeint sein? Meistens das, dass man mehr ausgibt, als man hat oder als man verdient. Und wenn man das länger macht, dann gibt es ein Problem. Wenn das jemand macht wie du und ich, einer der sozusagen als Arbeitnehmer sein Geld verdient und er macht das zu oft und zu lange, dann geht er in Privatkonkurs. Wenn das ein Betrieb macht, dann geht er in Insolvenz. Nur einer kann das machen, ohne dass viel passiert, nämlich der Staat. Und der häuft dann Schulden an und wer diese bezahlt, das wissen wir auch, das sind nämlich dann wieder wir. Und darum sage ich, wenn du da sagst, jetzt schauen wir uns alle an, wer ist denn gemeint damit, wir leben über unsere Verhältnisse, dann möchte ich das gerne beantworten. Gemeint ist die öffentliche Hand und hier müssen wir dafür sorgen, dass das nicht passiert, weil es nämlich unsere Kinder und Enkelkinder zahlen, das ist damit gemeint.

Und ein letzter Satz, weil das rote Licht, das passt jetzt eh gut dazu, schon leuchtet. Ich möchte einen anderen Bundespolitiker zitieren aus dem Sommer. Ich habe mit dem Herrn Bundesminister Stöger, den ich auf der persönlichen, menschlichen Ebene sehr schätze, ein Gespräch geführt über Arbeitszeit und über Bürokratie. Und er hat mir Folgendes mitgegeben, er hat gesagt, Kollege Strugl, Arbeitszeitprobleme kenne ich nicht, ich kenne keinen einzigen Betrieb, der ein solches Problem hat. Also ich bin im Jahr in 200 Betrieben, ich habe ihm gesagt, fahren Sie mit mir einen Tag mit, dann können wir hier auch helfen.

Und das Zweite ist, dass er gesagt hat, Bürokratie ist ein Käse, die Diskussion führe ich nicht mehr. Also man kann es natürlich auch so machen, ich bin auch nicht für das Krankjammern, aber ich bin auch nicht für das Gesundbeten. Aber die Negierung von Problemen, die uns

tagtäglich begegnen, ist in Wirklichkeit auch kein Weg für die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Oberösterreich. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Landesrätin Birgit Gerstorfer.

Landesrätin **Gerstorfer:** Sehr geehrte KollegInnen im Landtag, sehr geehrte Präsidentin! Ich bin jetzt sehr froh, dass der Herr Landesrat Strugl gesprochen hat und ich nicht direkt nach dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner drangekommen bin, weil ich war mir nicht sicher, ob das Thema Wirtschaft und Arbeitsstandort Oberösterreich auf der Tagesordnung ist und nicht Bürokratisierung, Zumutbarkeitsbestimmungen, Klimaschutz und Mindestsicherung, weil da haben wir deutlich mehr davon gehört. Ich bin sehr froh, dass der Herr Landesrat Strugl jetzt gesprochen hat, weil in vielen Teilen dessen, was er sagt, kann ich zustimmen.

Ich muss nicht nach Venezuela schweifen, es reicht Deutschland, um das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zu bedienen, das ist das Institut der Bundesagentur für Arbeit, die zwei Botschaften hat. Die eine ist, die Digitalisierung wird kurzfristig nicht so viele Jobs kosten, aber es wird eines passieren, das ist die schlechte Nachricht, es werden sehr viele Menschen einen neuen Beruf brauchen, weil sich die Arbeitswelt ganz maßgeblich verändert, weil sich das, was auch Herr Landesrat Strugl gesagt hat, die Geschäftsmodelle verändern und weil sich die Qualifikationsanforderungen in den Betrieben maßgeblich verändern, nicht zuletzt auch deswegen, weil es sehr viel Abbau geben wird in der Produktion, gleichzeitig sehr viel Aufbau in der Dienstleistung, wenngleich das auch eine unternehmensbezogene Dienstleistung ist, aber sie ist Dienstleistung, das ist ganz gewiss. Und wenn man diese Nachrichten hört, kann man natürlich gegenüberstellen sehr viele andere Forschungsinstitute, die sagen, es wird bis zu 50 Prozent Jobabbau geben, ja das stimmt in manchen Bereichen, wenn man den Aufbau in anderen Bereichen nicht mitkalkuliert.

Das heißt, wir haben als Politik eine hohe Verantwortung, wir müssen achten, dass uns die Realitäten nicht überholen und wir müssen diesen Auftrag, die Zukunft positiv zu gestalten, auch ernst nehmen und daher möchte ich mit dem Motto Mut und Optimismus antworten und schauen, dass wir was weiterkriegen und bewältigen, nämlich auch in der aktiven Arbeitsmarktpolitik und die kann man natürlich auf dieser Seite schlecht reden, aber die aktive Arbeitsmarktpolitik investiert unglaublich viel Geld in Qualifizierung und das ist ein ganz, ganz wichtiger Beitrag für die Sicherung der Fachkräfte der oberösterreichischen Wirtschaft. Und ich glaube, das kann ich sagen, weil ich mich 26 Jahre, als Geschäftsführerin des AMS, damit beschäftigt habe.

Die Produktion verliert eben diese Arbeitsplätze, die Dienstleistung wird profitieren, Tätigkeitsfelder mit hoher digitaler Kompetenz werden dazugewinnen. Dort wird es auch einen hohen Fachkräftebedarf geben, Geringqualifizierte werden es megaschwer haben, aber es gibt auch die Gefährdung von Personen mit guter Qualifikation. Was daneben natürlich nicht zu vergessen ist, dass Arbeitsplätze mit sehr hohem Einkommen wegfallen und dafür Arbeitsplätze mit niedrigeren Einkommen entstehen und das wird auch das soziale Sicherungssystem im Hintergrund ordentlich fordern. Wir brauchen IT-Kenntnisse, wir brauchen innovative und übergreifende Denkweisen, damit die Prozesse erkannt werden und auch bedient werden können. Die duale Ausbildung in Oberösterreich und in Österreich ist eine gute Basis dafür, aber wenn man die Lehre fordert, dann möchte ich auch gleich alle hier Anwesenden fragen, jene die Kinder haben, wer denn von Ihren Kindern macht eine Lehre?

Wir schicken sie alle, wenn es nur irgendwie geht, in die weiterführenden Schulen und tun so, als wäre die Lehre das Allheilmittel. Ich habe eine Tochter, die die Lehre gemacht hat, auch sie ist erfolgreich. Wenn wir über Qualifizierung sprechen, dann ist es aber nicht nur Aufgabe der Politik allein, auch die Betriebe müssen ihren Beitrag leisten, die wissen nämlich am besten, was sie brauchen und sie müssen auch in die Qualifikation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren, und die Zeit ist keine rosige.

Ich möchte nicht im Heute verweilen, ich möchte einmal ein paar Jahre nach vorne blicken, ganz genau 14 Jahre, in das Jahr 2030, da werden wir nämlich, und ich wünsche mir jetzt sehr, dass Sie aufpassen, weil das ist eine unglaubliche Zahl, wirklich eine unglaubliche Zahl, wir werden über 20.000 Junge weniger haben, die zwischen 15 Jahre und 25 Jahre sind, wir werden über 30.000 25- bis 50jährige weniger haben, aber wir werden 40.000 mehr haben, die über 50 Jahre sind und, und das ist jetzt wirklich die außergewöhnlichste Zahl dahinter, es sind fast nur Frauen über 60 Jahre, aufgrund der Anhebung des Pensionsantrittsalters. Und wenn man Frauenarbeitsmärkte betrachtet und Männerarbeitsmärkte betrachtet, solche Branchen und solche Branchen, dann wird das ganz, ganz unterschiedliche Schwierigkeiten in den Unternehmen produzieren.

Und diese Suche nach den jungen und billigen engagierten Flexiblen wird wirklich eine Schwierigkeit werden und es wird wahrscheinlich so werden, dass sich die Betriebe bei den Jungen, Flexiblen, Engagierten und Billigen bewerben und nicht mehr die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Betrieben, und das sind völlig andere Bilder und völlig andere Herausforderungen.

Aber was tun wir mit jenen, die es nicht schaffen, die nicht mitkommen, die dann arbeitslos werden? Jetzt haben wir jetzt schon 27 Prozent der Arbeitssuchenden über 50 Jahre. Das waren 2008 nur 13 Prozent. Das wird stärker werden, weil wir geburtenstarken Jahrgänge, Michael Strugl und ich haben das selbe Geburtsjahr, in diesem Jahr sind 25.000 Kinder in Oberösterreich zur Welt gekommen und jetzt sind es 14.000, wenn wir da alle rauskommen aus dem Arbeitsmarkt, kommt gerade drei Fünftel nach. Und das ist eine unglaubliche Herausforderung an das Bildungssystem, vom Kindergarten bis zu den Universitäten. Aber jeder, der uns gelingt, in die Lehre zu kriegen ist ein großer Nutzen und Vorteil, weil er ganz nahe bei den Betrieben ist.

Und wenn Sie jetzt noch sagen, es gibt keine Tischler und wir können die nicht vermitteln, ja wir haben sie wirklich nicht, weil wenn es sie gäbe, dann wären sie vermittelt, oder sie sind älter oder gesundheitlich eingeschränkt und deswegen funktioniert es nicht. Das heißt, es ist notwendig, dass wir in diesem Denken nicht nur an die Wirtschaft denken, sondern auch an die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, an alle, die hier in Oberösterreich oder in Österreich leben, die hier zur Bevölkerung gehören. Wenn wir Druck auf die Löhne machen, machen wir auch gleichzeitig Druck auf das Sozialversicherungssystem, das nicht mehr wirklich finanzierbar wird. Es geht darum, dass jeder jemand ist in diesem Land und zwar jene, die Leistung bringen und für die sich Leistung auch hoffentlich in Zukunft lohnt, aber auch für jene, die in dem Moment keine Leistung bringen können oder dürfen. Weil ich kenne wirklich eine Unmenge von Menschen, die gerne arbeiten würden. Sehr, sehr viele mehr, (Dritte Präsidentin: „Frau Landesrätin, ich bitte zum Schluss zu kommen!“) ich bin gleich fertig. Sehr viele mehr wollen arbeiten und dürfen nicht, als umgekehrt. Herzlichen Dank. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Rudolf Anschöber.

Landesrat **Anschober**: Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Eine sachliche, ruhige Debatte, das ist gut so bei einem sehr wichtigen Thema. Es gibt wenige Themen, die wahrscheinlich wichtiger sind und diese Sachlichkeit und diese Ruhe in der Debatte hat möglicherweise damit zu tun, dass sich im Wesentlichen alle einig sind. Denn diese Punkte, die hier beantragt sind, die sind weder neu, noch besonders konfliktorientiert. Wahrscheinlich, wenn wir in anderen Bundesländern, in anderen Landtagen dieselben Debatten führen würden, würde es ähnliche einstimmige Beschlüsse wie hier geben. Wenn wir im Nationalrat die gleiche Debatte führen würden, würde es auch ähnliche Beschlusslagen, nämlich einstimmige, geben, weil alle sagen, das ist richtig.

Jetzt frage ich mich, wo ist der Böse, der all das verhindert? Und wer ist eigentlich zuständig dafür, dass das umgesetzt werden würde? Zuständig ist seit Jahrzehnten die ÖVP. Und wenn es irgendwie eine Möglichkeit gibt, dass wir euch dabei unterstützen, dass ihr euch im Ringen mit euch selbst durchsetzt, dann habt ihr unsere absolute Unterstützung dabei. (Beifall)

Zweiter Punkt. Es wurden, und das war für mich in manchen Details wirklich neu, es wurden sehr, sehr dramatische Punkte und Zahlen genannt, im Bereich Facharbeiter, vor allem aber auch im Bereich demografische Entwicklung. Michael Strugl hat zu Recht gesagt, in manchen Bereichen können wir mit manchen Lösungsmaßnahmen nicht mehr rechtzeitig reagieren. Für mich ist das einer der Kernpunkte, warum man zusätzlich zur menschlichen Ebene im Bereich der Integrationsarbeit hier einen absoluten Schwerpunkt setzen muss und im Bereich Qualifizierung, Ausbildung jetzt investieren muss, damit wir hier bestmöglich diese Herausforderung auch, und ich sage das bewusst, zum Lösen, zum teilweise Lösen können unserer Problem mitnützen. Das wird in vielen Bereichen nicht einfach, aber diese Möglichkeiten, die wir haben, müssen wir nützen und da bedarf es keiner Polemik, sondern da sollten wir eigentlich geschlossen und gemeinsam vorgehen.

Dritter Punkt, weil gesagt wurde, Umweltverträglichkeitsprüfungen sind ein Standorthindernis. Umweltverträglichkeitsprüfungen gibt es europaweit, ich darf aber mit einem gewissen Stolz, weil ich glaube das ist auch ein Standortfaktor, darauf verweisen, dass wir in Oberösterreich die schnellsten Umweltverfahren haben, verweise, wen es genauer interessiert, auf die Homepage des Umweltbundesamtes, wo die Dauern und die Länge der entsprechenden Verfahren im Vergleich dargestellt sind. Oberösterreich hatte im letzten Jahr die mit Abstand schnellsten Verfahren und das ist gut so. Danke den Behörden, danke den Sachverständigen, die hier eine gute Arbeit machen. (Beifall)

Und viertens, ich komme gerade von der Weltklimakonferenz und es wurde von einem Redner, ich will ja gar nicht sagen, wer das kommuniziert hat, gesagt, das mit dem Klimaschutz ist ein riesen Wirtschaftsproblem. Mittlerweile ist es, Gott sei Dank, aufgrund der aktuellen Entwicklungen genau das Gegenteil. Klimaschutz ist eine unserer zentralen Wirtschaftschancen, die wir haben. Aus drei konkreten Gründen heraus. Ja, es war in der Vergangenheit ein Problem zum Beispiel für die voestalpine zu wissen, dass nur bestimmte Standorte im Bereich der Stahlerzeugung mit Klimaschutzauflagen belastet werden, denn im ersten Punkt ist es natürlich eine Belastung für einen Konzern wie die voestalpine. Das ist ja jetzt die ganz große Chance des Weltklimavertrages, dass alle diese Auflagen haben. Das heißt, gleichgültig wohin ich ein Werk verlagern würde, würde ich damit keinen Vorteil mehr haben, weil alle Nationen unterzeichnet haben und zwar völkerrechtsverbindlich unterzeichnet haben, dass sie den Klimaschutzkurs gemeinsam gehen. Auf eine planbare und berechenbare Art und Weise, nämlich langfristig aufgestellt, damit man genau weiß, was ist die Bedingung in zwei Jahren, in vier Jahren, in zehn Jahren, fünfzehn Jahren? Und das

ist gut für die oberösterreichische Industrie, für die oberösterreichische Wirtschaft, dass das Risiko der Standortverlagerung damit gebannt ist.

Punkt Eins: Wirtschaftlich sinnvoll. Punkt Zwei: Es wird mit dem Klimaschutz, mit dem weltweiten und mit den Verpflichtungen, dass es tatsächlich hin in Richtung Dekarbonisierung gehen muss in den nächsten Jahrzehnten. Etwa minus 40 Prozent CO₂-Emissionen bis 2030 durch die Europäische Union ergeben einen gigantisch wachsenden Markt im Bereich der erneuerbaren Energieträger, im Bereich der Energieeffizienztechnologien, im Bereich der grünen Technologien und der Klimaschutztechnologien insgesamt. Europa ist hier längst nicht mehr vorne. Nummer Eins ist mit großem Abstand China. China investiert im Augenblick gigantisch, auf eine Art und Weise, die für uns unvorstellbar ist. China eröffnet derzeit pro Stunde zwei neue Windkraftwerke. Es gibt derzeit pro Tag 500.000 neue Solarpaneele, die in Betrieb genommen werden. Man muss sich einmal die Zahlen vorstellen, da verändert sich eine gesamte Volkswirtschaft in ihren Kernproduktionsbedingungen. Selbe Situation in den USA.

Wir müssen hier in Europa wirklich aufpassen, dass wir hier Technologieführer in wichtigen Zukunftstechnologien bleiben. Und das ist auch mein Anliegen, dass wir bei der Klima- und Energiestrategie, die wir bundesweit jetzt im kommenden Jahr mit Maßnahmen füllen wollen, dass wir dabei auch den Bereich der Wirtschaftschancen als wichtigen Teil dieser Strategie machen. Denn wenn es diese große Veränderung gibt, ist es ähnlich wie im IT-Bereich, wie in den anderen Zukunftsbereichen, wie im Bereich Industrie 4.0. Wenn ich mich hinsetze und darauf warte, dass ich der letzte in der Entwicklung bin, werde ich dabei nicht reüssieren. Wir müssen die Chancen dabei lukrieren.

Und der dritte Bereich: Oberösterreichs Wirtschaft ist, was den Klimaschutz betrifft, wirklich auf eine Art und Weise unterwegs, dass ich auf zumindest große Teile stolz bin. Wir haben mit dem heutigen Tag 600 Betriebe, das muss man sich einmal vorstellen. 600 Betriebe, die sich aktiv im Klimaschutz engagieren, im Klimabündnisnetzwerk „Klimaschutz in Betrieben“. 600 Betriebe, die bisher durchschnittlich 47 Prozent ihrer CO₂-Emissionen eingespart haben. Da sind Große und Kleine drinnen, die damit vor allem ihren Energieverbrauch reduziert haben. Und reduzierter Energieverbrauch bedeutet geringere Produktionskosten, das heißt, sie profitieren selbst auch dabei und genau so muss es gehen. Keine Ho-Ruck-Politik, keine Alleingänge. Wir werden uns deswegen als Oberösterreich offensiv in die Klimastrategie des Bundes einbringen und keine selbstständige entwerfen und dann versuchen, Schritt für Schritt planbar und berechenbar einen Umstellungsprozess zu realisieren, von dem der Standort Oberösterreich profitieren kann und wenn wir gut arbeiten, auch profitieren wird. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe somit diese aktuelle Stunde.

Ich darf sie darauf hinweisen, dass hier noch ein Initiativantrag vorliegt, der in einem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Thema dieser aktuellen Stunde steht. Er trägt die Beilagennummer 268/2016 und ist ein Initiativantrag betreffend Zukunft Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Unsere Oberösterreichische Landtagsgeschäftsordnung sieht vor, dass dieser Antrag unmittelbar nach der aktuellen Stunde und über die Dringlichkeit darüber Beschluss zu fassen ist. Ich eröffne nun über den Antrag, dass der Beilage 268/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe diese damit auch wieder und ich bitte nun die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 268/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand

zu geben (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Geschäftsantrag ist einstimmig, habe ich das richtig gesehen? (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Ja!“) Ja, einstimmig angenommen worden ist.

Auf Grund des soeben gefassten Geschäftsbeschlusses kommen wir nun zur Behandlung dieser Beilage und ich bitte Frau Kollegin Mag. Doris Hummer über die Beilage 268/2016 zu berichten.

Abg. Mag. Hummer: Jetzt war ich zu voreilig und habe gedacht, es ist schon alles erledigt. Geschätzte Frau Präsidentin, entschuldigen Sie die kurze Pause, hohes Haus! Ich darf berichten zu der Beilage 268/2016 betreffend den Initiativantrag den wir ja gerade intensiv gemeinsam diskutiert haben. Es geht darum dass die Oberösterreichische Landesregierung aufgefordert wird, mit der gesamten Kraftanstrengung und mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung die Maßnahmen für die positiven Entwicklung des Wirtschaftsstandortes zu setzen und hier geht es um die Intensivierung des Standortmanagements, die Chancen der Digitalisierung, um die Förderung von Start-Ups, um die aktive Arbeitspolitik, die arbeitsplatznahe Wohnpolitik, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und wir bitten sozusagen unsere Landesregierung alles dafür zu tun, und unseren Wirtschaftslandesrat, sich dafür einzusetzen, dass das erfolgreich umgesetzt wird.

Dritte Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede darüber. Es ist niemand zu Wort gemeldet, somit kann ich sie schließen und auch abstimmen lassen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 268/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen zur Ersatzwahl in den Bundesrat. Durch das Ableben von Herrn Bürgermeister Mag. Christian Jachs im August dieses Jahres ist es notwendig, ein neues Ersatzmitglied an die vierte Stelle zu wählen. Die Präsidialkonferenz hat für diese Wahl einen einstimmigen Wahlvorschlag erstattet. Dieser lautet auf Kollegen Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Josef Rathgeb. Die Wahl erfolgt gemäß den Bestimmungen der Oberösterreichischen Landtagsgeschäftsordnung 2009 durch Zustimmungserklärung und ich bitte jene Kolleginnen und Kollegen des Landtags, welche dem von mir verlesenen Wahlvorschlag auch ihre Zustimmung erteilen, ein Zeichen mit der Hand zu geben (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Dieser ist einstimmig angenommen worden. Damit wurde Herr Kollege Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Josef Rathgeb als Ersatzmitglied an vierte Stelle in den Bundesrat gewählt. Ich gratuliere dazu und darf dich bitte ansprechen, dass ich zukünftig nicht alle Titel sagen muss.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und somit zur Beilage 251/2016. Dies ist der Bericht des Umweltausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Hochwasserschutzmaßnahme Ort im Innkreis/Marktgemeinde Reichersberg. Ich bitte Herrn Kollegen Alois Baldinger darüber zu berichten.

Abg. Baldinger: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher via Internet! Beilage 251/2016, Bericht des Umweltausschusses betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Hochwasserschutz-Maßnahme Ort im Innkreis/Marktgemeinde Reichersberg für den Zeitraum 2016 bis 2020. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 251/2016.)

Der Umweltausschuss beantragt, der Oberösterreichische Landtag möge die aus dem beabsichtigten Abschluss der Vereinbarung über die Hochwasserschutz-Maßnahme Ort im Innkreis/Marktgemeinde Reichersberg sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung für die Jahre 2016 bis 2020 im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Dritte Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Wechselrede und darf als ersten Redner Kollegen Baldinger das Wort erteilen.

Abg. **Baldinger:** Danke! Die Gemeinden Ort im Innkreis und Teile der Marktgemeinde Reichersberg sind durch Hochwässer der Antiesen und der Osternach gefährdet. Im Jahre 2002 beim Augusthochwasser wurden zahlreiche Objekte überflutet und es entstand beträchtlicher Sachschaden. Das Projekt, das ausgearbeitet wurde, zeigt, dass die Hochwasserproblematik mit linearen Maßnahmen in der Gemeinde gelöst werden kann. Der positive Wasserrechtsbescheid wurde am 20. April 2015 erlassen. Leider wurde die Ortschaft Osternach vom Bescheid ausgenommen, da noch eine Zustimmung von einem Grundbesitzer fehlt. Es laufen noch Bemühungen, die Zustimmung zu erlangen.

Sollte das nicht gelingen, so ist in weiterer Folge ein Zwangsrecht einzuräumen. Das sollte aber der letzte Schritt sein. Die Gesamtkosten der geplanten Dämme und Mauern belaufen sich auf 2.558.000 Euro, davon muss das Land Oberösterreich 40 Prozent finanzieren. Das sind in den Jahren 2016 bis 2020 insgesamt 1.023.200 Euro. Wir hatten heuer schon einige Mehrjahresverpflichtungen für den Hochwasserschutz. Die finanziellen Mittel, die diese Projekte benötigen, sind nicht gering, aber sehr wichtig für die Sicherheit und für den Schutz der Anrainer. Wir werden dieser Mehrjahresverpflichtung zustimmen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke Herr Kollege Baldinger. Ich darf als nächsten Redner Herrn Kollegen Erich Rippl das Wort erteilen.

Abg. Bgm. **Rippl:** Verehrte Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, der Vorlage betreffend der Mehrjahresverpflichtung für die Hochwasserschutzmaßnahme Ort im Innkreis und Reichersberg für 2016 bis 2020 wurde ja vom Kollegen Baldinger berichtet, dem werden wir natürlich auch zustimmen. Denn gerade die Hochwässer 2002 und 2013 in einer Größe von einem HQ100 zeigt ja, wie zahlreiche Objekte in Oberösterreich Bezirk Braunau, Ried und Schärading überflutet wurden und diese Maßnahme, wie so viele im Bereich, ist sehr wichtig. Und gerade der Gewässerbezirk Braunau, einer der größten, begleitet und unterstützt diese Maßnahme in diesem Bereich. Dieser teilt sich ja in das Baugebiet Ost mit 793 Quadratkilometer und Baugebiet West mit 860 Quadratkilometer, also gesamt mit 1.653 Quadratkilometer Einzugsgebiet und dazu gehören die Wasserverbände Enknach, Mattig, Ache und Antiesen. An der Antiesen wurden ja bereits in den letzten Jahren einige Maßnahmen durchgeführt. Hochwasserschutz in Hofing, Rückhaltebecken am Blumen- und Erlenweg, Hochwasserschutz in Forchtenau, St. Martin im Innkreis, Dobler Enge und jetzt in Ort im Innkreis und in Reichersberg.

Dieser positive Wasserrechtsbescheid wurde im April 2015 erlassen, aber leider gibt es einen Grundeigentümer, ich weiß es selber, als Obmann-Stellvertreter des Wasserverbandes Mattig kann ich schon ein Buch darüber schreiben, wie viele Anstrengungen es bedarf, eine gütliche Einigung zu erzielen und leider ist es bei dieser Maßnahme genauso wie bei uns im Bezirk Braunau in Uttendorf, wo ein Grundeigentümer eine wichtige Maßnahme verhindert und dadurch Menschen und Objekte in Mitleidenschaft gezogen werden. Irgendwann muss man sagen, nach einigen Jahren, bis drei Jahre, glaube

ich, hat man hier die Verhandlungen zu führen, muss man wirklich zu einem Entschluss kommen und das Zwangsrecht einräumen. So leid es einem tut, aber es kann nicht sein, dass hier Menschen und Andere gefährdet werden.

Ja, die Gesamtkosten von den 2.558.000 Euro sind veranschlagt. Ich kann nur sagen 37,9 Prozent der Bund, da zieht er sich schon etwas zurück. Ich habe die letzte Maßnahme in der Gemeinde Lengau gehabt, da hat der Bund noch 50 Prozent bezahlt, Gott sei Dank, 40 Prozent das Land. Und an den Gemeinden bleiben 22,1 Prozent in diesem Fall hängen.

Hochwasserschutz ist eine ganz eine wichtige Maßnahme und es zeigte sich damals 2002 wie 2013, und ich zeige da ein Bild von einem der größten Rückhaltemaßnahmen im Bezirk Braunau, das ist in der Gemeinde Lengau mit 1,6 Millionen Kubikmeter in Teichstätt und eine Million Kubikmeter Rückstaumaßnahme in Lengau und was das für die Unterlieger bedeutet, da können meine Kollegen beipflichten, ob Munderfing oder Mattighofen, die davon verschont werden. Und darum ist es ganz, ganz wichtig, Hochwasserschutzmaßnahmen auch im gemeinsamen Bestreben umzusetzen. Danke und wir stimmen dem zu. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Franz Weinberger.

Abg. Bgm. **Weinberger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher! Zuhörer haben wir ja leider keine mehr heute. Ja, das 2002er Hochwasser ist uns, glaube ich, allen noch in dementsprechender Erinnerung. Ähnlich war es in den Gemeinden Ort im Innkreis und auch Teile der Marktgemeinde Reichersberg waren damals massiv betroffen. In erster Linie von der Antiesen aber auch von der Osternach in der Gemeinde Ort. Es waren viele Objekte wesentlich über einen Meter überflutet. Es war ein hoher finanzieller Schaden, hoher Sachschaden und es hat sich, wie meine Vorredner Baldinger bzw. Rippl schon gesagt haben, um ein hundertjähriges Ereignis gehandelt.

In weiterer Folge, und da danke ich auch unserem Gewässerbezirk Braunau, ist ein generelles Projekt erstellt worden, das damals jeweils zu fünfzig Prozent Bund und Land finanziert haben. Das Ingenieurbüro Wölfler aus Salzburg, das uns bei solchen Maßnahmen bestens bekannt ist, hat ein grundsätzliches Projekt erarbeitet schon unter dem Ansatz, dass am Oberlauf der Antiesen, sprich oberhalb von Ried drei Rückhaltebecken mit insgesamt 1,2 Millionen Kubikmeter Rückhaltemaßnahmen durchgeführt wurden und daher hat man dann weitere Maßnahmen setzen können. Das generelle Projekt wurde 2009 von den Gemeinden Ort im Innkreis und Reichersberg beim Ziviltechnikerbüro Wölfler in Auftrag gegeben. Jetzt muss man dieses Projekt bedauerlicherweise wieder auf zwei Bauabschnitte teilen, weil eben ein Grundbesitzer an der Osternach nicht zustimmt, was die Grundeinlöse angeht. Der Hochwasserschutz soll so erfolgen, dass eben Einfangdämme errichtet werden und dann Hochwasserschutzmauern. Vor allem in den dicht verbauten Bereichen in Ort im Innkreis im Ort bzw. in Osternach und teilweise eben auch in Reichersberg.

Aber im Grunde ist natürlich die Bevölkerung sehr, sehr froh, dass, wenn man das so sagen darf, jetzt wirklich etwas vorangeht. Derzeit läuft gerade die Ausschreibung und im Frühjahr 2017 soll die Vergabe erfolgen und die Baumaßnahmen auch beginnen. Und die Bezirkshauptmannschaft Ried bemüht sich jetzt bei dem Grundbesitzer, und wenn es nicht anders geht, muss eben Zwangsrecht ausgeübt werden. Ich weiß, dass ist immer etwas, was man nicht gerne hat, vor allem als Bürgermeister. Ich kenne das von Umfahrungrundeinlösen und dergleichen. Aber es kann nicht sein, dass ein Einzelner

sozusagen etwas verhindert, was volkswirtschaftlich einen hohen Schaden in Zukunft anrichten kann. Und da geht es natürlich um einen Hochwasserschutz für ein hundertjähriges Ereignis. Die finanziellen Mittel sind schon genannt worden. Knapp 2,6 Millionen Euro wird eben aufgebracht durch 40 Prozent des Landes in den Jahren 2016 bis 2020 und ich bin da auch ein wenig beim Kollegen Rippl, weil ich auch andere Fördersätze des Bundes aus dem eigenen Bereich des Wasserverbandes noch kenne, wo man mit 40, mit 45 oder ausnahmsweise einmal mit 50 Prozent rechnen habe können und der Interessentenbeitrag bei zehn Prozent war und das müssen halt die Gemeinden erbringen, aber trotzdem, glaube ich, ist es wichtig, dass etwas vorgeht und selbstverständlich sehen wir die Notwendigkeit des Hochwasserschutzes, der Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger der Gemeinden Ort im Innkreis, der Ortschaft Osternach und auch Teile von Reichersberg. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Selbstverständlich stimmen wir dieser mehrjährigen Finanzierung und diesem Projekt zu und ich glaube, damit können wir zeigen, dass das Land Oberösterreich und der Oö. Landtag dementsprechend dahinter ist, dass Sicherheit auch im Hochwasserschutz ein wichtiger Beitrag für unsere Bevölkerung ist. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oö. Landtags, die dem Antrag zur Beilage 251/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Danke schön. Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 252/2016, das ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die vertragliche Zahlungsverpflichtung des Landes Oberösterreich infolge der Weiterführung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen im Rahmen des Grundvertrags für den OÖVV. Ich bitte Herrn Abg. Peter Handlos über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Handlos:** Beilage 252/2016, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die vertragliche Zahlungsverpflichtung des Landes OÖ im Zeitraum 11. Dezember 2016 bis 10. Dezember 2017 infolge der Weiterführung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen im Rahmen des Grundvertrags für den OÖVV vom 19. Dezember 2002 (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 252/2016.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die aus der vertraglichen Zahlungsverpflichtung des Landes OÖ im Zeitraum 11. Dezember 2016 bis 10. Dezember 2017 infolge der Weiterführung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen im Rahmen des Grundvertrags für den OÖVV vom 19. Dezember 2002 sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Ich darf über diese Beilage die Wechselrede eröffnen. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Handlos. Bitte schön.

Abg. **Handlos:** Inhaltlich ist die Sache bekannt. Wir haben das sehr ausführlich im Ausschuss besprochen. Was mir ganz, ganz wichtig ist, meine Damen und Herren, der Oö. Landtag ist das erste Mal befasst mit der Verlängerung einer solchen vertraglichen

Zahlungsverpflichtung des Landes Oberösterreich infolge der Weiterführung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen im Rahmen des Grundvertrags für den OÖVV.

Grund dafür ist der nunmehrige Infrastruktur-Landesrat Mag. Günther Steinkellner. Landesrat Steinkellner hat als Klubobmann genau das jahrelang gefordert und hat dies jetzt zur Umsetzung gebracht. Bis dato wurde das immer durch einen Regierungsbeschluss auf den Weg gebracht, obwohl die zwölfmonatige Verlängerung nicht ident mit dem Kalenderjahr ist.

Für diese transparenzfördernde Maßnahme ein herzliches Dankeschön an den Herrn Landesrat. Weiters bedanke ich mich als Verkehrssprecher der FPÖ Oberösterreich bei allen Fraktionen. Es wurde im Ausschuss ja Einstimmigkeit erzielt und ich ersuche um Zustimmung. (Beifall)

Präsident: Danke schön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Rudolf Raffelsberger. Bitte sehr.

Abg. Bgm. **Raffelsberger:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ja, es geht bei diesem Punkt wieder um die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung, konkret um die Finanzierung von Verkehrsdienst- und Tarifbestellungen. Das besondere, Herr Kollege Handlos hat es ja gesagt, ist vielleicht, dass das Ganze eigentlich eine Einjahresverpflichtung ist. Nachdem das aber über zwei Kalenderjahre darüber geht, nämlich vom 11. Dezember diesen Jahres bis 10. Dezember 2017, ist doch der Oö. Landtag und damit das erste Mal damit beschäftigt und wir dürfen heute darüber bestimmen und abstimmen.

Konkret geht es um zwei verschiedene Teile. Zum einen geht es um die Finanzierung von Verkehrsdienstbestellungen für jene Privatbahnen und Buslinien, bei denen es noch keine echte Mehrjahresverpflichtung gibt und zum anderen geht es um die Weiterführung von Verkehrsdienstverträgen und Tarifbestellungen, die dafür aufgewendet werden, dass die Verkehrsunternehmen einheitliche Tarife anbieten können. Vor allem aber, dass sie auch im Personennah- und Regionalverkehr für bestimmte Nutzergruppen Angebote stellen können.

Ich rede da von Familien, von Jugendlichen, von Senioren, aber auch von den Pendlern. Notwendig ist diese Finanzierung deswegen, weil die Kosten des öffentlichen Verkehrs, insbesondere auf Nebenstrecken oder ganz besonders auf Nebenstrecken durch Tarifeinnahmen natürlich nicht gedeckt werden können.

Es ist daher die Unterstützung der öffentlichen Hand unbedingt notwendig, damit diese Nebenstrecken auch weiterhin betrieben werden können. Ich denke, dass der öffentliche Verkehr gestützt und unterstützt werden muss. Er muss uns etwas wert sein. Gerade wir in Oberösterreich, denke ich, wollen unseren Bürgerinnen und Bürger einen modernen und vor allem einen kundenorientierten öffentlichen Verkehr anbieten.

Zu den 61 Millionen Euro, die heute hier beschlossen werden sollen, kommen noch sieben Millionen Euro dazu von der Lehrlingsfreifahrt, ich glaube, die muss man da auch mit dazu rechnen und 19 Millionen Euro haben wir erst vor kurzem beschlossen für die streckenbezogenen Linien der ÖBB, und noch gibt es zu dem weitere Mehrjahresverpflichtungen, soweit ich herausgelesen habe, glaube ich, gibt es noch acht Millionen Euro, die haben wir da herinnen noch nicht behandelt, weil diese zur Zeit noch gültig sind. Insgesamt wird das wohl eine Summe von rund 100 Millionen Euro sein. Eine erkleckliche Summe, wie ich meine, was hier vom Land Oberösterreich in den öffentlichen

Verkehr investiert wird, verglichen wieder einmal mit einer Gemeinde, mit meiner Gemeinde, einer 5.000 Einwohnergemeinde. Ich muss für das gesamte Budget mit einem Zehntel dieser Summe auskommen und alle Gemeindeaufgaben damit erfüllen. Also ich denke, da brauchen wir uns als Land Oberösterreich nicht verstecken.

Die Grundlage für diese Zahlungen bilden die Beschlüsse zum Oberösterreichischen Verkehrsverbund, der bereits im Jahr 1995 eingerichtet wurde. Auch wenn es 2003 da noch einmal zu einer Änderung gekommen ist, sind die Beschlüsse und vor allem diese Grundlagen mittlerweile über 20 Jahre alt. Ich bin ein Verfechter und ein Befürworter des öffentlichen Verkehrs, wenngleich ich auch nicht wirklich ein Nutzer bin. Es ist aus meiner Sicht unbestritten, dass wir, wenn wir weiterhin diesen öffentlichen Verkehr auch in der Peripherie draußen, am Land draußen anbieten wollen, dass wir entsprechend investieren müssen.

Ich bin aber trotzdem davon überzeugt, dass nach 20 Jahren auch wieder einmal nachgedacht werden kann, nachgedacht werden soll, ob wir diese Investitionen nicht irgendwie effizienter und zielführender einsetzen können. Ich glaube, über das darf man immer wieder nachdenken und es wäre nach 20 Jahren vielleicht wieder einmal angebracht.

Ich halte nichts davon, dass wir Busse auf Linien schicken, deren Scheiben verdunkelt oder verspiegelt sind, nur damit man von außen nicht sieht, dass in diesem Bus keine Fahrgäste sitzen. Wir sollten uns vielmehr Gedanken machen, wie wir das Angebot des öffentlichen Verkehrs für den Kunden, nämlich für den Nutzer moderner und attraktiver gestalten.

Ich gebe jenen Linzern, die im Stadtrat sitzen, nicht recht, wenn sie sagen, dass der Leidensdruck der Autofahrer noch zu gering ist, dass sie auf ein öffentliches Verkehrsmittel umsteigen. Ganz im Gegenteil, es liegt an uns, an uns Verantwortlichen, dass wir für diese Kunden ein attraktives Angebot erstellen, dann wird er mit Sicherheit auch genutzt werden. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Verehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher! Ja, der Vorlage betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die vertragliche Mehrjahresverpflichtung zu der Zahlungsverpflichtung des Landes im Zeitraum 2016 bis 2017 werden wir als SPÖ-Fraktion die Zustimmung geben.

Im letzten Ausschuss hat uns Herr Dipl.-Ing. Kubasta und Herr Dipl.-Ing. Holzer ausführlich informiert. Die in dem genannten Zeitrahmen erfolgten Bestellungen bei den Kraftfahrlinienunternehmen wurde auch in der Tabelle angeführt und belegt. Die dargestellten Kosten der Verkehrsdienste ohne Abzug von Fahrgeldern und Abgeltung für die Durchführung der Schüler- und Lehrlingsfreifahrt ist angeführt und einige in der Liste nicht enthaltene sind Verkehrsdienste, die genehmigte Mehrjahresverpflichtungen darstellen, dies sind Leistungsbestellungen.

Wir haben ja auch die Frage gestellt, was sind Leistungsbestellungen und Tarifbestellungen? Bei den Leistungsbestellungen bestellen wir die Kilometer und zahlen sie auch dementsprechend und bei der Tarifbestellung, die auf Basis von 1995 entsprechend, der

Beschlüsse der Landesregierung und des Landtags eingerichtet wurden, sind dies Bestellungen, die zur Unterstützung der Tarife und auch die Gemeinden mitfinanzieren.

Das glaube ich, ist auch wichtig und richtig, denn wir haben 2014 hier im Landtag beschlossen das Regionalverkehrsfinanzierungsgesetz, wo alle Gemeinden nach einem gewissen Schlüssel auch die Finanzierung mittragen, somit kann nicht die eine oder andere Gemeinde sich aus der Verantwortung stehlen oder der finanziellen Zuzahlung stehlen.

Ich möchte meinen Dank an die Fachabteilung, speziell Dipl.-Ing. Holzer, meinen Dank ausrichten allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und wir werden der Weiterführung und dieser Mehrjahresverpflichtung die Zustimmung geben. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke schön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abg. Severin Mayr. Bitte sehr.

Abg. Mayr: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem wir uns vorher bei den Qualitätskriterien noch nicht ganz einig waren, ein bisschen eine Aufregung dabei mitgeschwungen ist, verorte ich jetzt weitgehende Übereinstimmung. Ich glaube, alle sind sich einig, dass diese Mittelfreigabe für die Weiterführung dringend notwendig ist und dass sehr, sehr wichtig ist, dass es da auch eine breite Mehrheit gibt, dass wir da dahinter stehen und auch klar signalisieren, was für eine enorme Wichtigkeit der öffentliche Verkehr für unser Bundesland hat.

Ich will jetzt nicht alles wiederholen, was der Kollege Raffelsberger schon völlig richtigerweise angemerkt hat. Vielleicht noch einmal verstärkt darauf hinweisen, dass in der momentanen Diskussion die eine oder andere Wortmeldung, sehe ich genauso, aus der Linzer Stadtregierung verzichtbar gewesen wäre, dass da auch Stimmung gemacht wird, dass da ein Gegeneinander entsteht zwischen den Linzerinnen und Linzern, die ein Interesse haben an einer halbwegs guten Luft, an einem halbwegs guten Verkehrssystem und auf der anderen Seite die Pendlerinnen und Pendler, die jeden Tag sich auf ihren Weg nach Linz machen.

Und die Kosten, die wir heute beschließen, die werden in den nächsten Jahren steigen. Die werden in den nächsten Jahren steigen müssen, weil es darum gehen wird, dass wir mehr und mehr Personen zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr ermutigen. Da ist ein Potential vorhanden. Alleine, wenn man sich anschaut, dass jeden Tag 110.000 Menschen sich auf den Weg machen nach Linz und da spreche ich jetzt nur einmal vom Bereich des Pendelns, nur vom Bereich derer, die jeden Tag sich auf den Weg in die Landeshauptstadt machen. Wenn von diesen 110.000 Menschen 75 Prozent noch mit dem PKW unterwegs sind, dann wird allen klar, was da noch für unendliches Potential vorhanden ist und dass es da noch viel Anstrengung braucht, dass wir da eine Trendumkehr erreichen können.

Natürlich ist da wieder die Frage der Kosten. Man hört es auch oft, wenn es um Infrastrukturprojekte geht. Hört man den Landesrat: Ja eh, aber wo ist denn das Geld dafür? Ich glaube, dass wir die Diskussion noch weiter führen müssen. Nicht nur in Bezug auf wichtige Projekte, die noch gebaut werden müssen, sondern auch dahingehend, dass es dabei immer nur um einen Bruchteil geht von den Folgekosten, die entstehen durch den Stau.

Allein was jeden Tag die Menschen an Lebenszeit verlieren in den vielen Staustunden, die sie in Linz herumstehen. Alleine was für Umweltkosten entstehen dadurch, dass so viele

Menschen noch auf das Auto angewiesen sind, alleine diese Gründe sprechen dafür, dass das Geld auch dafür da sein muss, den Stau zu bekämpfen und dafür braucht es einen attraktiven öffentlichen Verkehr. (Beifall)

Präsident: Danke schön. Mir liegt keine Wortmeldung, doch, Entschuldigung. Bitte, Herr Landesrat Mag. Steinkellner.

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren im Haus, im Internet und niemand auf der Galerie! Herr Kollege Mayr, nochmals, ich hab es Ulli Schwarz schon gesagt, der Westring ist ein Verfahren, das bereits seit 2008 läuft, 2014 war eigentlich alles erledigt und jetzt haben wir 2016, das Bundesverwaltungsgericht hat noch immer nicht das Erkenntnis getroffen und wenn man hier herinnen, in diesem Haus, gegen den Stau spricht, dann darf man nicht draußen gegen Infrastrukturprojekte Stimmung machen beziehungsweise sie juristisch sogar noch in Verfahren unterstützen. (Zwischenruf Abg. Mayr: „Wir wollen die Mühlkreisbahn!“) Wir wollen auch die Mühlkreisbahn und wir wollen auch Bahnen, aber die Autofahrer, die im Stau stehen, tagtäglich auf der B127, die hätten sich schon längstens auch eine vierte Linzer Donaubrücke verdient. (Beifall)

Und wenn ein grüner Mandatar hier heraußen steht und sagt Staubekämpfung und gleichzeitig die Verfahren begünstigt, die einen Stau produzieren, weil wir kein Infrastrukturprojekt zustande bekommen, weil alle Projekte verzögert werden, dann habe ich null Verständnis. (Beifall. Unverständliche Zwischenrufe links.) Dass die Mühlkreisbahn in den letzten 20 Jahren unter schwarz-grüner Regierungsbeteiligung nicht weiter vorangetrieben worden ist, das kann ich nicht beurteilen. Aber da gibt es Abgeordnete, die sind schon länger da. Hätte man halt vielleicht früher schon ordentliche Lösungen zustande bringen sollen, aber es ist ein bisserl ein Problem bei den Grünen gewesen, weil die Grünen am Land gegenüber den Grünen in der Stadt offensichtlich keinen Konsens herstellen konnten, was den dann wirklich durchfahren soll. (Unverständlicher Zwischenruf links.) Hat nicht funktioniert. Ich erwarte mir hier dann, wenn es um das Geld geht, wirklich eine entsprechende Unterstützung für ein Konzept, das ergebnisoffen auch wirklich in die Region fahren kann. Das ist das, was man jetzt durch entsprechende Behinderungsstrategien oder neidvoll, die bringen vielleicht etwas zusammen, was wir nicht zusammengebracht haben, wiederum behindern sollte, vielleicht könnten die Grünen irgendwann einmal ein großes Infrastrukturprojekt auch einmal mit Leidenschaft unterstützen, nicht immer mit Leidenschaft behindern. (Zwischenrufe links: „Tun wir! Wir tun es!“ Beifall.)

Ja, die Leidenschaft bei der Mühlkreisbahnunterstützung haben wir ja erlebt, deswegen haben wir ja immer noch die Langsamfahrstellen und es ist nichts passiert. Wo ist denn da die Leidenschaft geblieben? Was ist denn da passiert in der letzten Zeit? Aber ich bedanke mich. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Ist das ein Klubobmann?“ Heiterkeit.) Ja, Herr Kollege Makor, manchmal kommen alte Erinnerungen auf. Heiterkeit. Nein, wir werden tatsächlich große Herausforderungen im öffentlichen Verkehr auf uns zukommen sehen.

Wir werden uns im Rahmen der Budgetdebatte auch über eine Finanzplanung für die Zukunft unterhalten müssen und wir werden wirklich im öffentlichen Verkehr sehr viel mehr Geld benötigen. Wir werden auch ein höheres Budget bereits heuer beschließen können. Das ist noch lange nicht das, was in der Zukunft wirklich auf uns zukommt. Ich möchte mich bei all jenen bedanken, die hier wirklich tolle Arbeit leisten, der Geschäftsführer des Verkehrsverbundes Dipl.-Ing. Kubasta, genauso die Planer unter der Leitung des Gruppenleiters Dipl.-Ing. Holzer. Es ist nicht immer einfach, auch im Busbereich. Auf der

einen Seite die Wirtschaftlichkeit vor Auge zu haben, um ein Angebot zu erweitern und da auf der anderen Seite es jedermann recht zu machen.

Der eine will schnell von Freistadt nach Linz und nicht über Neumarkt fahren und der in Neumarkt regt sich auf, weil eine Linie dann weniger fährt. Ich verstehe es und auch da müssen wir darauf aufpassen, man darf nie das Kind mit dem Badewasser ausschütten, das ist klar, aber wir können es nicht jedermann recht machen. Wir versuchen optimale Lösungen zustande zu bringen. Es ist ein Kommunikationsprozess immer vorgestaffelt, vor Busplanungen mit den jeweiligen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern. Findet statt. Manchmal, wenn es dann beschlossen wurde und umgesetzt wurde, erinnern sich manche nicht daran, dass sie im Entscheidungsvorprozess selbstverständlich miteingebunden waren. Ich sage nur ganz gleich, wer hier die Verkehrsplanung macht, es ist wirklich parteimäßig komplett unabhängig, niemand kann es jedem Recht machen, vollkommen ausgeschlossen, niemand kann alle einzelnen Individualbedürfnisse zufriedenstellen. Ich sage, ein Zug mit fünf Personen, der fährt und entsprechende Kilometerkosten verursacht, ist dem allgemeinen Steuerzahler nicht zumutbar, das geht nicht, tut mir leid, wenn der dann nicht fahren kann. Dort, wo wir ein Potential haben, dass wir zusätzliche Fahrgäste, sei es bei Bussen, sei es bei Bahn, gewinnen können, um den öffentlichen Verkehr auszubauen, sollten mit einem Schulterchluss alle politischen Gruppierungen zusammenhelfen, alle die daran interessiert sind, den öffentlichen Verkehr auszubauen, dass wir gar niemanden nötigen zum Umsteigen, sondern dass jeder mit Leidenschaft öffentlich fährt, dann haben wir keinen Stau, stressfrei kommen wir in die Freizeit oder zum Arbeitsplatz. Danke für die Unterstützung. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Landesrat. Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor, ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 252/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Danke, ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 253/2016, das ist der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend die Verankerung des Prinzips „Schulsprache Deutsch“. Ich bitte die Frau Abgeordnete Mag. Silke Lackner über diese Beilage zu berichten.

Abg. Mag. Lackner: Beilage 253/2016, Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport betreffend die Verankerung des Prinzips "Schulsprache Deutsch".
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 253/2016.)

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, durch eine Änderung der bundesrechtlichen Bestimmungen sicherzustellen, dass nicht nur während des Unterrichts, sondern auch in den Pausen sowie vor und nach den Unterrichtseinheiten auf dem gesamten Schulareal deutsch gesprochen wird.

Präsident: Dankeschön, ich darf darüber die Wechselrede eröffnen, ich erteile Herrn Klubobmann Mahr das Wort.

Abg. KO Ing. Mahr: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben eine kritische Ausgangslage im Bildungsbereich. Daher glauben wir, dass es ein rasches Handeln erfordert. Vergangene Woche haben wir die letzten Zahlen bekommen, die ich ihnen ganz kurz vorstellen darf. Volksschüler mit nicht deutscher Muttersprache 2013/2014

haben wir noch 12.700 gehabt, 2015/2016 waren wir auf 14.227, 2016/2017 haben wir bereits 15.800. Besonders alarmierend die Zahlen in den Volksschulen. Von diesen 15.839 Schülern mit nicht deutscher Muttersprache werden 7.108 Schüler als außerordentliche Schüler geführt. Das heißt, sie können dem Regelunterricht nicht folgen. Sie werden auch keiner Benotung unterzogen. Erschreckend auch der sprunghafte Zuwachs in der Neuen Mittelschule. Dort verzeichnen unsere Schulen einen Anstieg von 130 Prozent, nämlich von 4.843 auf 11.042 Schüler, obwohl die Gesamtzahl dieser Schüler in dieser Form sogar gesunken ist. Das sind alles Zahlen, die uns der Landesschulrat übermittelt hat. Seit rund sieben Jahren steigt der Anteil der Schüler mit nicht deutscher Muttersprache pro Jahr um rund ein Prozent. Dieses Jahr sprechen wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, von einem 45-Prozent-Sprung. Wir haben im Vergleich zum Vorjahr 19.520 Pflichtschüler mit nicht deutscher Muttersprache, dieses Jahr 28.284, das entspricht gesamt 27 Prozent. Es sind die Klassen, wo 100 Prozent nicht deutscher Muttersprache gesprochen wird, von 65 auf 76 angestiegen.

Das sind alarmierende Zahlen. Es ist natürlich ganz klar, dass Kinder aus einem fremden Kulturkreis natürlich dann sehr, sehr oft unter sich bleiben. Für uns als FPÖ ist der Zugang, dass dieses Abschotten, dieses hinausgestellt werden nur dadurch geregelt werden kann, dass Deutsch die Sprache ist. Dass sich jeder in Deutsch verständigen kann, damit es wieder eine Kommunikation unter den Kindern, unter den einzelnen Nationalitäten gibt. Für uns ist Schulsprache Deutsch wirklich ein wesentlicher Schlüssel. Nicht nur das Prinzip der Schulsprache als solches, sondern auch als Unterrichtssprache. Aber auch als Sprache am gesamten Schulgelände, in den Pausen, am Schulhof, bei einem Betriebsausflug, Schüler oder Schulausflug, ganz egal wie. Wir haben mit der ÖVP gemeinsam im Februar 2016 eine Bundesresolution eingebracht. Der Bund hat in einem meines Erachtens typischen, ganz kurz gehaltenen Antwortschreiben völlig indiskutabel gezeigt, dass auf der Bundesebene niemand zuständig ist. Er hat gesagt, das ist unzulässig.

Wir haben gesagt, okay dann schauen wir uns das an. Wir haben ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben. Wir haben mit zwei Innsbrucker Universitätsprofessoren, nämlich dem Universitätsprofessor Dr. Pernthaler und dem Universitätsdozenten Mag. Juranek eine Expertise, wo beide Juristen uns bestätigen, dass das natürlich überhaupt kein Thema ist. Alle sagen summa summarum gesehen, es gibt fünf Wege für eine Deutschpflicht in den Schulen. Das ist erstens einmal die Staatssprache Deutsch als Schulsprache, sie ist deshalb auch Teil des Bildungs- und Erziehungsauftrags. Dann die Sprachenfreiheit, die ist immer diskutiert worden, weil die Unterhaltung in der Schule kein Privatverkehr ist. Es wird die private Sprachenfreiheit auch nicht verletzt. Dann gibt es die Privatsphäre. Da sagen sie, auch außerhalb des Unterrichts ist die Schule kein Raum der Privatheit. Ein Eingriff in die Privatsphäre ist dadurch nicht gegeben. Dann sagen sie die Vorteile, bei Eingriff in die Rechte mit nicht deutscher Muttersprache, ist im Vergleich zu den sich daraus ergebenden Vorteilen sehr gering. Zur Bildungspflicht sagen sie, der Staat ist für die Bildung verantwortlich. Deshalb ist für das Kindeswohl die Anordnung der Deutschpflicht ein Muss. Soweit das Rechtsgutachten, das uns in unserem Antrag bestätigt. Ich darf Ihnen noch eine Frage des Tages, die von der Kronen Zeitung initiiert worden ist, mitgeben. Da ist es darum gegangen, soll in der Pause nur Deutsch gesprochen werden? 94,3 Prozent der Bevölkerung sagen Ja und nur 5,7 Prozent sagen Nein. (Beifall)

Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Peutlberger-Naderer.

Abg. **Peutlberger-Naderer:** Sehr geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestern hatte ich Besuch einer Freundin aus meiner Heimatgemeinde, die in New York

arbeitet. Ihre Tochter lernt dort vom Kindermädchen Spanisch, von der Mutter Deutsch, sie wird spielend drei Sprachen können, wenn sie in die Schule kommt. Sehr gut, meinen die Gehirnforscher, Mehrsprachigkeit ist super für die Synapsen im Gehirn, das verzögert Alzheimer und so weiter. Wenn ich beim Inhalt so darüber nachdenke, bin ich auch davon überzeugt, dass es unseren migrantischen Schülerinnen und Schülern schon hilft, über eine Fremdsprache oder über ihre Muttersprache den Zugang zur deutschen Sprache zu finden. Wenn ein Wort nicht bekannt ist, ich kann meine, sage ich einmal, bosnische Mitschülerin fragen, was heißt denn das, sie erklärt einen Begriff oder ein Wort eben in ihrer Muttersprache. Also wir wollen auf keinen Fall diese Einschränkung der persönlichen Freiheit, dass Kinder in der Pause nur Deutsch sprechen dürfen, kurz gesagt, wir wollen lieber mehrsprachige als einsilbige Haltungen. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Wie sollen sie denn kommunizieren?“) Also ich spreche manchmal mit meiner Tochter Französisch und Deutsch, es gibt manche Leute, die lernen jetzt Deutsch und sprechen in einem Satz dann ein Wort Englisch. Das ist für mich total in Ordnung, da lernt man dann, weil man kann dem anderen auch wirklich eine Sprache besser beibringen, wenn man mit Mehrsprachigkeit hinführt zu einem guten Erlernen der deutschen Sprache. Wenn ich diesen Antrag jetzt als Sozialdemokratin bewerte, dann wissen Sie sicher unsere Einstellung dazu, wir können auch der Geisteshaltung in dieser Beilage nicht folgen. Überdies habe ich fast den Eindruck, dass man eine Selbstbeschäftigung des Landtags macht, wenn man genau zu so einem Thema überbordend agiert, lieber mehrsprachig als Einsilbigkeit. Dankeschön. (Beifall)

Präsident: Als Nächstes darf ich Herrn Klubobmann Hirz das Wort erteilen.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Es fällt offenbar der schwarz-blauen Regierung in Oberösterreich sehr schwer anzuerkennen, dass man eigentlich mit der Deutschpflicht in den Schulpausen gescheitert ist. Für mich ist es eine relativ unverständliche Verbissenheit, mit der man im Endeffekt jetzt insgesamt den siebten Antrag in diesem hohen Haus hier stellt seit 2007. Also sieben Anträge in sechs Jahren, fünf Mal hat die ÖVP dagegen gestimmt, zwei Mal in diesem Jahr bringt sie einen entsprechenden Antrag zur Deutschpflicht mit der FPÖ ein. Meiner Meinung nach ist es so, dass da die ÖVP offensichtlich eine der wichtigsten bildungspolitischen Forderungen der FPÖ übernimmt, weil ich kann es mir sonst nicht erklären, warum eine derartige Häufigkeit an Anträgen zum Deutschzwang sozusagen in diesem hohen Haus besteht. Wir haben erst im März dieses Jahres einen fast wortidenten Antrag an den Bund verabschiedet, wir ÖVP und FPÖ, das Bildungsministerium hat relativ klar geantwortet, sie haben gesagt, wir lehnen das erstens einmal ab aus pädagogischen Gründen, wir lehnen es ab, weil wir glauben, dass es eine Wichtigkeit von Mehrsprachigkeit gibt, die Muttersprache wichtig ist. Der Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes hat gesagt, das ist ein starker Eingriff in das Privatleben der Schülerinnen und Schüler, er hat rechtliche Zweifel geäußert, ob das möglich ist. Jetzt frage ich mich im Endeffekt, was soll denn dieser Antrag, der jetzt wieder gestellt wird, was soll das eigentlich für einen Sinn haben? Wenn ich auf dieser Seite mir anschau, was für ein Antrag sozusagen heute verabschiedet werden soll, dann steht da, die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, durch eine Änderung der bundesrechtlichen Bestimmungen sicherzustellen, dass nicht nur während des Unterrichtes, sondern auch in den Pausen, sowie vor und nach den Unterrichtseinheiten auf dem gesamten Schulareal Deutsch gesprochen wird. Am 3. März dieses Jahres ist beschlossen worden, die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass durch eine Änderung der bundesrechtlichen Bestimmungen gewährleistet werden kann, dass nicht nur während des Unterrichtes, sondern auch in den Pausen, sowie vor und nach den Unterrichtseinheiten auf dem gesamten Schulareal Deutsch gesprochen wird. Wenn man sich die Begründung

anschaut, die ich Ihnen jetzt erspare, dann sind die drei Absätze im Endeffekt gleich. Da frage ich mich, wie kommt man sich als Abgeordneter vor, wenn man das beschließen will? Ich nenne einen Ausdruck aus dem Volksmund, für mich ist das ein „Semmeltrenzerantrag“, der Papa Bund sagt Nein, das wollen wir nicht, das Land Oberösterreich ist das rebellierende Kind das sagt, ich weiß es eh, aber ich will es trotzdem haben.

Also meiner Meinung nach ist es nicht wirklich eine Glanzstunde dieses hohen Hauses, aber das Neue, was jetzt offensichtlich dazu führen soll, dass wir jetzt sozusagen diesen Antrag wieder haben, ist ja ein Rechtsgutachten, das die FPÖ erstellen hat lassen, wobei ich noch dazusage, dass dieses Rechtsgutachten schon vorgelegen ist am 3. März, es ist nicht vorgelegen, es war schon fertig, wie wir das im Endeffekt hier herinnen diskutiert haben. Es sind auch nicht wirklich sehr viele neue Erkenntnisse dadurch entstanden, Rechtsgutachten hin oder her, die Forderung bleibt meiner Meinung nach trotzdem populistisch, pädagogisch bedenklich und rechtlich kontraproduktiv, es wird ja eine Maßnahme pädagogischer nicht sinnvoller nur deswegen, weil es rechtlich möglich ist.

Ich bringe noch ein Beispiel, nach dem Gutachten wie es da liegt, glaube ich, wäre es rechtlich möglich, dass man sagt, alle Kinder sollen in der Klasse und im Schulhof blaue Patschen tragen. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Ist auf alle Fälle gescheiter als grüne!“) Weil die Schule ist ja kein Raum der Privatheit, es ist der Eingriff relativ gering, es ist wahrscheinlich rechtlich auch nicht verboten. Ob es sinnvoll ist, das ist die andere Frage, ob es sinnvoll ist, das ist die Frage, die wir uns stellen sollten, ist es sinnvoll? Meiner Meinung nach ist es nicht sinnvoll, weil im Endeffekt das, was herauskommt, zu verbieten, in der Muttersprache zu reden, zum Beispiel unter anderem die Linguisten sagen, das ist nicht lernförderlich, weil es dazu führt, dass die Jugendlichen erstens einmal ihre Stimme verlieren, zweitens einmal die Muttersprache eigentlich zu einem Defizit reduziert wird. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Mich wundert deine Polemik!“) Dadurch eigentlich genau das Gegenteil von dem, was man immer sagt, was man erreichen möchte, nämlich Integration passiert. Das ist der Grund, warum PädagogInnen, Bildungsexperten, Bildungsministerium, der Verfassungsdienst sagen, sie wollen eigentlich die Deutschpflicht nicht.

Die Frage, was denn passiert, wenn es jetzt die Deutschpflicht geben würde am gesamten Schulareal? Wenn ich mich richtig erinnern kann, hast du auch gesagt, sogar am Wandertag bist du dafür, nicht nur am Schulareal, sondern überhaupt bei Schulveranstaltungen. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Richtig!“) Was ist die Konsequenz? Dann steht in dem Gutachten hinten drinnen, da stehen die Konsequenzen, die von einer Versetzung in andere Klassen bis zum Schulausschluss aufzählen. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Das steht jetzt auch schon drinnen!“) Bei der Pressekonferenz, die Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner und du abgehalten haben, da habt Ihr im Endeffekt gesagt, also der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter hat gesagt, das ist ein linguales Fehlverhalten, das zu sanktionieren ist, du hast unter anderem gesagt, da ist alles möglich, von der Ermahnung bis zum Schulverweis. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Das steht jetzt auch schon drinnen!“) Ja, es ist rechtlich möglich, die Frage ist, ob so etwas im Endeffekt sinnvoll ist? Ich behaupte jetzt einmal, das hat mit Pädagogik nichts zu tun, das ist das Umsetzen einer politischen Ideologie auf dem Rücken der Kinder, ehrlich. (Beifall) Das hat mit Pädagogik nichts zu tun, daher glaube ich, dass man das klar ablehnen muss, das hat auch nichts mit pädagogischem Hausverstand zu tun. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Aber mit Integration hat es etwas zu tun!“) Ich sage jetzt noch einmal, wenn die Kinder, ich glaube, dass das alle herinnen wollen, wenn wir haben wollen, dass die möglichst schnell Deutsch lernen und das in möglichst guter Form, bestmögliche Deutschkenntnisse erreichen, dann frage ich mich, da

wäre zum Beispiel wirklich eine tolle Forderung, dass man hergeht und sagt, wir müssen die Stunden Deutsch als Zweitsprache erhöhen? Das ist eine Logik, da sage ich, ja das stimmt, aber nicht diese Maßnahme, das bringt meiner Meinung nach überhaupt nichts. Wenn du zwei Schülerinnen und Schüler, ich habe es da herinnen schon gesagt, wenn die eigentlich eh nicht richtig Deutsch sprechen können, miteinander Deutsch reden lasse, heißt es nicht, dass sie deswegen besser Deutsch lernen, das ist einfach nicht belegbar. Das ist auch der Grund, warum wir glauben, dass wir in dem Bereich in die falsche Richtung gehen, ich glaube, dass eine echte Unterstützung der Politik für die Schulen, Lehrerinnen und Schüler anders ausschauen würde. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Ich kann deiner Philosophie nicht folgen!“) So eine Hausordnungsformulierungsempfehlung wahrscheinlich natürlich nicht die Hilfe ist, die sie brauchen bei den Problemen, die du aufgezählt hast.

Ich komme damit zum Schluss und fasse zusammen. Die Grünen werden auch diesem Antrag, auch zum siebten Mal, nicht zustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächstem erteile ich Alexander Nerat das Wort.

Abg. **Nerat:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gisela! Mehrsprachigkeit ist gesund, hast du gesagt. Das vernetzt ja die Synapsen und so, und ich gebe dir durchaus Recht, dass Mehrsprachigkeit auch ein Plus sein kann. Mehrsprachigkeit, wenn sie nämlich sinnvoll gelebt wird, wenn sie überhaupt gelebt wird, ja. Dann ist sie sicherlich kein Nachteil.

Nur warum, was steckt hinter dem Antrag? Weil ja die Realität natürlich eine gänzlich andere ist. Die Realität schaut nämlich zum Beispiel an den Schulen heute so aus, und ich habe jetzt selber bitte gerade meinen Sohnmann aus der Pflichtschule heraus, glaubt mir, ich weiß von was ich rede, dass die eine Seite vom Hof besetzt wird von dieser Community, die nächste Ecke von dieser Community, alle reden sie, nur nicht miteinander, und teilweise wird Sprache auch durchaus, ich nenne es jetzt einmal als Unterscheidungsmerkmal, benutzt. Was da dran positiv ist, dass man sagt, ja damit gebe ich einer Partei, wenn ich so will, jetzt einen Startvorteil, weil die kann nämlich wunderbar lästern über die anderen, die dieser Sprache nicht mächtig sind, das ist das einzige, so wird es nämlich dann wirklich empfunden.

Und in vielen Hausordnungen steht klar drinnen, es ist nicht nur die Schulsprache Deutsch, sondern es ist auch die Sprache in der Schule, im Pausenhof oder am Pausenhof, und so weiter und so fort, Deutsch. Das steht auch jetzt schon drinnen, das gibt es alles bereits.

Und Gottfried, du bist Diplompädagoge, wenn ich mich richtig erinnere, und du hast vorgeworfen, einen Antrag sieben Mal einzubringen, wobei es nicht ein Antrag ist, sondern jetzt nennen wir es einen Themenbereich, der immer wieder modifiziert wurde, der durch Gutachten zum Beispiel auch genau belegt wurde, ja, da muss ich sagen, wer begeht denn da Polemik? (Unverständliche Zwischenrufe)

Und es freut mich sehr, wenn die Kollegen von Rot und Grün das so lustig finden. Weil wenn ihr aus eurem gut geschützten Habitat heraus gangats und einmal mit den ganz normalen Leuten redets, dann würde euch vielleicht sogar das Lachen etwas vergehen. (Unverständliche Zwischenrufe) Weil hier pädagogische Gründe anzugeben dafür, dass die Schulsprache Deutsch nicht zulässig ist. Meines Wissens nach ist einer der größten Grundlagen, dass Menschen überhaupt miteinander reden können ist, dass sie sich auch verstehen, Kommunikation bedeutet nämlich auch verstehen, und dazu braucht es eine gemeinsame Sprache. Das ist ein ganz ein wichtiger Punkt. Nur so kann man

kommunizieren. Und alles was dann kam von dir, lieber Gottfried, war eine einzige Anhäufung von der vorgeworfenen Polemik. Wie hast du gesagt, man könnte auch vorschreiben, na dann sollen sie halt alle blaue Patschen anziehen. (Zwischenruf Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz: „Aber in den Gutachten schon!“) Naja, es ist noch gescheiter blaue Patschen als grüne Patschen. Gell, damit ich jetzt auf derselben Linie bleibe. So ungefähr horcht sich das nämlich an. Das ist eine unglaubliche Aussage.

Und Tatsache ist, und das bitte ist nachzulesen, es ist ja kein Geheimnis nicht, 70 Prozent des Spracherwerbs erfolgt durch den Umgang, durch den Gebrauch. Nur 30 Prozent in der Schule. Deswegen glaube ich auch, wäre es mit einer Erhöhung der Deutschstunden alleine bei weitem nicht getan. Weil was du nicht brauchst im täglichen Umgang, was du nicht brauchst in der Kommunikation, das lernst du vielleicht, aber du merkst es dir nicht, weil du es nicht verwendest. Wir kennen alle den Effekt, man hat eine Fremdsprache gelernt, die Gisi ist ganz vielsprachig, die kann auch perfekt Französisch, wie ich festgestellt habe, bei mir war es halt bei Englisch aus, ja. Aber ein paar Tage im Urlaub in einem englischsprachigen Land, auf einmal funktioniert das wieder. Was man nicht regelmäßig benützt, was man nicht übt, da kannst du Stunden nehmen was du willst, seid mir nicht böse, das ist für die Katz.

Und wir sehen diesen Antrag als Mittel für eine gelebte und vernünftige Integration. Dass sie miteinander kommunizieren, dass sie diesen Umgang miteinander lernen. Nämlich auch das Gefühl des wertschätzenden Umgangs. Nicht in einer Ecke stehen, die einen reden die Sprache, die anderen reden die Sprache und die dritten reden die Sprache und die vierten vielleicht diese. Alle reden, aber niemand miteinander. So kann einfach Integration auf keinen Fall funktionieren. Und deswegen hat dieser Antrag nicht nur seine Berechtigung, deswegen ist er auch wichtig, und deswegen verwehre ich mich auch gegen diesen schon beinahe kindlichen Vorwurf der Trotzreaktion und des Populismus. Gottfried, wenn man selber mit beiden Händen bis zum Ellbogen in die Kiste reingreift, ja, dann sollte man es dem anderen nicht zum Vorwurf machen, (Zwischenruf Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz: „Das hab ich nicht!“) wenn es denn nicht stimmt. Du hast es gemacht, genau so war es. Und deswegen hoffe ich, dass wir heute doch wiederum ein bisschen an Erkenntnis gewonnen haben, nämlich, dass wir uns wünschen, dass unsere Kinder etwas lernen, egal welcher Sprache dass sie sind, und dass manche hier herinnen in manchen Dingen aber scheinbar auf ewig unbelehrbar sind. In diesem Sinne Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächsten darf ich Herrn Dr. Christian Dörfel das Wort erteilen.

Abg. Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Für uns als Oberösterreichische Volkspartei ist eines klar: Deutsch muss Schulsprache werden. Und nicht nur im Unterricht, sondern auch in den Pausen, bei Schulveranstaltungen, Wandertagen, Schikursen, Landschulwochen und Elternabenden.

Und jetzt frage ich mich nur, warum soll man in den Pausen und im Schulhof nicht Deutsch sprechen? (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das ist ja kein Verbot! Wir wollen das nicht verbieten!“) Wir sagen allen: Voraussetzung der Zuwanderung sind Deutschkenntnisse. Wir sagen den Flüchtlingen: Lernt so schnell wie möglich Deutsch. Wir signalisieren allen: Wenn ihr bei uns bleiben wollt, dann müsst ihr Deutsch können, sonst habt ihr keine Chance. Und in Kanada ist es eben Englisch, in den USA ist es Englisch und in England ist es Englisch. Und bei uns ist eben die Staatssprache Deutsch!

Daher haben wir am 3. März 2016 bereits beschlossen, den Bund aufzufordern, diese Deutschpflicht, auch in den Pausen und im Schulhof, endlich gesetzlich umzusetzen. Das ist die Beschlusslage vom 3. März 2016.

Und jetzt ist die Frage: Was ist seit damals passiert? Es hat eine Empfehlung gegeben, diese Deutschpflicht in die Schulordnungen aufzunehmen. Das ist auch vielfach passiert, sogar weitgehend passiert, wie man andere Dinge auch aufnimmt. Dass ich kein Handy einschalten darf, Hausschulpflicht teilweise ja/nein, Bekleidung, wer darf überhaupt in die Schule herein? Und warum soll dann nicht in einer Hausordnung das drinnen stehen? Aber wirklich sinnvoll ist es nur dann, wenn es gesetzlich geregelt ist. Daher ist diese Resolution an den Bund gegangen und der Bund hat ein bisschen flapsig mitgeteilt, geht verfassungsrechtlich nicht, außerdem wollen wir das nicht.

Dann hat es ein neues Gutachten gegeben, das ist schon richtig, 42 Seiten, ist datiert mit 3. März 2016. Aber bekannt wurde es erst nach unserer Beschlussfassung. Das von der Uni Innsbruck, unter anderem von Dr. Peter Pernthaler, einem sehr anerkannten Wissenschaftler, ist. Und der bestätigt eigentlich die Auffassung unseres Landesverfassungsdienstes, dass es verfassungsrechtlich ohne weiteres zulässig ist, diese Deutschpflicht einzuführen. Das Gutachten geht sogar noch weiter. Wenn ich mir das Gutachten durchlese, würde ich sagen, es spricht sogar weit mehr dafür, die Deutschpflicht einzuführen, als sie nicht einzuführen. Und wenn man es jetzt ganz genau liest, kann es sogar verfassungsrechtlich geboten sein, oder vielleicht sogar verpflichtend sein, das einzuführen. Darum verstehe ich jetzt nicht, warum Rot und Grün alle diese Gründe verweigern, aus irgendwelchen Gründen, die ich jetzt eigentlich gar nicht nachvollziehen möchte. Also rechtlich ist es eigentlich abgesichert.

Jetzt geht es nur mehr um Wollen auf Bundesebene. Und die haben uns zwar einmal mitgeteilt, wollen wir nicht. Aber was ist seitdem noch passiert? Wir haben einen neuen SPÖ-Bundeskanzler, wir haben eine neue SPÖ-Bildungsministerin. Also wäre es vielleicht eine Chance, den angekündigten New Deal durchzuführen. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das ist ein Fremdwort!“) Und das sollten wir. Moment, Englisch. Jeder soll Englisch können, und auch Mathematik. Aber (Unverständliche Zwischenrufe) hallo, bitte, jetzt seid nicht weltfremd. Glaubt ihr, dass die Kinder in der Pause im Schulhof Englisch oder Latein reden? Nein, vielfach haben wir 15, 20 Nationen an einer Schule. Soll ich euch was sagen, die einzige gemeinsame Sprache ist Deutsch. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Kann ja auch nur so sein!“) Und da sag ich jetzt gar nicht, Österreicher mit Türken, sondern Türken mit Tschetschenen, Inder und Pakistani. (Zwischenruf: „Die reden eh Deutsch!“) Da ist noch gar kein Österreicher dabei. Aber der Österreicher soll die Chance haben, ins Gespräch zu kommen, nicht nur im Unterricht, weil da darf er auch nichts sagen. Also wann soll er denn mit ihnen reden? Er kann es nur in der Pause machen und im Schulhof. Und das ist ein weiterer Grund dafür.

Also wie gesagt, geben wir der neu zusammengesetzten Bundesregierung, auf SPÖ-Seite neu zusammengesetzten Bundesregierung die Chance, diesen Fehler der Vergangenheit zu korrigieren und zu sagen: "Danke Oberösterreich für diese Anregungen, wir werden es gerne machen". (Beifall) Und daher habt ihr jetzt noch eine Chance, das zu überlegen und die Vernunft walten zu lassen. (Zwischenruf links: „Das hab ich mir schon überlegt!“) Also, okay, gut, wenn ihr nicht bereit seid dazu, ich hätte es probiert, es wäre schön gewesen, wenn ihr vernünftigen Argumenten aufgeschlossen wärt. Aber gut, was nicht ist, ist nicht. Wir stehen zu diesem Antrag und werden ihn natürlich auch beschließen. (Beifall)

Präsident: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 253/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 254/2016, das ist der Bericht des Sozialausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht 2015 der Oö. Pflegevertretung. Ich bitte Herrn Abg. Binder, über diese Beilage zu berichten.

Abg. Peter **Binder:** Beilage 254/2016, Bericht des Sozialausschusses betreffend den Tätigkeitsbericht 2015 der Oö. Pflegevertretung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 254/2016.)

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge den angeschlossenen Bericht betreffend die Oö. Pflegevertretung zu Kenntnis nehmen. Der Oö. Pflegevertretung wird für ihre Tätigkeit und ihren Bericht gedankt.

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Ich darf über diese Beilage die Wechselrede eröffnen. Zu Wort gemeldet ist Herr Abg. Binder.

Abg. Peter **Binder:** Werte Kolleginnen und Kollegen! Die Tatsache, dass bei rund 14.000 Menschen, die jährlich in einem Alten- und Pflegeheim in Oberösterreich wohnen und zigtausend betreuten Menschen mit Beeinträchtigungen lediglich 10 Beschwerden die Oö. Pflegevertretung erreichen, ist beachtlich. Das ist einerseits ein Beweis dafür, dass wir in diesem wichtigen Teil unseres sozialen Netzes eine nach wie vor sehr hohe Qualität vorfinden. Das ist vor allem auch eine Auszeichnung und ein Kompliment für die zahlreichen und offenbar äußerst engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den angesprochenen Einrichtungen.

Wenn nun bei den wenigen Beschwerden vor allem aber immer öfter mangelnde Kommunikation im Vordergrund der Problemfälle steht, dann sagt das auch etwas aus über die Rahmenbedingungen, unter denen die Beschäftigten ihrem Engagement nachgehen müssen. Im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit, vor allem aber auch im Mittelpunkt unserer Politik sollte doch immer der Mensch stehen, der, der die Hilfe braucht, aber auch der, der diese leistet.

Ich möchte Sie an dieser Stelle auch bitten, diesen Grundsatz immer hoch zu halten. Insbesondere, wenn wir im Sozialbereich sehr gerne über Effizienzsteigerungen und Systemschrauben reden, dann meinen wir doch meistens die Menschen, die in diesem System leben oder arbeiten. Anschließend danke ich stellvertretend für unsere Fraktion auch dem Team der Pflegevertretung für diesen Bericht. Wir werden diesen Bericht zur Kenntnis nehmen. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Ich darf unserem heutigen Geburtstagskind, Frau Abg. Martina Pühringer, das Wort erteilen.

Abg. **Pühringer:** Sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich schließe mich meinem Vorredner an, nur nicht in einem, wie du gesagt hast, Herr Kollege, dass diese 10 Fälle, die hier bei der Pflegeanwaltschaft

eingegangen sind und alle erledigt wurden, dass das mangelnde Zeit ist, oder die Arbeitsbedingungen sind in unseren Pflegeheimen. Das möchte ich nicht so stehen lassen.

Ich denke mir, was sagt dieser Pflegebericht aus, wenn man sagt, es sind im Durchschnitt 10 Fälle im Jahr, die schriftlich hier eingehen? Der sagt aus, dass hier die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unseren Einrichtungen hervorragende Arbeit leisten. Sie tagtäglich, Nächte, das ganze Jahr um unsere Menschen, die in den Heimen gut betreut und gut behandelt werden, dass sie sich aufopfern und denen gilt mein ganzer Dank und meine Wertschätzung.

Wir haben 128 Heime. In diesen Heimen sind mit Stand, also aktuelle Zahlen habe ich nur vom 31.12.2015, da waren es 12.700 Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, die in unseren Pflegeeinrichtungen betreut wurden, und zusätzlich die Kurzzeitpflegegäste, eben auch mit diesem Stichtag, 261 Personen wurden hier betreut. Und von einem Personal von Frauen und Männern, 10.125 Personen arbeiten in diesen Heimen.

Den Dank habe ich gesagt, aber mir wäre es zu wenig, wenn wir nur denen danken würden, die die Menschen in unseren Einrichtungen betreuen, sondern der Dank gilt auch jenen, wir haben 80.000 Menschen im Land Oberösterreich, die Pflegegeld beziehen. Und wenn ich jetzt diese zirka 12.000 Personen abziehe, die in den Heimen betreut werden, dann bleiben eben 68.000 Menschen, die in den Familien betreut und gepflegt werden. Diesen Menschen gilt auch mein Dank. Ich denke mir, es ist für uns wichtig, die Verantwortung gegenüber den Generationen zu pflegen, dass wir die Menschen, die Großartiges geleistet haben, im Alter pflegen und auf sie aufschauen. Und mein ganz spezieller Dank gilt eben all jenen, die, ob im Heim oder zu Hause, die Menschen pflegen und sich dessen annehmen, dass wir uns um die Älteren bemühen und denen so lange wie möglich ein Leben zu Hause ermöglichen und somit die Wertschätzung bekommen. Ich denke mir, dass haben sie verdient, diese Betreuung.

Aber wir reden viel auch von der Entbürokratisierung. Wir haben ja 2005, damals durfte ich schon dabei sein, diese Pflegevertretung beschloss, diese Pflegeanwaltschaft beschloss. Mit Rechtsgültigkeit 1.1.2005. Und jetzt verlangen wir jährlich einen Bericht über diese Pflegeanwaltschaft. Und ich denke mir, es würde die Arbeit dieser Pflegeanwaltschaft keinen Abbruch erleiden und die Effizienz nicht wegkommen, wenn wir sagen, wir wollen und bitten, den Bericht nur alle drei Jahre zu legen. Ich denke mir, das wäre ein kleiner Schritt, dass wir hier Entbürokratisierung und Verwaltungsreform eben auch in kleinen Schritten vorantreiben. Also ich bitte daher um Kenntnisnahme dieses Tätigkeitsberichtes und sage danke, dass Sie mir zugehört haben, die mir überhaupt zugehört haben. Danke. (Beifall)

Präsident: Als Nächster darf ich Frau Abg. Ulrike Wall das Wort geben. BITTESCHÖN.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Wir bedanken uns auch bei der Frau Dr. Hammer und ihrem Team für diesen vorliegenden Bericht. Bei den halbjährlichen Sprechtagen der Pflegevertretung auf den BHs wurden, wie wir gehört haben, im Vorjahr 10 Beschwerdefälle von den Pflegeheimbewohnern vorgetragen. Ein schönes Zeugnis für unsere Heime, wenn man die 10 Beschwerden den übers Jahr zirka 15.000 Heimbewohnern gegenüberstellt.

Auch von unserer Seite ein großes Dankeschön an dieser Stelle an unsere Pflegekräfte. Das Pflegepersonal steht oft sehr unter Druck, nicht zuletzt aufgrund vieler administrativer Aufgaben, Dokumentationen, usw. Dass es da nur 10 Beschwerdefälle gibt, kann auch

überraschen. Ich weise immer darauf hin, dass es für viele Heimbewohner sehr umständlich ist oder überhaupt unmöglich, einen auswärtigen Sprechtag auf der Bezirkshauptmannschaft zu besuchen. Wenn jemand keine Angehörigen hat oder nicht in der Lage ist, selber einen Brief zu verfassen, dann bleibt er vielleicht mit seiner Beschwerde alleine. Die Kronen Zeitung hat etwa vor einem Jahr das aktuelle Gesetz sehr treffend als Beschwerdebremse bezeichnet. Wir Freiheitlichen möchten den Heimbewohnern den Zugang zu ihrer rechtlichen Vertretung erleichtern. Der von uns seit vielen Jahren geforderte Heimombudsmann soll direkt in die Heime kommen und nicht erst bei Vorliegen einer Beschwerde aktiv werden, auch wenn das mehr Personal erfordert. Es wäre vielleicht sogar effizienter, als die Fachkräfte von der Pflegevertretung zu den Bezirkshauptmannschaften zu schicken und dort stundenlang auf die zehn Beschwerden im Jahr zu warten. Den vorliegenden Tätigkeitsbericht nehmen wir gerne zur Kenntnis. (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Frau Ulrike Schwarz ist die Nächste auf meiner Rednerliste. Ich darf dir das Wort erteilen.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, wir haben alljährlich den Pflegebericht da und es sind Gott sei Dank nur zehn Beschwerdefälle. Ja, wir haben eine sehr gute flächendeckende Betreuung und Pflege unserer älteren Bürgerinnen und Bürger in den angesprochenen Heimen. Wir wissen aber auch, dass sehr viele zu Hause sind, dass sehr viele zu 80 Prozent von den Frauen betreut werden und wir hier entsprechende Maßnahmen im Sozialbereich auch weiterhin forcieren müssen, um eben eine gute Betreuung für alle zu ermöglichen.

Ich möchte mich auch dem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anschließen, aber auch dem Dank an das Team der Pflegevertretung, die hier wirklich gute Arbeit leisten. Wenn man sich anschaut, wer bringt denn die Beschwerden ein, das sind sehr oft Angehörige. Ich glaube, da sind auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pflegeheimen wirklich in einem Spannungsfeld. Die betroffene Person, mit der sie zusammenarbeiten, ist oft dement. Es kommt am Wochenende oder einmal im Monat ein Besuch und dann passt irgendetwas nicht. Man sieht aber auch nicht dazu, wie die ganze Situation auch immer ist. Ich habe das bei meiner eigenen Großmutter erlebt. Die hat Sachen erzählt, wo ich mir dachte, das kann ich mir nicht vorstellen. Aber natürlich, wenn ich das höre und das für bare Münze nehme, dann könnte man sich denken, die sind schlecht betreut.

Ich glaube, es gibt immer wieder auch Überforderungen, keine Frage, weil der Druck riesengroß ist. Das was mir auch ein Anliegen wäre, wirklich hinzuschauen, und die Martina hat es schon angesprochen, auch auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in welchem Spannungsfeld und in welchem Druck diese arbeiten. Es ist nicht wirklich leicht, mit vielen pflegebedürftigen Menschen zusammen zu sein, wenn sie dement sind, wenn sie gewisse Sachen nicht mehr so verstehen. Es ist eine riesengroße Herausforderung, dass wir immer mit Benchmarks und mit noch mehr Vergleichen und mit noch mehr Kosteneffizienz schauen, dass es billiger kommt. Ich glaube, das darf nicht auf Kosten der Qualität, vor allem nicht auf Kosten der Qualität der Arbeitsbedingungen für die Pflegekräfte gehen, sonst haben wir irgendwann einmal niemanden mehr, der das macht.

Dann haben wir wirklich ein soziales Problem, weil die Familien zu Hause auch nicht mehr da sind. Das ist einfach so, wenn meine Eltern pflegebedürftig sind, sind alle Kinder in der Arbeit, wir können einfach nicht rund um die Uhr da sein. Ich glaube, da braucht es einfach auch ein Miteinander von Betreuern in Einrichtungen, von Tagesstrukturen, die da sind und

da braucht es aber auch die Zeit, sich mit den Angehörigen auseinander zu setzen. Weil ich glaube, wie alle Angehörigen, wir wollen auch, dass unsere Eltern und unsere Kinder, wenn sie pflegebedürftig sind, gut betreut sind und wir auch die Zeit mit dem Austausch dieser Einrichtung haben. Nur die bekommt die Stunden nicht bezahlt, weil die bekommt da auch so einen Druck, wenn sie da jetzt noch relativ viele Gespräche mit den Angehörigen führt, das ist dann einfach auf Kosten der Betreuungszeit für die einzelnen Patientinnen und Patienten.

Ich glaube, hier müssen wir auf eine gute Lösung kommen und ich glaube, dass wir da wirklich darauf schauen müssen, dass es weiterhin ganz kurze Berichte nur gibt, dass es wenig Beschwerden gibt und dass wir wirklich eine gute Qualität weiter auch mit guten Arbeitsbedingungen in unseren Einrichtungen verknüpfen können. Ich bedanke mich noch einmal bei allen, die hier mitgewirkt haben. Danke! (Beifall)

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete! Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede. Wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 254/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 264/2016, das ist der Initiativantrag betreffend die Anrechnung von Kindererziehungszeiten. Ich darf Frau Abg. Mag. Maria Buchmayr ersuchen, über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Mag. Buchmayr:** Beilage 264/2016, Initiativantrag betreffend die Anrechnung von Kindererziehungszeiten. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 264/2016.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass bei der Pensionsberechnung die Kindererziehungszeiten pro Geburt mit je vier vollen Jahren (Obergrenze 16 Jahre) bemessen werden.

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne darüber die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 264/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 270/2016, das ist der Initiativantrag betreffend Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimastrategie. Ich darf Frau Abg. Mag. Maria Buchmayr ersuchen, über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Mag. Buchmayr:** Beilage 270/2016, Initiativantrag betreffend Entwicklung einer integrierten Energie- und Klimastrategie. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 270/2016.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass im Einklang mit den Beschlüssen der Klimakonferenz von Paris (COP21) eine gemeinsame Energie- und Klimastrategie vorgelegt wird. Im Rahmen dieser ist insbesondere zu berücksichtigen, dass sich Österreich zu den

Beschlüssen der Pariser Weltklimakonferenz bekennt und deren Umsetzung unterstützt; das von der EU für Österreich im Effort Sharing 2030 vorgeschlagene Reduktionsziel in den klimaschutzrelevanten Planungen mitberücksichtigt wird und nach endgültiger Festlegung der Reduktionsmengen eine breit zu diskutierende Umsetzungsstrategie unter Einbeziehung der Länder beschlossen und umgesetzt wird; diese Umsetzungsstrategie entlang der vier Ziele der Energie- und Klimastrategie (Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Leistbarkeit und Nachhaltigkeit) sozial verträglich und mit den Standortzielen Oberösterreichs vereinbar ist; die Umsetzungsstrategie von einer Strategie auch zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen im Bereich Cleantech-Sektor begleitet wird, damit der notwendige Klimaschutz auch als Wirtschaftschance genutzt wird, wofür ein praxisnahe Umsetzung mit optimalem Kosten-Nutzen-Faktor wichtig ist; ein Fokus im Bereich Forschung & Entwicklung gesetzt wird, der die oberösterreichischen Stärken im Bereich Cleantechnology weiter festigt; Klimawandelanpassungsmaßnahmen als Vorsorge und zum Schutz von Mensch und Infrastruktur entsprechend vorangetrieben werden; sich Österreich weiterhin für einen europaweiten Atom-Ausstieg einsetzt.

Präsident: Danke für die Berichterstattung! Ich möchte über diese Beilage die Wechselrede eröffnen, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 270/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 271/2016, das ist der Initiativantrag betreffend ein Unterstützungsprogramm zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Polizei. Ich bitte Herrn Abg. Wolfgang Stanek zu dieser Beilage zu berichten.

Abg. **Stanek:** Beilage 271/2016, Initiativantrag zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben der Polizei. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 271/2016.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung, im Speziellen beim Bundesministerium für Inneres, im Rahmen der Verwendung der „Sicherheitsmilliarde“, für

- 1) eine ausreichend dienstbare personelle, den Polizeiplanstellen in Oberösterreich entsprechende Aufstockung der Polizei zur Erfüllung der ihr durch die Gesetze zugeordneten Aufgaben,
- 2) eine weitere Verbesserung der Ausrüstung der Polizei, um einen bestmöglichen Schutz für die Polizistinnen und Polizisten zu erreichen,
- 3) eine Umsetzung eines funktionierenden "Flexi- und Karenzpools" zum Ausgleich von Unterbesetzungen durch Pensionierungen, Langzeitkrankenstände, Karenzen oder Sonderverwendungen durch eine Optimierung der Besetzung von Planstellen,
- 4) einen standortbezogenen, bedarfsorientierten Einsatz der Exekutive,
- 5) eine vorausschauende und rechtzeitige Ausschreibung der notwendigen Anzahl an Polizeiausbildungslehrgängen zur langfristigen Sicherung des Personalstands an den Sicherheitsakademien und
- 6) die Ausstattung der Sicherheitsakademie in Linz mit eigenen, dem erhöhten Ausbildungsbedarf entsprechenden Planstellen, einzusetzen.

Präsident: Danke, Herr Abgeordneter, für den Bericht und ich darf über diese Beilage die Wechselrede eröffnen, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Damit schließe ich die

Wechselrede und bitte jene Mitglieder der Landtags, die dem Antrag zur Beilage 271/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 272/2016, das ist der Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin. Ich bitte Frau Abg. Prim. Dr. Povysil über diese Beilage zu berichten.

Abg. MR Prim. **Dr. Povysil:** Beilage 272/2016, Initiativantrag betreffend die Erhöhung der Anzahl der Studienplätze für Humanmedizin. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 272/2016.)

Der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das bestehende Aufnahmeverfahren zum Studium der Humanmedizin evaluiert und den aktuellen Gegebenheiten angepasst sowie die Anzahl der Studienplätze entsprechend angehoben werden.

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete für die Berichterstattung. Ich darf über diese Beilage die Wechselrede eröffnen, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Damit schließe ich die Wechselrede und bitte jene Mitglieder der Landtags, die dem Antrag zur Beilage 272/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Während der Landtagssitzung sind auch einige Beilagen eingelangt und ich darf die Zuweisung dieser Beilagen bekanntgeben. Die Beilage 275/2016 ist ein Initiativantrag betreffend verstärkte Maßnahmen zum Bodenschutz bei großen Bauprojekten. Die Beilage 279/216 ist ein Initiativantrag für ein Landesgesetz, mit dem das Oö. Jagdgesetz geändert wird, Oö. Jagdgesetznovelle 2016. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 276/2016 ist ein Initiativantrag betreffend Gemeindekooperationsvereinbarung beim Hochwasserschutzprojekt Eferdinger Becken und die Beilage 277/2016 ist ein Initiativantrag betreffend die Unterlassung der Errichtung eines Atommülllagers in unmittelbarer Grenznähe. Diese beiden Beilagen werden dem Umweltausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 278/2016 ist ein Initiativantrag betreffend das Oö. Landes- und Gemeindedienstrechtsänderungsgesetz 2017. Diese Beilage wird dem Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 280/2016 ist ein Initiativantrag betreffend die Überarbeitung des Integrationsleitbildes für Oberösterreich. Diese Beilage wird dem Sozialausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Damit ist das Programm der heutigen Sitzung abgearbeitet. Ich bedanke mich dafür und schließe die Sitzung.

(Ende der Sitzung: 17.13 Uhr)